

***„Dass die Frage
der Wiedergutmachung ...
zu einem öffentlichen Skandal
geworden ist“***

**Zur Tätigkeit der ehemals verfolgten
Sozialdemokraten 1945 – 2005**



AvS

***„Dass die Frage
der Wiedergutmachung ...
zu einem öffentlichen Skandal
geworden ist“***

**Zur Tätigkeit der ehemals verfolgten
Sozialdemokraten 1945 – 2005**



Impressum

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten Hamburg (AvS)
Hamburg 2008

Gestaltung, Layout, Beratung: grafikern, Hamburg

Druck: Bergmann & Sohn, Hamburg

Copyright: AvS c/o SPD Hamburg

ISBN: 978-3-929728-12-5

Diese Publikation wurde durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, Freie und Hansestadt Hamburg, gefördert

Bild- und Dokumentennachweise:

Amt für Wiedergutmachung, Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD), Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Staatsarchiv der Freien und Hansestadt Hamburg, Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften (ZdK), Privatbesitz: Arlt, Blankenfeld, Burmester, Dahrendorf, Kern, Kutz-Bauer, Lehmann, Osterchrist, Schmedemann und Stobbe.

Trotz größter Sorgfalt konnten die Urheber des Bildmaterials nicht in allen Fällen ermittelt werden. Es wird gegebenenfalls um Mitteilung gebeten.

Inhaltsverzeichnis

Einführung	7
Widerstand und Verfolgung 1933 – 1945	15
Widerstand gegen Hitler: Bericht von John Kienow	29
John Kienow: Ein Lebensbild	37
„Niemals vergessen“ – 60 Jahre AvS in Hamburg	39
Die Vorsitzenden der AvS Hamburg	66

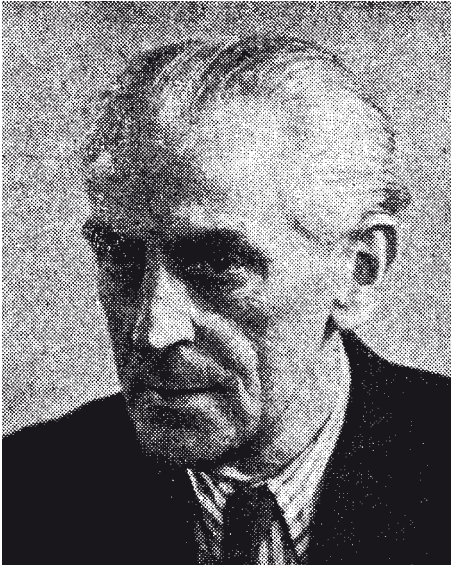
Helga Kutz-Bauer

Einführung: „Wer kann wiedergutmachen...? Wir können nur entschädigen am Lebenden...“

(Jeanette Wolff)

Es war im April 1947, anlässlich der ersten Debatte in der Hamburgischen Bürgerschaft um die Wiedergutmachung an den aus politischen und rassistischen Gründen Verfolgten.

Ernst Tessloff, der fast vier Jahre wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Haft gewesen war, wies besonders auf das Elend der Hinterbliebenen hin, deren Angehörige in KZs umgekommen oder hingerichtet worden waren – allein in Hamburg betraf das etwa 1.700 Personen: „...dass die Not der Hinterbliebenen derart ungeheuer ist, dass die Frage der Wiedergutmachung an diesen Menschen langsam zu einem öffentlichen Skandal geworden ist, weil noch nichts geschehen ist.“ Und



Ernst Tessloff

Tessloff, Mitglied des Landesvorstandes der SPD, erörterte auch die politischen Konsequenzen: „Wenn diese Nichtachtung der Widerstandsbewegung die allgemeine Auffassung ist, so wäre das gleichbedeutend mit der Anerkennung der Gesamtschuld des deutschen Volkes.“¹

Die Überlebenden des NS-Terrors und die Hinterbliebenen der Ermordeten litten im Nachkriegsdeutschland bitterste Not. An Leib und Seele geschädigt, hatten nur wenige die Kraft, für ihre Rechte und die ihrer Leidensgenossen zu kämpfen. Dennoch bildeten sich, auch in Hamburg, unmittelbar nach Kriegsende Organisationen von Betroffenen – die Notgemeinschaft der von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen und das Komitee ehemaliger politischer Häftlinge, das später unter Erweiterung seiner Arbeitsaufgaben zur Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) wurde. Von der VVN lösten sich die Sozialdemokraten in Hamburg im Sommer/Herbst 1948, um die AvS zu gründen. Zwei Themenkomplexe spielten in den vergangenen Jahrzehnten eine wesentliche Rolle bei der inhaltlichen Arbeit der AvS, ihrem Selbstverständnis und ihrer Außendarstellung:

- Hauptaufgabe war stets, die NS-Verfolgten über ihre Wiedergutmachungsansprüche aufzuklären und zu beraten

- die Tätigkeit der ehemals Verfolgten im Widerstand gegen Hitler – wie im nächsten Kapitel dargestellt am Beispiel der Widerstandstätigkeit von John Kienow 1933-45 – in Zeitzeugenberichten und Publikationen zu schildern und die Erinnerung an die Verbrechen der Nazigewalt sowie – in späteren Jahrzehnten – an Unterdrückung und Verfolgung in der früheren DDR wach zu halten.

Es war eine Genossin jüdischen Glaubens, Jeanette Wolff, die das KZ überlebt hatte und die fast die ganze Familie, zwei Töchter, Schwiegersöhne, Enkelkinder, verloren hatte, die immer wieder im Bundestag die Verzögerung der entsprechenden Gesetze und Verordnungen anprangerte. Sie war eines der Gründungsmitglieder der überparteilichen² im Februar 1947 in Berlin gegründeten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Sie kämpfte für die Wiedergutmachung, auch wenn sie diese problematisierte: „Wer kann wiedergutmachen, was unter Trümmern begraben liegt? Wer kann wiedergutmachen, was in den Konzentrationslagern umgekommen ist?“³

Acht Jahre nach Kriegsende, am 24. Juni 1953, erklärte sie: *„Die sozialdemokratische Fraktion ... weist darauf hin, dass auf ihren Antrag bereits im Dezember 1950 die Bundesregierung ersucht worden ist, den Entwurf eines Gesetzes zur Entschädigung von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung vorzulegen...Schließlich hat die sozialdemokratische Fraktion... durch die Drucksache Nr. 3472 vom 18. Juni 1952 einen Gesetzentwurf vorgelegt...“*



Jeanette Wolff

Doch auch nach der Verabschiedung des Bundesentschädigungsgesetzes schleppte sich die Wiedergutmachung weiter hin, im Mai 1954 nahm sie sich voller Empörung den Finanzminister Schäffer (CDU) vor: *„Herr Finanzminister, Sie erklären, Sie konnten aus irgendwelchen technischen Gründen die Ausführungsbestimmungen bis heute nicht erlassen ... Herr Bundesfinanzminister, Ihnen als gutem Verwaltungsmann wird doch klar sein, dass durch das Fehlen der Ausführungsbestimmungen zum Bundesentschädigungsgesetz die Gesetze der Länder blockiert gewesen sind. In den Etats der Länder waren Summen eingesetzt...Diese Behörden werden angegriffen, weil sie nicht auszahlen. Sie können nicht auszahlen, weil das Bundesentschädigungsgesetz bis jetzt noch keine Ausfüh-*

rungsbestimmungen hat...Herr Bundesfinanzminister – gestatten Sie, dass ich Ihnen das in aller Offenheit sage –, Sie haben hinter das Projekt, das diejenigen umfasst, die als Widerstandskämpfer oder als religiös und rassistisch Verfolgte in der Nazizeit gelitten haben, nicht die Wärme gesetzt, die Sie bei der Ausweitung des Gesetzes zu Art. 131 bewiesen haben. Da hätten Sie am liebsten noch die gesamte Gestapo und den SD hineingenommen.“⁴

Jeanette Wolff rechnete vor, dass die Pensionen hoher ehemaliger Generäle und Offiziere das drei- bis mindestens siebenfache der Renten betrug, die die Witwen von Opfern der Naziverfolgung erhielten. Und sie fügte hinzu, dass der Richter in einem Prozess gegen einen Nazikommandanten –Jeanette Wolff war da Belastungszeugin – Drohbriefe über Drohbriefe bekam.

Tatsächlich, und das geht aus der folgenden Aufarbeitung der Hamburger AvS-Akten hervor, gab es immer wieder Vorwürfe, die Wiedergutmachung erfolge zu schleppend, dabei galt die Arbeit der schon im Sommer 1945 eingerichteten „Zentralbetreuungsstelle“ unter der Leitung des Sozialdemokraten August Haase, der eng mit dem Komitee ehemaliger politischer Gefangener zusammenarbeitete, „über Hamburg hinaus als vorbildlich“⁵. Jeanette Wolff hatte ausgesprochen, was vielen ehemals Verfolgten zunehmend schmerzhaft bewusst wurde: Die Opfer schienen vergessen und die Profiteure des NS-Systems, ja die Täter witterten Morgenluft. Die Tatsache, dass nach langem Zögern und knauserigem Rechnen ein

Gesetzentwurf zur finanziellen Entschädigung für ehemalige politische Häftlinge in der DDR erst im Juni 2007 verabschiedet wurde, während ehemalige SED-Funktionäre längst alle Möglichkeiten des Rechtsstaats genutzt hatten, um sich höhere Renten zu erstreiten und politisch Einfluss zu nehmen, macht in bedrückender Weise deutlich, dass Opfern von Diktaturen nur selten Gerechtigkeit widerfährt.⁶

Damit sind wir beim zweiten Themenkomplex, der in der Geschichte der AvS eine bedeutende Rolle spielt: In der Aufbruchszeit nach Kriegsende, als sich in den Besatzungszonen bis Ende 1947 ca. 300.000 ehemals Verfolgte in der bis dahin überparteilichen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) zusammenfanden, schien die gemeinsame Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung Garant für eine gemeinsame politische Zukunft aller Sozialisten. Die meisten Sozialdemokraten, besonders die in Hamburg, waren bereit, den Schlachtruf der KPD bis 1932, die „Sozialfaschisten“ von der SPD zunächst vor den Nazis zu bekämpfen, zu vergessen. Schon im Juni wurden in der Sowjetischen Besatzungszone demokratische Parteien zugelassen. Der SPD-Zentralausschuss, der sich in Berlin gegründet hatte, stimmte der Aktionseinheit beider Parteien zu, während andererseits Kurt Schumacher, mit dem Mandat der Bezirks- und Landesorganisationen der SPD in den westlichen Besatzungszonen ausgestattet, sich vehement gegen eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten aussprach. Er glaubte nicht, dass die Kommunisten, die vor 1933 für

eine Rätediktatur kämpften, sich zu Demokraten gewandelt hätten.

Die Mitgliederzahl der SPD übertraf in der Ostzone schon Ende Oktober 1945 die der KPD und „die praktischen Erfahrungen mit der KPD... ließen die SPD-Führung im Herbst 1945 von ihrem ursprünglichen Kurs auf eine Einheitspartei Abstand nehmen.“⁷ Auf der sogenannten 60er Konferenz im Dezember 1945 beschlossen jedoch die Einheitsbefürworter beider Parteien die ‚Verschmelzung‘ und schon ab Januar begannen die sowjetischen Kommandanten in der SBZ mit Versprechungen, Androhungen, Vorladungen und Verhaftungen den Widerstand von SPD-Funktionären zu brechen. Ab Herbst 1946 stellten die Berliner Sozialdemokraten fest, dass Genossen, die als Gegner der Einheit bekannt waren, einfach unauffindbar „verschwanden“.⁸ Gustav Dahrendorf, ursprünglich Befürworter der Vereinigung, musste fliehen. In der von der SPD geforderten Urabstimmung, die nur in den drei Westberliner Besatzungszonen durchgeführt werden konnte, sprachen sich bei hoher Wahlbeteiligung über 82 Prozent der SPD-Mitglieder gegen die Vereinigung aus.

Es dauerte keine drei Jahre bis die Säuberungen der SED von „sozialdemokratischem Denken“ begannen und die ersten Sozialdemokraten, darunter junge Menschen, die bei den Falken organisiert waren, als „Schumacher-Faschisten“ zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt wurden.⁹ Zwischen 1950 und 1963 wurden über tausend politische Gegner, darunter 60 Frauen, zum Tode verurteilt.¹⁰

Weshalb werden diese Vorgänge hier so ausführlich geschildert?

Weil die Hamburger ehemals verfolgten Sozialdemokraten sich im Herbst 1947 trotz aller Vorhaltungen der Parteiführung nicht von der gemeinsamen Arbeit mit den Kommunisten in der VVN abbringen ließen und erst nach Zugeständnissen der Parteiführung einem Unvereinbarkeitsbeschluss im Sommer 1948 zustimmten. Die Hintergründe sind noch unerforscht. Der Wunsch nach Einheit war nach Kriegsende bei vielen Sozialdemokraten – und auch Kommunisten sehr stark gewesen und der Lernprozess, dem die Einheitsbefürworter in der SPD ausgesetzt waren, war äußerst schmerzhaft. Willi Brandt erklärte 1949: *„Ich ließ mich von der Hoffnung leiten, durch die ‚Einheitspolitik‘ könne es gelingen, die kommunistischen Arbeiter für eine bodenständige sozialistische Politik zu gewinnen...Inzwischen haben wir alle, die zum Lernen imstande sind, dazugelernt.“*¹¹ In der diesbezüglichen Literatur wird betont, dass die Kontakte zwischen den West-Besatzungszonen und der Ostzone schwierig waren, daher ist nachvollziehbar, dass Berliner Sozialdemokraten viel hautnähere Erfahrungen mit der SED und der Sowjetischen Militäradministration machten, für Hamburger waren das oft nur Gerüchte.

Zum anderen war die Zusammenarbeit in Hamburg sachlich und zielorientiert, was nicht zuletzt wohl auch an den KPD-Mitgliedern im Vorstand der VVN lag. Dies waren Friedrich (Fiete) Dethleffs, der später mit der Parteilinie der KPD in Konflikt geriet und in den 50er Jahren zur SPD wechselte, sowie vor allem Franz Heitgres,



Walter Schmedemann

ehemaliger KZ-Häftling und mit knapper Not durch das Kriegsende dem Todesurteil entgangen. 1945/1946 wurde er in der von der Besatzungsmacht ernannten Bürgerschaft Senator für Wiedergutmachung und Flüchtlingshilfe.

„Er war eine ehrliche Persönlichkeit, er war einfach anders, kein Apparatschik.“¹² Heitgres, seit 30 Jahren KPD-Mitglied und 1932 knapp dem Ausschluss aus der Partei entgangen, war Gründungsmitglied der VVN und sein Verfolgtenpass trug die Nr. 1. Nachdem allerdings Pieck im Mai 1948 mit der „Partei neuen Typs“ die Entwicklung der SED zur marxistisch-leninistischen Kaderpartei ausgerufen hatte und Stalin mit Tito brach, wurde eine Überprüfung aller Parteileitungen, d.h. eine ‚Säuberung‘ in Gang gesetzt, die mit der Einsetzung einer Zentralen Parteikontrollkommission im Herbst 1948 offenbar auch Hamburg erfasste. Schon im Herbst 1950 musste sich Heitgres kritischen Fragen stellen, wurde seiner VVN-Funktion entbunden, und doch wurde er weiter mit wichtigen Aufgaben betraut –

bis er ohne weitere Begründung im Februar 1953 von jeder Funktion entbunden wurde.¹³ Nur der Kontrollausschuss der VVN kam einstimmig (unter neun Mitgliedern sechs Kommunisten) zu dem Ergebnis, dass Heitgres sich nie etwas hatte zuschulden kommen lassen – was die Landeskontrollkommission der KPD zu weiteren Maßnahmen veranlasste. Giordano spricht von einem „Dokument des organisierten Betrugs“, dem sich im Herbst 1956 auch das westdeutsche Organ der VVN, „Die Tat“, anschloss.

Weshalb ehemals verfolgte Sozialdemokraten wie Walter Schmedemann, Magda Hoppstock-Huth und Albert Blankenfeld vertrauensvoll mit Heitgres als Vorsitzendem der VVN zusammenarbeiten konnten, lässt sich aus der Einschätzung Giordanos schließen: *„(Er).. unterschied sich zu augenfällig von der dumpfen Beschränktheit des humorentwöhnten Apparatschiks als dass ihm die Sympathien weiter Kreise, auch jenseits der Partei, nicht sicher gewesen wären ... Was seine Anziehungskraft ausmachte, war, dass er eine Atmosphäre des Vertrauens, nicht des Misstrauens verbreitete, wohin er auch kam.“¹⁴*

Die Trennung der Sozialdemokraten von der VVN geschah also widerstrebend. Wie sollten die Hamburger auch ahnen, dass in der DDR bald die Organisationen „Opfer des Faschismus“ und VVN aufgelöst und Anfang 1953 durch das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“ ersetzt wurden, dem, wie Gerhard Finn schreibt, auch Kommunisten angehörten, die nicht einmal in Haft gesessen

hatten – aber nun die entsprechenden Vergünstigungen genossen.¹⁵ Hermann Weber spricht von der Tragödie der deutschen Kommunisten, die sich im Widerstand gegen die Nazis engagierten und doch für ein diktatorisches System kämpften, das manchen von ihnen ebenfalls – sei es in der UdSSR oder in der SBZ/DDR – zum Verhängnis wurde.¹⁶

Die Trennung VVN – AvS Hamburg wurde für beide Seiten schmerzhaft, erstes Zeichen dafür war die Ausgrenzung der VVN anlässlich der Einweihung des Ehrenmals für die NS-Opfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof im Mai 1949.¹⁷ Dass aber auch die Haltung der Nachkriegs-SPD gegenüber Widerstand und Verfolgung ambivalent war, wird deutlich aus den von Holger Martens recherchierten Unterlagen und hat ihren Ursprung in einer ganzen Gemengelage von Motiven.¹⁸ Der politische Wiederaufbau schien auch vielen Verfolgten wichtiger, in der Bundesrepublik setzte die Restauration ein, schon zu Beginn der 50er Jahre machte man den ehemals Verfolgten ihre Wiedergutmachungsleistungen streitig, ausgerechnet zugunsten sogenannter „Entnazifizierungsoffer“. Constantin Goschler stellt auch den symbolischen Klimawechsel heraus: Nach 1949 verschwindet der Gedenktag für die NS-Opfer am 2. Septembersonntag und mit dem Gedenken am Volkstrauertag werden sie den Opfern von Kriegen, von Bombardierungen sowie von Flucht und Vertreibung gleichgestellt. Die kritische und regionale Aufarbeitung des Widerstands erlebte auch in der SPD erst Ende der 60er Jahre wieder einen Aufschwung.

Beide, AvS Hamburg und VVN widmeten sich in der Folgezeit der Hilfe für die Opfer und der Aufarbeitung der eigenen Geschichte, die auch ein Teil der Geschichte Hamburgs ist. Die einen unter dem Vorzeichen der Festigung der parlamentarischen Demokratie und der Erinnerung an die Kämpfe gegen die Nationalsozialisten und den Widerstand, ja in den 50er Jahren mindestens im gleichen Maße der Mahnung, die Gefangenen und Ermordeten in den Lagern der DDR nicht zu vergessen. Die anderen, die VVN, am unsichtbaren Gängelband der SED, im Bemühen, den Begriff „Sozialismus“ zu vermeiden, widmeten sich dem Kampf gegen Faschismus und damit der Gleichsetzung aller Gewaltregime mit dem NS-Regime. Bis heute wird an dem wissenschaftlich ebenso kritisierten wie umstrittenen Begriff Faschismus von der VVN festgehalten, so als glaube man, die politischen Schlachten, die man verloren hat, auf dem Gebiet der Geschichtsinterpretation wiederzugewinnen. A-historisch nannte Ralph Giordano diese Gleichsetzung einmal, er sei nicht von irgendwelchen Faschisten, sondern von Nationalsozialisten gefoltert worden.

Noch sind zu viele Geschichtslegenden über Verfolgte und Verfolgtenorganisationen im Umlauf, deshalb muss, gerade im Andenken an unsere sozialdemokratischen Widerstandskämpfer in der Zeit des Nationalsozialismus – nicht zuletzt aber auch derjenigen in der SBZ/DDR – deutlich ausgesprochen werden, was damals geschah.

Ein Beispiel nur: Die 60jährige Berliner SPD-Stadtverordnete Jeanette Wolff, Über-

lebende mehrerer KZs, Gründungsmitglied der VVN, wurde am 23. Juni 1948, fünf Tage bevor der Parteivorstand der SPD auf einer Tagung in Hamburg den Unvereinbarkeitsbeschluss betreffend VVN bekräftigte, von kommunistischen Schlägern aus dem Stadtverordnetenparlament in Berlin geprügelt. Am nächsten Tag zeigte sie vor einer Versammlung mit 8.000 Menschen die blauen Flecken, die sie davongetragen hatte, und rief: „Guckt nicht nach meinen Veilchen. Die sind von den Kommunistenjünglingen, die mich verprügelt haben. Ich sage Euch, die können mir das andere Auge auch noch blau schlagen, wenn ich wüsste, dass sie dadurch alle Mandate in Berlin verlieren.“

Boll verweist auf die schwierige Situation der von Kommunisten verfolgten Sozial-

demokraten, indem er anmerkt, dass sie von Helden des Kalten Krieges zu den fast vergessenen Opfern während der Zeit der Entspannungspolitik wurden. Mit Hinweis auf die von Beatrix Bouvier beschriebenen Verhaftungswellen (1948, 1950, 1953) stellt er fest: „Wie sehr die deutsche Sozialdemokratie von der – im Rhythmus der Stalinisierung der ostdeutschen Parteienlandschaft – wellenartig gesteigerten Repression und generell von der Entwicklung der SBZ/DDR geprägt wurde, ist zwar durchaus beschrieben, aber interessanterweise kaum in den Kontext der Opfergruppen oder der Gedenkkulturen eingeordnet worden.“¹⁹

So bleibt zu hoffen, dass auf diesem Gebiet weitere Untersuchungen folgen.

Anmerkungen

- 1 9. Sitzung der Bürgerschaft, 23. April 1947, S. 224
- 2 Die sich mit der Entwicklung der SED und der DDR vollziehenden politischen Veränderungen wirkten sich auch auf die VVN aus, so auf die Einengung des Antifaschismus-Begriffs und die offizielle Auffassung über den antifaschistischen Widerstandskampf. Der ursprünglich breite Ansatz, was als antifaschistischer Widerstand anerkannt und gewürdigt werden sollte, wurde schon seit Anfang der 1950er Jahre immer weiter eingengt- Aus: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/geschichte/view_html/n2/bs1/zid35144 L. Bisky zum 60. Jahrestag der VVN-Gründung in Berlin..
- 3 Bundestag 28.5.1955, in: Jeanette Wolff, Mit Bibel und Bebel. Bonn 1980.
- 4 Ebenda.
- 5 Ursula Büttner, Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945 bis 1948, Landeszentrale für politische Bildung 1986, S. 23.

- 6 Vgl. Kilian Trott, Die Leugner sind unter uns, FAZ v. 21.8.2007. So lehnte die Kohl-Regierung eine materiell besondere Anerkennung des Widerstands gegen das DDR-Regime ab und erst unter der Regierung Schröder wurden NS-Opfer und ehemalige politische Häftlinge in der DDR gleichgestellt.
- 7 Rainer Eppelmann/Horst Möller/Günter Nooke/Dorothee Wilms (Hrsg), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 534.
- 8 Siegfried Heimann, Karl Heinrich und die Berliner SPD, die sowjetische Militäradministration und die SED, Reihe Gesprächskreis Geschichte, Heft 70, S. 40ff.
- 9 Klaus Schroeder, Der SED-Staat, Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 39. Über die Zahlen der insgesamt verhafteten Sozialdemokraten gibt es keine genauen Angaben, die Zahlen schwanken. Die Gesamtzahl der von sowjetischen Militär- und DDR-Gerichten verurteilten Sozialdemokraten wird auf 5000-6000

geschätzt, vgl. Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der SBZ und in der DDR 1945-1953, Bonn 1996..

- 10 Heimann, S. 49.
- 11 Heimann, S. 42.
- 12 Auskunft Ralph Giordano vom 26.11.2007.
- 13 Ausführlich bei Ralph Giordano, Die Partei hat immer Recht, Berlin 1980, Kap. Der Fall Franz Heitgres.
- 14 dito
- 15 Gerhard Finn, Nationale Mahn- und Gedenkstätten, in Eppelmann, a.a.O., S. 432.
- 16 Das 1970 im Dietz-Verlag erschienene Nachschlagewerk „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon“ wurde bald nach seinem Erscheinen zurückgezogen, weil bei zu vielen KPD-Funktionären ein Todesdatum in der UdSSR vermerkt war.
- 17 Wolf Dietrich Schmidt, „Wir sind die Verfolgten geblieben“, in: J. Berlin (Hrsg.): Das andere Hamburg, Köln 1981/82, S. 348 ff.
- 18 Vgl. Kap. „Der antifaschistische Widerstand – kein Thema in der SPD.“ Die Thematisierung von Widerstand und Verfolgung in der frühen Nachkriegs-SPD, in Friedhelm Boll, Sprechen als Last und Befreiung. Holocaust-Überlebende und politisch Verfolgte zweier Diktaturen, Bonn 2003.
- 19 Friedhelm Boll, Sprechen... S. 219

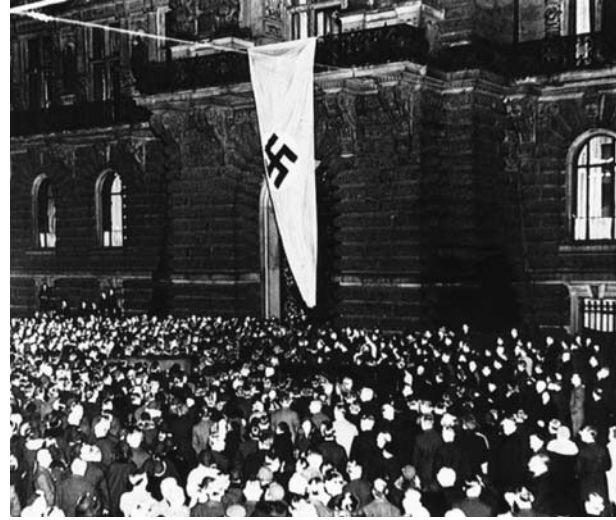
Holger Martens

Widerstand und Verfolgung 1933-1945

„Machtergreifung“ in Hamburg

Als am 30. Januar 1933 Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde, regierte im Hamburger Rathaus noch ein demokratischer Senat. Obwohl die Koalition aus SPD, Deutscher Staatspartei (DStP) und Deutscher Volkspartei (DVP) seit der Bürgerschaftswahl vom September 1931 keine Mehrheit mehr in der Bürgerschaft hatte, blieb der „ewige Senat“ im Amt, weil kein anderes mehrheitsfähiges Bündnis zustande kam. Allerdings machte sich die Machtübernahme in Berlin auch in Hamburg schon bald bemerkbar. Den Unterdrückungsmaßnahmen des NS-Regimes gegen die Kommunisten leistete Polizeisenator Adolph Schönfelder Folge, um der Reichsregierung keinen Anlass zum Einschreiten zu geben. Als vom Hamburger Senat das Verbot des SPD-Parteiorgans „Hamburger Echo“ verlangt wurde, das kritisch die offiziellen Verlautbarungen zum Reichstagsbrand hinterfragt hatte, traten die SPD-Senatoren am 3. März 1933 zurück. Den Sozialdemokraten war klar, dass mit dem Verbot der eigenen Zeitung nicht nur die Pressefreiheit weiter eingeschränkt, sondern ihnen auch die letzte Möglichkeit genommen werden würde, die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Noch am Abend der Reichstagswahl, am 5. März 1933, setzte die Reichsregierung die Ernennung des NS-Standartenführers Alfred Richter zum Polizeisenator durch. Vom Balkon des Rathauses wehte zum ersten Mal die Hakenkreuzfahne.



Hakenkreuzfahne am Hamburger Rathaus – März 1933

Mit der Wahl eines von Nationalsozialisten geführten Senats am 8. März 1933 begann auch in Hamburg der staatliche Terror. Systematisch schränkten die neuen Machthaber die Bewegungsfreiheit und das öffentliche Auftreten der SPD ein. Das Anfang März 1933 gegen die Parteizeitung „Hamburger Echo“ ausgesprochene Verbot wurde nicht wieder aufgehoben. Mitte März untersagten die Nationalsozialisten das Heraushängen von Fahnen der SPD. Im April wurde den Sozialdemokraten verboten, Plakate zu kleben und öffentliche Gebäude wie Schulen und Turnhallen zu nutzen. Schließlich wurden der SPD Ende April politische Versammlungen und Demonstrationen gänzlich untersagt. Ab Mitte Mai war es verboten, Abzeichen der SPD öffentlich zu tragen. Am 24. März 1933, dem Tag nach der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz,



Karl Meitmann

wurden mit dem Reichstagsabgeordneten Gustav Dahrendorf, der wie alle anderen SPD-Abgeordneten gegen das Gesetz gestimmt hatte, und dem Landesvorsitzenden Karl Meitmann zum ersten Mal prominente Hamburger SPD-Funktionäre vorübergehend verhaftet. Führende Vertreter der Hamburger SPD wurden wie in anderen Teilen Deutschlands mit erfundenen Korruptionsvorwürfen überschüttet. Auch in Hamburg forderte der NS-Terror erste Todesopfer. Der Reichstagsabgeordnete Adolf Biedermann stürzte unter ungeklärten Umständen in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai 1933 bei Recklinghausen aus dem fahrenden Zug. Die Ehefrau von SPD-Senator Paul Neumann, der nach seinem Rücktritt Anfang März 1933 vorübergehend untertauchte, um einer möglichen Verhaftung zu entgehen, nahm sich aus Furcht vor der Gestapo das Leben.

Nach dem Verbot der Parteizeitung informierte die Landesorganisation die Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit durch „Merkblätter der Sozialdemokratischen Partei“, die Beiträge zu den wichtigsten politischen Ereignissen in Hamburg und Deutschland enthielten. Bis Mitte April 1933 erschienen sieben Ausgaben, dann wurde das Informationsblatt vermutlich von den Nationalsozialisten verboten. Anschließend gab die Landesorganisation noch mindestens drei Rundschreiben heraus. Das letzte erschien am 5. Mai 1933.

Nachdem die Nationalsozialisten schon am 2. Mai 1933 reichsweit die Gewerkschaftshäuser besetzt hatten, erfolgte am 10. Mai die Beschlagnahme des Parteivermögens. Damit war der Hamburger Parteiführung die Möglichkeit genommen, weitere Mitteilungen zu drucken. Doch die Landesorganisation hatte sich auf die Übergriffe vorbereitet. So hatte Karl Meitmann in seiner Waschküche am Maienweg 281 zahlreiche Dokumente verbrannt, darunter einmalige Originale aus der Parteigeschichte von unersetzlichem Wert.

Unmittelbar bevor sich Otto Wels ins Ausland absetzte, hielt sich der SPD-Parteivorsitzende in Hamburg auf und unterstützte diejenigen, die sich auf die Arbeit in der Illegalität vorbereiten wollten. Vermutlich stand die Geheimsitzung des Hamburger Parteivorstands im Wintermoor in der Lüneburger Heide Anfang Mai 1933 im Zusammenhang mit dem Besuch von Wels. Die Teilnehmer beschlossen, einen Vertrauensmann mit Bargeld der Hamburger SPD ins Ausland



Das Parteihaus mit den Fahnen der Eisernen Front

zu senden. Der hauptamtliche Kassierer Claus Umland floh nach eigenen Angaben aus Furcht vor einer Verhaftung am 8. Mai vorübergehend nach Landskron im Sudentenland. Am 25. Juni 1933 kehrte er nach Hamburg zurück. Vermutlich war es Umland, der den Beschluss der Hamburger Parteiführung umsetzte.

Auch in Hamburg kam es innerhalb der SPD zu Richtungsstreitigkeiten. Besonders schmerzlich war für die Sozialdemokraten der Anpassungskurs der Hamburger Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die der Linie der Gewerkschaftsführung in Berlin folgte. In der zweiten Aprilhälfte führten Gewerkschaftsvertreter um den ADGB-Landesvorsitzenden und SPD-Bürgerchaftsabgeordneten John Ehrenteit Ge-

spräche mit den Nationalsozialisten. Vermutlich auch mit Rücksicht auf den Gewerkschaftsflügel setzte die SPD-Bürgerchaftsfraktion noch im Mai 1933 auf eine legale Fortsetzung der Arbeit. So brachte der Fraktionsvorsitzende Hans Podeyn im Ältestenrat die „Bereitwilligkeit zu positiver, sachlicher Mitarbeit zum Wohle Hamburgs“ zum Ausdruck. Ende Mai traten schließlich mit John Ehrenteit, Hugo Schotte, Wilhelm Petersen und Georg Amlung vier Gewerkschaftsvertreter aus der Fraktion aus. Ihnen folgte am 8. Juni Alfred Ehlers. Da die Gewerkschafter keine Fraktionsstärke erreichten, gingen sie ein Hospitantenverhältnis mit der NSDAP ein.

Von der „Echo“-Versammlung zur illegalen Organisation

Obwohl der SPD praktisch jede Form der politischen Betätigung untersagt war, bestanden Organisationsstrukturen fort, das zeigte sich Mitte Juni 1933, als noch einmal führende Vertreter der Hamburger SPD zusammenkamen. Anlass war das Interesse des Gauleiters Karl Kaufmann am „Hamburger Echo“. Nach Einschätzung des Reichstagsabgeordneten und „Echo“-Redakteurs Gustav Dahrendorf glaubten die neuen Machthaber durch die Übernahme der Parteizeitung die Hamburger Arbeiter besser erreichen zu können.

Gustav Dahrendorf erklärte rückblickend, dass er dem Kaufmann-Plan von vornherein ablehnend gegenübergestanden habe. Doch sah er die Möglichkeit, angesichts des Versammlungsverbots die führenden

Hamburger Sozialdemokraten zusammenzurufen, um die aktuelle politische Entwicklung zu diskutieren.



Gustav Dahrendorf

Nachdem die Nationalsozialisten eine Genehmigung erteilt hatten, wurde für den 15. Juni 1933 eine Sitzung einberufen, bei der es sich nach dem Teilnehmerkreis um eine Parteivorstands- und -ausschusssitzung handelte. Da die Zusammenkunft im Redaktionsgebäude des „Hamburger Echos“ stattfand, wurde sie später auch schlicht „Echo“-Versammlung genannt. Die Beratungen dauerten bis Mitternacht, so dass beschlossen wurde, die Veranstaltung am nächsten Tag fortzusetzen. Bei den 32 Teilnehmern handelte es sich um die Führungsspitze der Hamburger SPD. Neben dem Landesvorsitzenden Karl Meitmann sowie den beiden Reichstags-

abgeordneten Hans Staudinger und Gustav Dahrendorf waren der frühere Polizeisenator Adolph Schönfelder, Ex-Senator Heinrich Eisenbarth und der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans Podeyn anwesend. Neun der 13 Landesvorstandsmitglieder nahmen teil und von den zu den Parteiausschussmitgliedern zählenden 36 Distriktvorsitzenden waren mindestens neun gekommen, die vor allem größere Distrikte repräsentierten. Weitere Distrikte hatten Vertreter entsandt, so dass insgesamt etwa 50 Prozent der SPD-Mitglieder durch Distriktsfunktionäre vertreten waren. Unter den Anwesenden befanden sich 13 Bürgerschaftsabgeordnete, von denen elf in ihrer Eigenschaft als Landesvorstandsmitglieder oder als Distriktvorsitzende teilnahmen.

Für die Diskussion hatte der Landesvorsitzende Karl Meitmann eine vierseitige „Situations-Analyse“ über die politischen Verhältnisse in Deutschland verteilt. Nähere Angaben über den Inhalt des Papiers liegen nicht vor. Doch scheint es nicht auf der Linie der Parteivorstandsmitglieder um Paul Löbe gelegen zu haben, die in Berlin immer noch an einer Legalitätspolitik festhielten. In der Debatte ging es offensichtlich um das Für und Wider zur Haltung und zum Vorgehen des Prager Exilvorstands.

Die Nationalsozialisten nutzten die Gelegenheit und inhaftierten gegen 22.30 Uhr die Versammlungsteilnehmer. Die Verhafteten mussten schwere Misshandlungen über sich ergehen lassen, die mit Duldung und in Anwesenheit von führenden Vertretern der Hamburger NS-Führung, darunter Gauleiter Kaufmann, stattfanden. Obwohl sich der Vorwurf des Lan-



Jonni Schacht – hier mit seiner ersten Frau Irma – nahm als Vorsitzender des SPD-Distrikts Farmsen-Berne an der „Echo“-Versammlung teil.

des- und Hochverrats nicht erhärten ließ, alle Verhafteten entlassen und das Verfahren später eingestellt wurde, nutzten die Nationalsozialisten die Ereignisse dazu, um das Verbot der SPD am 22. Juni 1933 zu rechtfertigen.

Vor allem die prominenten Sozialdemokraten mussten weitere Verfolgungen fürchten und galten als besonders gefährdet. Hans Staudinger begab sich in die Emigration nach Amerika. Karl Meitmann, Gustav Dahrendorf und Hans Po-deyn verließen Hamburg und kehrten erst nach 1945 zurück. Andere lebten zurückgezogen in Hamburg.

Trotz des brutalen Vorgehens der Nationalsozialisten beteiligte sich die große

Mehrheit der Versammlungsteilnehmer am aktiven Widerstand. Die Initiative für den Aufbau der illegalen Hamburger SPD ergriff der Bürgerschaftsabgeordnete und Eilbeker Distriktvorsitzende Walter Schmedemann. Er hatte die Versammlung frühzeitig verlassen und war dadurch zunächst einer Verhaftung entgangen. Diese Zeit nutzte er, um erste Maßnahmen für die Arbeit im Untergrund einzuleiten. Nach einer kurzfristigen Inhaftierung baute er eine sechsköpfige Leitungsgruppe auf, der auch sein Bruder Willi Schmedemann angehörte. Otto Schumann, der auch an der „Echo“-Versammlung teilgenommen hatte, zählte ebenfalls zum engeren Führungskreis.

Im Prozess gegen Schmedemann und Genossen „wegen Verbrechen gegen § 2 des Gesetzes vom 14. Juli 1933 gegen die Neubildung der Parteien“ wurden Walter Schmedemann am 18. Juni 1935 zu 30 Monaten Zuchthaus und Otto Schumann zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Schmedemann hatte ein illegales Organisationsnetz aufgebaut, das sich nicht nur über Hamburg erstreckte, sondern auch die Nachbarstädte, insbesondere Altona und Wandsbek, einschloss. Über das Grenzsekretariat in Kopenhagen gab es Verbindungen zum Prager Exilvorstand. Nach der Verhaftung von Schmedemann wurde der 28-jährige Sozialdemokrat John Kienow aus Barmbek nach Kopenhagen beordert. Der Vertreter der SPD-Exilführung, Richard Hansen, beauftragte Kienow mit der Gesamtleitung der illegalen SPD in Hamburg und Norddeutschland. Dieser baute mit Emil Göthel, Franz Trummer und Charel Thron sowie dem Verteiler für Hamburg, Georg Kieras



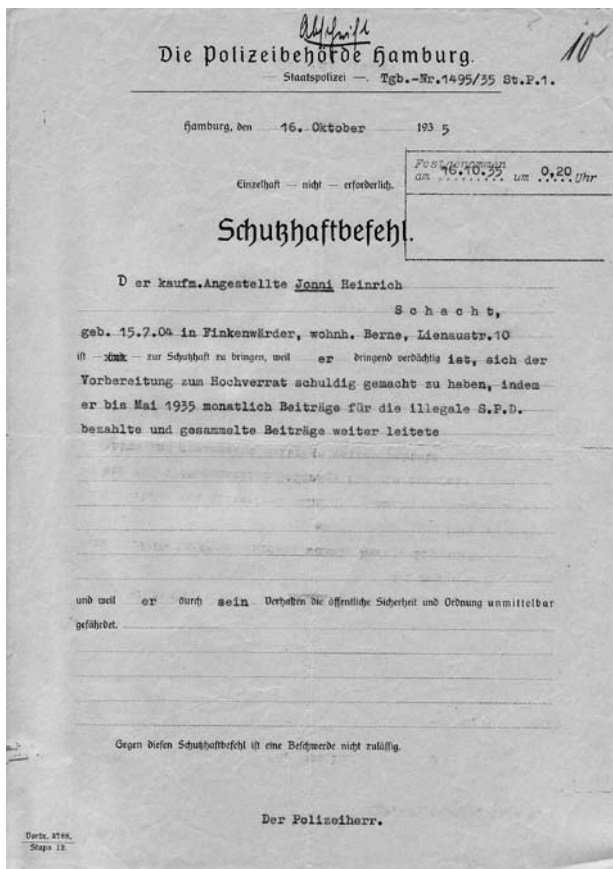
John Kienow

(Spitzname Spatz), eine neue illegale Leitung auf. Im Sommer 1935 wurde auch diese Gruppe verhaftet und ihre Mitglieder wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt.

Zu den Widerstandsaktivisten gehörten auch frühere Distriktsvorsitzende, die an der „Echo“-Versammlung teilgenommen hatten. Nach mehreren Verhaftungswellen wurden schließlich Anfang 1937 die letzten aus dem Reichsbanner hervorgegangenen sozialdemokratischen Widerstandsgruppen aufgedeckt. Die NS-Justiz verhängte inzwischen deutlich härtere Strafen. So wurde Wilhelm Häussler als einer der Hauptangeklagten 1938 zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Arbeit im Widerstand

Die Hamburger Sozialdemokraten waren nicht auf die illegale Arbeit vorbereitet. Vor allem fehlte eine Führungsstruktur und Erfahrung in der konspirativen Arbeit. Bei den von Walter Schmedemann angeführten Sozialdemokraten handelte es sich zwar um die größte und aktivste Widerstandsgruppe, die sich an der Organisationsstruktur der Partei orientierte, von zahlreichen früheren Funktionsträgern unterstützt wurde und damit zu



Der Schutzhaftbefehl von Jonni Schacht

Recht als die illegale SPD bezeichnet werden kann, doch parallel dazu bildeten sich aus alten Gruppenzusammenhängen weitere sozialdemokratische Widerstandszellen heraus, die zum Teil selbstständig arbeiteten oder erst allmählich zur illegalen SPD Kontakt fanden. Ehemalige Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins- und Organisationswesens wie die SAJler (Sozialistische Arbeiterjugend), die Jungsozialisten, die Reichsbannerleute und die Arbeitersportler trafen sich auch nach dem Verbot der SPD zu gemeinsamen Aktivitäten. In unterschiedlicher Intensität wurde dabei auch die politische Situation diskutiert.

Aus diesen Gruppen heraus entwickelten Gleichgesinnte Widerstandsaktivitäten. Die Motivation war in vielen Fällen ähnlich. Im Vordergrund stand vor allem der Versuch, die Mitmenschen über den wahren Charakter der NS-Herrschaft aufzuklären. Dabei sahen sich alle Gruppen ähnlichen Problemen gegenübergestellt. Um Flugblätter und andere Schriften herzustellen, wurden Papier, Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate benötigt. Da die finanziellen Möglichkeiten zumeist begrenzt waren, wurden illegale Schriften verkauft und Beiträge kassiert. Und schließlich mussten Informationen beschafft werden, die den wahren Charakter der Diktatur entblößen sollten. Anfangs konnten dazu noch ausländische Zeitungen genutzt werden, übersetzte Berichte wurden für Flugblätter verwendet. Die illegale Hamburger SPD-Führung richtete einen eigenen Nachrichtendienst ein, der systematisch Informationen aus ganz Hamburg sammelte. Dieses Informationssystem lieferte auch die Nach-



Rote Blätter: illegale Zeitung der Hamburger SPD

richten für die „Roten Blätter“, das illegale Organ der Hamburger SPD, das wöchentlich mit einer Auflage von mehreren 1.000 Exemplaren in Eilbek hergestellt und auch über Hamburg hinaus verbreitet wurde. Gleichzeitig wurden die gesammelten Informationen über Kuriere dem Prager SPD-Exilvorstand zur Verfügung gestellt. Die dort eingegangenen Nachrichten wurden in den „Deutschland-Berichten“ veröffentlicht und wieder ins Land geschmuggelt. Über geheime Vertriebswege wurden illegale Schriften des Exilvorstands aus Dänemark und der Tschechoslowakei nach Hamburg geschafft und verteilt. Dazu gehörten der „Neue Vorwärts“ und die „Sozialistische Aktion“, Tarnschriften mit Titeln wie „Platons Gastmahl“ oder „Die Kunst des Selbstra-



Mit falschem Titel getarnte illegale Schrift der SPD (Umschlag)

sierens“ und Flugschriften wie „Laßt Tatsachen sprechen“.

Die Herstellung eigener Schriften war besonders gefährlich. Einerseits war ein größerer Personenkreis beteiligt und wiederkehrende Aktivitäten konnten das Misstrauen von Nachbarn und NSDAP-Mitgliedern wecken, andererseits forderten örtlich festgestellte Widerstandstätigkeiten die Gestapo besonders heraus. Weil die Aktionen zumeist in einem größeren Kreis vorbereitet wurden und sich die Beteiligten kannten, hatte die Gestapo ein leichtes Spiel, wenn es ihr gelang, ein Mitglied der Widerstandsgruppe zu überführen.

Der Eimsbüttler SAJ-Widerstand um Julius Willemsen und Friedrich Börth verfasste zum 16. Jahrestag der Novemberrevolution 1934 den Aufruf „Vorwärts und nicht

vergessen“, der als Flugblatt verteilt wurde. Die SAJler beteiligten sich an der Verbreitung der „Roten Blätter“, übernahmen Kurierdienste, sammelten Geld, führten Diskussionen und organisierten gemeinsame Freizeitaktivitäten. Im Januar 1935 wurde die Tätigkeit aufgedeckt. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Besonders hart traf es den 20-jährigen Friedrich Börth. Er wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Börth kam wie viele andere politische Gefangene nach der Verbüßung der Haftstrafe nicht frei, sondern wurde auf Anordnung der Gestapo in das KZ Sachsenhausen überführt. Hier saß er weitere sieben Jahre bis zur Befreiung Ende April 1945 ein. Obwohl der politische Widerstand in erster Linie von Männern organisiert wurde, gab es eine Reihe von Frauen, die sich an



Mitglieder der SAJ: (v.l.n.r.) Karl Strutz, Heinz Gärtner, Hans Sander und Willi Tiedt

der Herstellung und Verteilung von Flugblättern beteiligten, Parteibeiträge kassierten, Kurierdienste übernahmen, Kontakte herstellten und Räume für Besprechungen zur Verfügung stellten. In vielen Fällen wurden die Ehefrauen von Widerstandsaktivisten ebenfalls verhaftet, zu meist aber schon auch wenigen Tagen wieder entlassen. Oft übernahmen die Männer die Verantwortung, um die Frauen zu schützen. Frauen und Kinder von inhaftierten oder emigrierten Sozialdemokraten wurden oft über Jahre verfolgt. Sie waren den Drangsalierungen durch Behördenmitarbeiter, Lehrer und Nachbarn ausgesetzt. Die meisten Frauen, die auf sich allein gestellt waren, erhielten von der Wohlfahrt nur eingeschränkte Unterstützung und mussten ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheits-, Aushilfs- oder Putzarbeiten bestreiten. Katharina Corleis aus Billstedt hatte sich an der Sammlung von Geld für die illegale SPD beteiligt. Sie wurde 1935 verhaftet und im KZ Fuhlsbüttel in den Tod getrieben.

Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), die sich von der SPD abgespalten hatte,

und der elitäre, nur einige hundert Mitglieder zählende Internationale Sozialistische Kampfbund (ISK) hatten ihre Widerstandsarbeit dagegen sehr viel effektiver gestaltet. Die SAP nutzte internationale Kontakte zur Beschaffung von Druckschriften und Geld. Der Hamburger Vorsitzende der SAP-Jugendorganisation, Franz Bobzien, organisierte Widerstandszellen nach dem Fünfer-System und unterhielt Kontakte zur illegalen Parteileitung in Berlin und ins Ausland. Doch auch hier gelang es der Gestapo, die Hintermänner zu enttarnen, nachdem SAP-Aktivisten im August 1934 bei der Verteilung von Flugblättern auf frischer Tat verhaftet wurden.

Die Aktivitäten der etwa 30 Hamburger ISK-Mitglieder blieben dagegen bis 1936 unentdeckt, als die Gestapo der Gruppe durch Zufall auf die Spur kam. Der ISK verbreitete die in Paris hergestellten „Reinhart-Briefe“ und betrieb zur Tarnung der illegalen Arbeit in mehreren deutschen Städten vegetarische Gaststätten. In Hamburg befand sich das ISK-Restaurant an der Börsenbrücke 4. Es diente als unauffällige Anlaufstelle und wurde für konspirative Treffen genutzt. Die Mitarbeiter erhielten nur ein Taschengeld. Die Einnahmen wurden zur Finanzierung der Widerstandsarbeit verwendet. Die führenden Widerstandsaktivisten wurden nicht in Hamburg rekrutiert, sondern von außerhalb an die Elbe entsandt. Dadurch, dass sie in oppositionellen Kreisen nicht bekannt waren, gerieten sie nicht ins Blickfeld der Gestapo. Trotz der frühen Verhaftungen gelang der Gestapo erst 1938 die Aufdeckung des gesamten Netzwerks.

Passiver Widerstand

Der organisierte sozialdemokratische Widerstand war in Hamburg 1937/38 endgültig zerschlagen. Drakonische Strafen und unmenschliche Behandlungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Die Aktionen der Widerstandskämpfer konnten das NS-Regime nicht erschüttern. Im Gegenteil, außenpolitischer und wirtschaftlicher Erfolg stabilisierten die NS-Herrschaft. Die Mehrheit hatte sich längst mit den neuen Machthabern arrangiert.

Ein Großteil der Sozialdemokraten widerstand dennoch der Anpassung und nahm lieber Nachteile in Kauf, als etwa durch den Eintritt in eine der zahlreichen NS-Organisationen zumindest einen Gesinnungswandel nach außen zu demonstrieren. Schon durch das Fernhalten der Kinder von der Hitler-Jugend sahen sich die Familien Repressalien ausgesetzt. Der alltägliche Widerstand gegen Anpassung und Gleichschaltung über das unbedingt notwendige Maß hinaus kann zusammenfassend als „Resistenz“ bezeichnet werden. Der aufmerksame Beobachter konnte schnell feststellen, wer Distanz zu den Nationalsozialisten wahrte und bei allgemeiner Beflagung keine oder nur die kleinste Hakenkreuzfahne hisste oder den vorgeschriebenen Gruß „Heil Hitler“ nicht oder nur undeutlich nuschelnd entbot.

Die Solidarität kannte viele Formen und reichte bis zu Lebensmittelspenden für verfolgte Familien und Wäschetransporten ins Gefängnis. Die Solidargemeinschaft blieb erhalten, wenn sich der Gedankenaustausch auch auf kleinste Freundeskreise beschränkte. So zeigte das sozi-

aldemokratische Milieu in den von den Luftangriffen verschont gebliebenen Stadtteilen Hamburgs eine erstaunliche Kontinuität.

Die Nationalsozialisten begegneten Resistenz und passivem Widerstand bereits frühzeitig mit der „Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung ...“ vom 21. März 1933 und dem entsprechenden Gesetz vom 20. Dezember 1934. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die „Heimtücke“ dann, wenn es einen militärischen Bezug gab, als „Zersetzung der Wehrmacht“ definiert und erheblich härter bestraft, bis hin zur Todesstrafe.

Mit dem Rundfunk und den entsprechenden Empfangsgeräten konnten auch ausländische Sendungen empfangen werden. Bei Kriegsbeginn wurde das Abhören ausländischer Sender und insbesondere die Weitergabe des Gehörten verboten und mit schweren Strafen bedroht. Dennoch nutzten zahlreiche Regimegegner mit der Ausstrahlung von deutschsprachigen Nachrichtensendungen über Radio London und Radio Moskau die Möglichkeit, sich zu informieren.

Hamburg und der 20. Juli 1944

Unter dem Verfolgungsdruck konzentrierte sich der aktive Widerstand auf Maßnahmen, die weniger spektakulär waren und nicht gleich dutzende von Menschen in Gefahr brachten. Wichtig war nach wie vor die Beschaffung und Weitergabe von Informationen. Verbreitet wurden jetzt fast nur noch illegale Schriften,

deren Druck im Ausland erfolgte. In Hamburg gehörten das ehemalige Landesvorstandsmitglied Wilhelm Bock und der frühere Vorsitzende des Distrikts Eppendorf-Winterhude, Robert Finnern, die beide an der „Echo“-Versammlung teilgenommen hatten, zu einem Kreis von Sozialdemokraten, die illegale Schriften aus Dänemark bezogen und für die Verbreitung in Hamburg sorgten. Wilhelm Bock war wiederholt selbst in Kopenhagen gewesen, um Material abzuholen. Gezielt versuchte die Gestapo, V-Männer in mögliche Vertriebsorganisationen einzuschleusen.

Am 3. März 1938 war für 19.30 Uhr die Übergabe einer illegalen Sendung aus Dänemark durch den Kieler Sozialdemokraten Oskar Nielsen an Finnern verabredet. Die Übergabe des Koffers, der mehrere tausend Exemplare der Flugschrift „Laßt Tatsachen sprechen“ enthielt, wurde überwacht, die beiden Männer verhaftet. Wilhelm Bock, seine Ehefrau Wiebke und sein 20-jähriger Sohn Wilhelm kamen ebenso in Haft wie Finnerns Ehefrau Hilde. Der ebenfalls involvierte Walter Siering, der auch über Verbindungen nach Berlin verfügte, konnte nach Dänemark fliehen. Der Gestapo gelang es allerdings nicht, weitere Beteiligte zu ermitteln. Oskar Nielsen verstarb nach zwei Tagen Polizeihaft. Vermutlich erlag er den Foltermethoden der Gestapo, die versuchte, Informationen aus ihm herauszupressen. Bock und Finnern wurden zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide kamen aber nicht wieder frei, sondern wurden ins KZ Sachsenhausen verschleppt. Robert Finnern starb hier am 22. April 1940, Wilhelm Bock am 21. August 1940.

Wilhelm Bock hatte auch mit dem früheren Harburger Polizeipräsidenten Erich Wentker in Verbindung gestanden. Der Sozialdemokrat Wentker schloss sich 1937 der liberalen, reichsweit operierenden Widerstandsgruppe Robinsohn-Strassmann an. Bei Hans Robinsohn und Ernst Strassmann handelte es sich um ehemalige Hamburger Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, die 1924 zu den Gründungsmitgliedern des Clubs vom 3. Oktober gehört hatten. Diese parteiübergreifende Vereinigung, die sich für die Demokratisierung der Weimarer Republik einsetzte, hatten Theodor Haubach, der von 1924 bis 1929 als Echo-Redakteur in Hamburg gearbeitet hatte und Mitglied der Bürgerschaft gewesen war, sowie Gustav Dahrendorf mitgegründet.

In Berlin hatte der frühere hessische Innenminister Wilhelm Leuschner 1937 die reichsweit operierende illegale Gewerkschaftsführung übernommen. Nach der Entlassung von Julius Leber und Carlo Mierendorff aus der KZ-Haft trat Leuschner mit den beiden ehemaligen SPD-Reichstagsabgeordneten 1938 in Kontakt. Auch Theodor Haubach gehörte zu den führenden Sozialdemokraten, die zu verschiedenen Widerstandsgruppen Kontakte knüpften und Verbindungen zu Parteifreunden unterhielten. Mierendorff und Haubach beteiligten sich an den Beratungen des Kreisauer Kreises. Mit der Robinsohn-Strassmann-Gruppe standen Leber und Haubach in Kontakt.

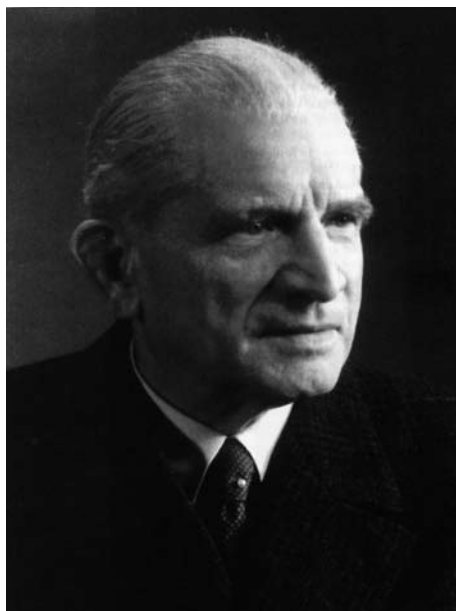
Die illegale Gewerkschaftsführung bemühte sich um den Aufbau eines Netzes von Vertrauensmännern, das sich über ganz Deutschland erstreckte. Der letzte

Jugendsekretär des ADGB, Walter Maschke, arbeitete in Berlin mit Leuschner zusammen und unterhielt Verbindungen nach Hamburg. In der Hansestadt fungierte der ehemalige SPD-Bürgerschafts-abgeordnete und Gewerkschaftssekretär August Hein als Vertrauensmann.

Gustav Dahrendorf, der 1933 von Hamburg nach Berlin gezogen war, hatte 1937 unmittelbar nach der Entlassung aus dem KZ Kontakt zu seinem früheren Fraktionskollegen Julius Leber aufgenommen. Dahrendorf verschaffte Leber eine Beschäftigung in einer Kohlenhandlung. Beide Männer verband bald eine enge Freundschaft. Dahrendorf verkehrte in dieser Zeit mit den führenden Vertretern des sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Widerstands. Zunächst war er jedoch weder in den ganzen Umfang der Aktivitäten eingeweiht, noch beteiligte er sich aktiv. Erst Ende 1942 erhielt Dahrendorf einen umfassenden Einblick in die Widerstandsaktivitäten. Von Wilhelm Leuschner wurde er bald darauf in die konkreten Umsturzpläne einbezogen. Der Gewerkschaftsführer forderte Dahrendorf auf, seine dienstliche Reisetätigkeit zu nutzen, um von Nürnberg aus in Franken eine illegale Organisation aufzubauen und um Verbindungen nach Hamburg herzustellen. Vermutlich nutzte Dahrendorf auch Dienstreisen nach Dresden, Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Regensburg, Rostock und Schwerin für konspirative Tätigkeiten

In Hamburg nahm Dahrendorf mit August Hein Verbindung auf. Der Kontakt riss im Sommer 1943 ab, als Hein nach den schweren Bombenangriffen auf die

Hansestadt nicht mehr aufzufinden und vermutlich ums Leben gekommen war. Ende Juli 1943 informierte Dahrendorf seinen väterlichen Freund und Förderer Adolph Schönfelder sowie einige Zeit später auch Herbert Ruscheweyh über die von Berlin aus vorbereiteten Umsturzpläne. Die beiden früheren SPD-Funktionäre gehörten ohne Zweifel zu den bekanntesten und profiliertesten Sozialdemokraten,



Adolf Schönfelder

die in der Hansestadt zur Verfügung standen und denen am ehesten ein weitreichender Einfluss auf die Arbeiterkreise zuzutrauen war. Schönfelder hatte zudem als früherer Polizeisenator wertvolle Kenntnisse über Aufbau und Organisation eines Polizeiparates. Der Rechtsanwalt und frühere Bürgerschaftspräsident Ruscheweyh hatte zur Weimarer Zeit



Herbert Ruscheweyh

ebenfalls über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügt und wurde bis hinein in bürgerliche Schichten geachtet.

In Berlin setzte sich bei den Sozialdemokraten vor allem Carlo Mierendorff für eine engere Zusammenarbeit der einzelnen Widerstandsgruppen ein. Nachdem Mierendorff bei einem Luftangriff auf Leipzig im Dezember 1943 ums Leben gekommen war, entwickelte sich Julius Leber immer stärker zur treibenden Kraft. Mit Claus Schenk Graf von Stauffenberg fand Leber einen ebenfalls zum Äußerten entschlossenen Vertreter des militärischen Widerstands. In dieser Phase stand Dahrendorf seinem Freund Leber als engster Vertrauter und Berater zur Seite. Uneingeschränkt unterstützte Dahren-

dorf Lebers Absicht, Kontakt mit den Kommunisten aufzunehmen, ein Vorhaben, das bei Leuschner und anderen auf Ablehnung stieß. Noch in der Nacht nach dem ersten Treffen wurde Dahrendorf von Leber ausführlich über den Verlauf des Gesprächs unterrichtet.

Unmittelbar nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 wurde Gustav Dahrendorf verhaftet. Ein Telegramm, das ihn als Zivilbevollmächtigten für den Wehrbezirk X mit Hamburg, Bremen, Oldenburg, Nord-Hannover und Schleswig-Holstein bestimmte, hatte seine Beteiligung verraten. Julius Leber gelang es, den ganzen Umfang von Dahrendorfs Aktivitäten zu verschleiern, so dass dieser nicht zum Tode verurteilt wurde. Gustav Dahrendorf erhielt sieben Jahren Zuchthaus. Im April 1945 wurde er befreit.

Zahlreiche Hamburger Sozialdemokraten wurden im Rahmen der Aktion „Gewitter“ nach dem Attentat vom 20. Juli erneut gefangen genommen. Die meisten kamen nach kurzer Zeit wieder frei. Andere wie Kurt Adams, Wilhelm Heidsieck oder Otto Schumann verloren noch in den letzten Wochen und Monaten des NS-Regimes ihr Leben.

Die Überlebenden beteiligten sich am demokratischen Aufbau. Alle 15 Hamburger Delegierten auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD im Mai 1946 in Hannover waren verfolgt worden. Mehr als die Hälfte hatte sich aktiv am Widerstand beteiligt. Mit Gustav Dahrendorf, Paula Karpinski, Irma Keilhack (frühere Schweder), Adolf Keilhack, Karl Meitmann,

Walter Schmedemann, Willi Schmedemann und Adolph Schönfelder wurde Hamburg von acht Delegierten vertreten, die 1933 an der „Echo“-Versammlung teilgenommen hatten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass drei Delegierte aus dem erst 1937 nach Hamburg eingemeindeten Altona kamen.

Nach verfolgten Sozialdemokraten benannte Straßen und öffentliche Gebäude erinnern heute an Hamburger Widerstandskämpfer. Die im Rathaus 1981 angebrachte Gedenktafel (siehe Abbildung) ist auch



Gedenktafel im Hamburger Rathaus

den fünf SPD-Abgeordneten Kurt Adams, Adolf Biedermann, Theodor Haubach, Wilhelm Heidsieck und Otto Schumann gewidmet. Eine Gedenktafel im Kurt-Schumacher-Haus ist „DEMANDENKEN DER OPFER DER NATIONALSOZIALISTISCHEN GEWALTHERRSCHAFT 1933-1945“ gewidmet.

Im Januar 2007 wurden auf dem Ehrenfeld der Verfolgten des Ohlsdorfer Friedhofs drei Stelen mit den Namen von 192

Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten errichtet, die in der Zeit von 1933 bis 1945 hingerichtet, im KZ ermordet und in den Tod getrieben wurden oder an den Folgen von Haft und Verfolgung gestorben sind.

Im Rahmen der Aktion Stolpersteine wurden Stolpersteine u.a. für die Sozialdemokraten Gustav Delle, Theodor Haubach und Max Mendel verlegt.



Der tausendste „Stolperstein“ in Hamburg wurde zum Gedenken an Max Mendel vor dem Rathaus gesetzt

Literatur:

Ditt, Karl: Sozialdemokraten im Widerstand. Hamburg in der Anfangsphase des Dritten Reiches, Hamburg 1984.

Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand 1933-1945, hrsg. von SPD-Landesorganisation Hamburg, AK Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Hamburg 2003.

Holger Martens: Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und sozialdemokratischem Widerstand in Hamburg. Teil I: Die innere Stadt, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Hamburg 2005.

Detlef Garbe: Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hrsg.), Hamburg im ‚Dritten Reich‘, Göttingen 2005, S. 519-572.

www.politisch-verfolgte.de

Widerstand gegen Hitler: Bericht von John Kienow¹

Nachdem am 30. Januar 1933 Hitler Reichskanzler geworden war, stellte man sich bei der Parteiführung in Hamburg schon rechtzeitig auf eine evtl. illegale Parteiarbeit ein. Es wurden Gruppen gebildet, die mit ausgewählten Genossen besetzt wurden, d.h. es wurden genaue Überlegungen und Prüfungen angestellt hinsichtlich der Mitglieder, ob sie auch bei illegaler Arbeit verlässlich seien.

Wir wurden dann schon für besondere Arbeiten eingesetzt, wie z.B. Beobachtung der nationalsozialistischen Bewegung, der einzelnen aktiven Nazis wie auch SA- und SS-Gruppen hinsichtlich Stärke und Bewaffnung. Einige Genossen vom Reichsbanner aus der Schufu² 10 traten mit diesen Aufträgen sogar der SA bei und informierten uns über die Lage.

Es kam dann 1933 das Verbot der SPD, verbunden mit der Verhaftung von höheren Funktionären. Trotz allem wuchs der Widerstand. Es gesellten sich zu den Aktivisten weitere Genossen, von denen man bisher nicht angenommen hatte, dass sie den Mut für die illegale Arbeit aufbringen würden. Ja, sie wurden teilweise sogar Ansporn für andere Genossen, wohingegen wir auch auf der anderen Seite kleine Versager hatten, wo wir sie nicht vermuteten. Viele der früheren Spitzenfunktionäre nahmen an der illegalen Arbeit nicht teil. Es wurde auch von den aktiven Genossen nicht so sehr gewünscht, weil sie doch mehr oder weniger im Scheinwerferlicht der Gestapo standen und somit

die illegale Bewegung gefährdeten. Aber es gab trotzdem Unentwegte, die es geschickt verstanden sich zu tarnen.

Die Gruppen in den Stadtteilen befassten sich mit der Verbreitung von Flugblättern und kleinen Broschüren. (Die Broschüren waren zum Teil getarnt, wie z.B. unter dem Titel: „WIE PFLEGE ICH MEIN HAAR“, „DIE KUNST DES SELBSTSTRASIERENS“ oder „CICERO“ und wie sie sonst noch betitelt waren. Auf der ersten Seite waren dann auch ernsthafte Betrachtungen, wie es der Titel verhieß, um auf der zweiten Seite dann mit Diskussionen und Abhandlungen zu beginnen, die sich mit dem Problem der Beseitigung des Nazi-Systems oder ähnlichen Dingen befassten). Dann gab es auch kleingedruckte Zeitungen mit Tagesneuigkeiten aus dem In- und Ausland. Alle diese Broschüren und Zeitungen wurden aus dem Ausland eingeführt. Sie kamen über die trockene und nasse Grenze. Denn die vielen Genossen, die außer Landes gehen mussten, gaben den Kampf nicht auf und unterstützten uns mit dem Material. Ein Teil des Materials wurde durch die illegale Bewegung zusammengetragen, ins Ausland befördert, dort alsdann gesichtet und zusammengestellt.

Im Laufe der Zeit bildeten sich so ziemlich rund um Deutschland, teilweise hart an den Grenzen, Stützpunkte. Hier erfolgte dann der Austausch und von hier kamen teilweise auch Anweisungen. Denn immer mehr wurde uns in Deutschland die Mög-

lichkeit genommen, uns ein positives Gesamtbild zu formen, über das, was hier vor sich ging. Ganz abgesehen von den Vorgängen im Ausland.

Die illegale Bewegung blieb natürlich von kleinen Unfällen nicht verschont, denn die Gestapo arbeitete fieberhaft, um die Reihen der Widerstandsbewegung zu lichten. So rissen vielfach Verbindungen ab, die erst mühselig und mit viel Gefahr verbunden wieder aufgebaut werden mussten. In der eigenen Stadt ging es ja verhältnismäßig einfach, aber mit den Nachbarstädten und in den Provinzen war es schon schwieriger.

Außer dem Material aus dem Ausland stellten wir im Inland ebenfalls Flug- und Informationsblätter her. So z.B. die „RO-TEN BLÄTTER“ in Hamburg. Man muss sich einmal vorstellen, welche Arbeit in der Zeit erforderlich war, um eine Auflage von 3 – 4000 Stück herzustellen. Welche Vorichtsmaßnahmen zu treffen waren, um nicht schon bei der Herstellung aufzuplatzen. Die Nachbarn hatten oftmals ein feines Ohr dafür, wenn irgendwo eine Schreibmaschine klapperte oder ein Vielfältigungsapparat benutzt wurde. Nach der Herstellung mußte alles sofort wieder verschwinden. Es durfte nichts an dem Platz zurückbleiben, was bei einer evtl. Haussuchung belastend sein könnte. Immer und immer wieder kam es auf die Geschicklichkeit der einzelnen Genossen an. Die Erfindungsgabe riss überhaupt nicht ab.

Um nur einmal ein Beispiel herauszugreifen. Es sollte einmal eine Aktion am hell-

lichten Tage starten – Flugblattverbreitung. Es musste auch einmal in der Öffentlichkeit etwas geschehen, damit auch die anderen Volksgenossen etwas von uns erfuhren. Ein Alsterdorfer Genosse hatte einen genialen Einfall. In Winterhude sollte es steigen. Er nahm sich eine lange Latte und befestigte an einem Ende einen Marmeladeneimer, welchen er mit Wasser füllte und an einer Seite ziemlich unten anbohrte. Obenauf setzte er eine große Zigarrenkiste angefüllt mit den kleingedruckten Zeitungen. Das Ganze befestigte er in einer Hauptstraße an einer Dachluke. Zuerst hielt der Eimer die Balance. Aber mit der Zeit lief das Wasser ja aus und der Eimer neigte sich immer mehr zur Seite, bis dann die Kiste ins Rutschen kam und die Zeitungen lustig auf die Straße flatterten. Alles klappte wie am Schnürchen. Polizei war dann gleich zur Stelle, aber sie konnten niemanden erwischen. Es war derselbe Genosse, der früher schon mal bei einer Naziversammlung bei Sagebiel eine Flugblattverbreitung vornahm. Mitten in der Versammlung flatterten auf einmal von der Decke des Saals kleine Flugblätter der SPD. In der Decke waren Entlüftungsanlagen und durch diese ließ er die Flugblätter herabregnen. Ehe die Nazis die Zugänge nach oben gefunden hatten, war er schon über alle Berge. Dieses kleine Beispiel soll nur einmal klar machen, wie die Genossen in der illegalen Bewegung gearbeitet haben.

Es kam nun bei der illegalen Arbeit darauf an, dass Material nicht nur in unseren Kreisen gelesen wurde. Wir mussten unsere Meinung auch an andere Kreise herantragen und warum sollten wir nicht

auch die Nazis über unsere Ansichten informieren. Also ran. In den Bahnen und Theatern war gute Gelegenheit, wenn auch nicht in großem Maßstabe. Aber kleine gefaltete Zeitungen anderen in die Taschen schieben machte Spaß und die Gelegenheit wurde genutzt. Vor allen Dingen wurde an Geld gespart. Auch die Post benutzten wir zum Versand. Jedenfalls wurde alles getan, um das Volk aufzuklären. Ja selbst die Gestapo bekam Belegexemplare frisch ins Stadthaus gesandt, zwar nicht immer, aber wenn es angebracht war. So z.B. wenn sie tatsächlich mal jemanden erwischt hatten, den sie für den Herausgeber oder den Kopf der Bewegung hielten, wie im Falle Walter Schmedemann. Schon 2 Tage nach seiner Verhaftung war eine neue Auflage der Roten Blätter erschienen, um ihn zu entlasten. Teilweise wandten sich die Flugblätter auch an gewisse Kreise der Bevölkerung, wie Rechtsanwälte, Richter, Ärzte, Kaufmannschaft. Diese Information wurde z.B. angewandt, als die Misshandlungen in den hamburgischen Lagern immer größeren Umfang annahmen. Vorübergehend hatten wir tatsächlich Erfolg zu verzeichnen. Die Misshandlungen wurden teilweise etwas eingeschränkt.

Nach der Verhaftung des Genossen Walter Schmedemann bekam ich über einen Kurier aus Kopenhagen die Aufforderung, einmal zur Besprechung nach dort zu kommen. Ich war derzeit im Büro der Canadian Pacific Steamship and Railway Company tätig. Zufälligerweise bekamen wir gerade ein Angebot für eine Ladung aus Kopenhagen, sodass ich meine Reise mit diesen Unterlagen tarnen konnte.

Beim Grenzübergang wurde ich befragt, was ich in Dänemark wollte und da zeigte ich die Unterlagen der Firma vor. Die Reise ging per Bahn über Warnemünde – Gedser – Kopenhagen. Die Reisen habe ich dann bis zu meiner Verhaftung mehrfach ausgeführt, entweder am Wochenende oder auch an Feiertagen wie Ostern und Pfingsten.

Nach Ablauf der Reise übergab ich meinen Pass meinem Kollegen Herrn Wilhelm Schreiber, mit der Anweisung, falls ich verhaftet würde, sollte er den Pass sofort verbrennen, sodass man mir meine Reisen nicht beweisen konnte. Einmal auf einer Rückreise von Kopenhagen war ich an Bord eines dänischen Fährschiffes. Nun wurde unterwegs schon die deutsche Passkontrolle ausgeübt. Dreimal ließ sich die Kontrolle meinen Pass geben. Dadurch geriet ich in große Bedrängnis. Was tun, fragte ich mich. An Bord des dänischen Fährschiffes (dänisches Hoheitsgebiet) bleiben oder doch nach Hause fahren? Ich habe mich dann doch entschlossen, nach Hause zu fahren. In Hamburg angekommen habe ich dann erst durch meinen Schwager feststellen lassen, ob im Hause etwas passiert sei. Aber es war nichts geschehen. Auch habe ich meinen Urlaub im Jahre 1934 und 1935 zu diesen Reisen benutzt. Bin dann aber von Kopenhagen weitergefahren 1934 nach Bornholm und 1935 nach Møen.

Ende August 1935 bekam ich Besuch von einem Kurier aus Kopenhagen und zwar war es Hans Hansen. Er wohnte vor seiner Flucht nach Dänemark in Schleswig-Holstein und wurde von dort steckbrieflich

gesucht. Da er hart an der dänischen Grenze wohnte, sprach er perfekt Dänisch. Nun stellte in Kopenhagen ein dänischer Genosse ihm eine dänische Geburtsurkunde zur Verfügung, sodass er einen dänischen Pass beantragen konnte, auf fremden Namen natürlich. Somit war er theoretisch Däne geworden. Sollte hier etwas schief gehen, so hatten wir insofern Vorsorge getroffen, dass wir uns an eine bestimmte Vereinbarung hielten. Die Absprache ging darauf hinaus, dass wir uns anlässlich meines Ferienaufenthalts in Kopenhagen kennen gelernt hatten und er mir Kopenhagen gezeigt hatte. Da er die Möglichkeit äußerte, einmal nach Hamburg zu kommen, hatte ich ihm angeboten, ihm dort Unterkunft und Information über Hamburg zu gewähren. Der Gestapo gegenüber sollte er sofort, wenn er verhaftet würde, nach seinem dänischen Konsul verlangen und immer und immer wieder darauf drängen.

Am 29. August 1935 traf er sich mit seinem Onkel, der als Ingenieur auf einem Küstenschiff tätig war. Sie saßen in einem Lokal und unterhielten sich auf Dänisch. Irgendwie wurden sie von einem Gestapobeamten beobachtet und als er dann beim Abschluss des Zusammentreffens mit seinem Onkel sich vom Kellner eine Quittung über die Ausgaben geben ließ, wurde er festgenommen. Der Gestapobeamte sprach auch Dänisch und hatte irgendwie Verdacht geschöpft. Da er sich so wie abgesprochen verhielt und man ihm nichts beweisen konnte hinsichtlich einer strafbaren Handlung, ließ man ihn nach einigen Stunden wieder frei. Wir hatten uns am Spätnachmittag am Ballindamm

verabredet um zusammen zu einer Kundgebung der Nazis in der Sporthalle in Rothenburgsort zu gehen, damit er in Kopenhagen aus persönlicher Erfahrung Bericht erstatten konnte. Bevor ich ihn am Ballindamm ansprach, hatte ich ihn und seine Umgebung eine Zeitlang beobachtet. Man musste derzeit mit allen Möglichkeiten rechnen. Eine kurze Wegstrecke vor der Sporthalle bestiegen wir ein Taxi und wurden somit noch zu der überfüllten Versammlung zugelassen.

Wir kamen spät nach Hause und am frühen Morgen klingelte es bei mir. Auf Rückfrage meldete sich an der Tür die Gestapo. Sie verhafteten mich und nahmen eine Hausdurchsuchung vor. Hinsichtlich der Durchsuchung hatte ich kaum Bedenken, dass man etwas Belastendes finden würde, da ich in dieser Hinsicht ganz besonders vorsichtig war. Dann kam die Gestapo zu dem Zimmer, in dem Hans Hansen schlief. Sie fragten, wer da drin sei und ich erzählte ihnen dann, was ich mit Hans Hansen vereinbart hatte. Ja, sagten sie, wecken Sie ihn, wir wollen ihn sprechen. Ich weckte Hans dann und sagte ihm auf Dänisch, dass ihn die Polizei sprechen wollte. Da sich Dänisch teilweise wie Plattdeutsch und Englisch anhört, fragte der eine von der Gestapo: „Mit welchem Steamer büst Du denn hierher kome?“ Sofort übersetzte ich es dann ins Dänische und er sagte, dass er mit der Bahn gekommen sei.

Kurz danach wurden wir dann abgeführt. Unten im Wagen der Polizei saß schon der Genosse Trummer aus Eilbek. Hans Hansen wurde in Ohlsdorf einer Polizei-

wache übergeben. Wie ich nach dem Zusammenbruch der Nazis von Hans Hansen erfuhr, hatten die Gestapobeamten zu den Polizisten gesagt: „Vorsichtig behandeln, es handelt sich hier um einen Ausländer.“ Und dementsprechend ist er denn auch behandelt worden. Er wurde am nächsten Tage nochmals der Gestapo übergeben, aber sie konnten ihm nichts beweisen und somit ließen sie ihn frei, insbesondere, da er stets nach seinem Konsul verlangt hatte.

Franz Trummer und ich landeten dann im Konzentrationslager Fuhlsbüttel (KOLAFU). Hier stellte sich dann heraus, dass wir auf Grund einer Aussage eines Gen. ([Name geschwärzt] Spitzname „SPATZ“) belastet wurden. SPATZ war schon lange Zeit im Konzentrationslager gewesen und dann ins Untersuchungsgefängnis überführt worden. Wir hatten somit angenommen, die Angelegenheit wäre abgeschlossen. Aber sie holten ihn aus der Untersuchungshaft wieder zurück. Wie wir später erfuhren, wurde er von einem anderen belastet und somit kam man auf uns (Franz Trummer u. Jonni Kienow). Spatz sollte ausgesagt haben, ich hätte ihn mit einem Genossen, der das illegale Material nach Hamburg gebracht hatte, in Verbindung gebracht und er hätte dann die Verteilung vorgenommen. Ich bestritt dieses zunächst und machte eine Aussage, die man mir nach einigen Tagen als nicht zutreffend beweisen konnte.

Ich hatte mit den Genossen in Kopenhagen vereinbart, dass man, sofern ich verhaftet würde, sofort den Genossen Arthur Jessen aus Flensburg verständigen sollte,

damit er sich verziehen könnte. Die Erfahrungen hatten gelehrt, dass im Durchschnitt von Verhafteten mindestens einer benannt werden musste, der tatsächlich existierte. Arthur Jessen hatte auch Genossen, die aus Deutschland flüchten mussten, sicher über die Grenze gebracht. So z.B. den früheren Erziehungsminister aus Braunschweig Hans Sievers und auch den späteren DDR-Minister Grotewohl und auch noch viele, viele andere. Ich selbst hatte derzeit auch abgebrochene Verbindungen in Braunschweig, Hannover, Rendsburg, Kiel etc. wieder hergestellt.

Am nächsten Tag wurde ich von der Gestapo gefragt, ob der bei mir verhaftete Däne nicht ein Kurier gewesen sei. Man hätte die Unterlagen seiner Vernehmung am Tage zuvor noch nicht vorliegen gehabt. Sie hätten ihn somit wieder freigelassen. Ich bestritt das natürlich und nachdem ich zwei Tage später von meiner derzeitigen Frau (Elly Kienow geb. Schietzel) eine Nachricht erhielt, dass der Däne abgereist sei und auch in Dänemark angekommen wäre.

Im KOLAFU mussten wir ja für unsere Wäsche selbst aufkommen, d.h. die Wäsche musste zu Haus gewaschen werden und oftmals wurde dann den Inhaftierten die Wäsche von der Frau übergeben. Sie wurde dann allerdings von den Bewachern überholt, damit da nichts eingeschmuggelt werden konnte, und doch ist es meiner Frau gelungen, mich oftmals über den Stand in der Bewegung zu informieren. Bei der derzeitigen Unterwäsche gab es z.B. Knöpfe, die mit Leinen überzo-

gen waren. Darunter fügte sie hauchdünnes Papier ein mit kurzen Vermerken.

Nachdem ich nun bestimmt wusste, dass Arthur Jessen informiert war, bastelte ich eine Aussage zurecht, die ich später nicht zu widerrufen brauchte. Wie ich nun nach dem Zusammenbruch erfahren habe, war Arthur Jessen zur Zeit meiner Verhaftung in Dänemark gewesen und als er wieder nach Hause kam, erfuhr er von Nachbarn, dass sich die Gestapo nach ihm erkundigt hatte. Leider ist er nicht wieder nach Dänemark zurückgegangen, sodass er verhaftet wurde.

Im Konzentrationslager saß ich die ganze Zeit in Einzelhaft und lag beinahe die ganze Zeit über Tag und Nacht in Eisen.³ Mit Franz Trummer war ich übereingekommen auszusagen, dass wir uns von meinem Vater her kannten. Franz war früher einmal zur See gefahren und mein Vater war auch ein früherer Seefahrer und wurde dann tätig bei der Hafenzentrale in Hamburg (Hafenrevieroffiziant). Mein Vater hätte sich um Franz Trummer hinsichtlich einer Anmusterung bemüht. Da die Gestapo mit unseren Aussagen nicht zufrieden war und auch Schläge nicht unbedingt nützten, wurde uns „SPORT“ auferlegt. Der Sport dauerte eine gute Stunde täglich. Es wurden dort Übungen ausgeführt, die uns völlig an den Rand unserer Kräfte brachten.

Der Sport wurde von mehreren Insassen zur gleichen Zeit ausgeführt. So traf ich dann auch mit Franz zusammen. Und als wir dann auf der Erde lagen und vorwärts robbten und ich in Franzens Nähe kam,

bestätigte er nochmals unsere Abmachung hinsichtlich des Kennenlernens durch meinen Vater. Die Unterhaltung wurde aber von einem SS-Mann beobachtet und wir wurden dem KZ-Leiter vorgeführt. Bevor wir abgeführt wurden, hatten wir noch vereinbart, ich hätte ihn nach dem gegebenen Kommando des SS-Manns gefragt, welches ich nicht verstanden hätte. Als wir von dem KZ-Leiter vernommen wurden, erschien auch die Gestapo. Der Leiter fragte, was wir für Leute seien. Ihm wurde gesagt: „Das sind Spitzenfunktionäre der SPD.“ Er wollte mir meine Aussage nicht abnehmen, denn seine Leute geben Kommandos, die laut und deutlich seien. Es blieb dann weiterhin bei dem täglichen Sport.

Nun wollte man mich noch in Verbindung bringen mit dem Genossen Emil Göthel, der ebenfalls im KOLAFU saß. Ich erklärte, ich kenne Emil Göthel nur von der Volksfürsorge her, da er dort tätig war und ich meine Lebensversicherung erhöhen wollte und er mich somit aufsuchte. Man hat dann Emil Göthel sehr zugesetzt, auch er lag in Einzelhaft. Er war auch älter als wir. Er hatte angegeben, ich hätte ihm Anweisungen für die illegale Arbeit erteilt. Dann wollte man mich auch mit Walter Schmedemann in Verbindung bringen, was ich natürlich bestritt. Man fragte mich, ob sie ihn mir einmal gegenüberstellen sollten, was ich bejahte. „Das könnte Ihnen wohl passen“, meinte man dann.

Nun hatte ich kurz vor meiner Verhaftung an TBC gelitten und das machte sich nun wieder sehr bemerkbar. Der derzeitige Krankenpfleger hat dann die Gestapo ver-

anlasst, mich ins UG-Lazarett zu verlegen. Hier wurde ich dann untersucht und behandelt und nach einer kurzen Zeit verlangte die Gestapo wieder nach mir. Im UG stieß ich auf einen Kalfaktor, den ich bat, mir einen kleinen Bleistiftstummel zu besorgen. Er wollte es erst nicht so recht, aber er hat es dann doch getan. Es gelang mir den Bleistiftstummel unbenutzt mit ins Konzentrationslager zu bringen.

Im Frühjahr 1936 sollten wir – Franz Trummer, Emil Göthel und ich – ins UG überführt werden. Wir wurden darüber einen Tag vorher informiert. Ich schrieb einen Hinweis an Emil Göthel, dass er vor dem Untersuchungsrichter seine Aussage widerrufen sollte und meine Aussage über unser Kennenlernen bestätigen sollte, da er zu der anderen Aussage von der Gestapo gezwungen wurde. Wir warteten nun an dem Tage der Überführung ins UG auf den Wagen und zwischen uns stand jeweils ein Gestapo-Beamter. Vor uns lagen unsere Wäschebündel. Als der Wagen kam und wir unsere Bündel aufnahmen,

fügte ich meine Niederschrift in Emils Bündel, und so klappte es dann auch ausgezeichnet.

Die Verhandlung vor dem Hanseatischen Landgericht [richtig: Oberlandesgericht] fand am 30. Juni 1936 statt – Aktz.: 0 Js 324 / 35 – Die Anklage lautete auf Hochverrat.

An dem Prozess waren folgende Genossen beteiligt:

Emil Bartnick – 3 Jahre Gefängnis –

Emil Göthel – 4 ½ Jahre Zuchthaus –
(kurz nach der Haftentlassung gestorben)

Arthur Jessen – 4 Jahre Zuchthaus – 4 Jahre Ehrverlust – Polizei-Aufsicht.

Jonni Kienow – 4 Jahre Zuchthaus – 4 Jahre Ehrverlust – Polizei-Aufsicht.

Fritz Krüger – 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus –
(in der Zuchthaushaft verstorben)

Franz Trummer – 4 Jahre 3 Monate Zuchthaus – 4 Jahre Ehrverlust – Polizei-Aufsicht.

[handschriftlich: Kienow]


1 Es liegen keine Informationen darüber vor, wann der Text erstellt wurde. Es darf vermutet werden, dass John Kienow seine Erinnerungen 1947 niederschrieb, als die VVN dazu aufforderte. Aus dieser Zeit existieren auch Aufzeichnungen von anderen Sozialdemokraten.

2 Schupo = Schutzformation, militärisch geschulte Einheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

3 Das heißt, er war ständig gefesselt.

IDENTIFICATION CARD
for ex-political prisoner of the
concentrations camps *Landsbüttel*
Oslebshausen

AUSWEIS
für ehemalige politische Gefangene aus den
KZ *Landsbüttel, Oslebshausen*



name *John Kienow*
Name

born *11.9.06* at *Hamburg*
geb. zu

nationality *German - Danish*
Nationalität

address *Hamburg - Wandsbek, Fehmarnstr. 2*
Adresse

was kept in captivity from *30.8.35* to *30.8.39*
in Nazi-German *Gefang.* and was
liberated from the *Gefang.*
wurde vom *30.8.35* bis *30.8.39* in national-
sozialistischen *KZ* gefangen gehalten
und vom *Gefang.* in Freiheit gesetzt.

Committee of political prisoners
Komitee der politischen Gefangenen

Unterschrift *John Kienow*
signature

E 0219

Ausweis des Komitees ehemaliger politischer Gefangener von John Kienow

MILITARY GOVERNMENT
OF GERMANY

MILITÄRREGIERUNG-BEFREIUNG **D 706806 ***
MILITARY GOVERNMENT
EXEMPTION

Datum der Ausstellung *6.9.46* Wird unwirksam am *6.12.46*
Date Issued Expires on

Name *John Kienow*
Name

Anschrift *Fehmarnstr. 2* Wohnort *Wandsbek*
Address Town

Ausweis-Karte Klasse *id.c.* Nr. *101/5535*
Identity Card Type No.

Unterschrift des Inhabers *John Kienow*
Signature of Holder

ANWEISUNGEN: Diese Befreiung ist im Namen der Militär-
regierung ausgestellt worden. Sie ist nicht übertragbar, darf nicht
abgeändert oder vernichtet werden und ist nur gültig in Verbindung
mit der Ausweis-Karte des Inhabers. Der Verlust dieser Karte muss
der Polizei gemeldet werden. Gefundene oder unwirksame gewordene
Karten müssen an die ausstellende Behörde zurückgegeben werden.

INSTRUCTIONS: This exemption is issued by Military Govern-
ment. It is not transferable, must not be altered or destroyed, and is
only valid when used in conjunction with the holder's identity card.
The loss of this card must be reported to the police. If found, or on
expiration of validity, this card must be returned to the issuing authority.

GRÜNDE, EINZELHEITEN UND AMTLICHE UNTERSCHRIFT: Die umstehend benannte Person ist, wie unten angegeben, von Beschränkungen betreffend: AUSGANG ~~HAUSE~~ ~~VERBOTENE GEGENSTÄNDE~~ ~~SPIELERBEZIRK~~ befreit. (Nicht zutreffendes ist durchzustrichen.)

REASONS, SPECIFICATIONS AND ENDORSEMENTS: The person named on the reverse hereof is granted exemption, only as specified below, from restrictions respecting: ~~CURFEW~~ ~~RESTRICTED AREAS~~ (delete where applicable).

EINZELHEITEN DER BEFREIUNG
PARTICULARS OF EXEMPTION:

exempt from Curfew Regulations

GRÜNDE
REASONS:

whilst on duty
Sozialdemokratische Partei
Hamburg

Ausstellende Behörde
Issuing Organisation *Mil. Gov. Hamburg*

Name (Druckschrift) *ANDREWS* Rang *1st Lt*
Name (printed) *ANDREWS* Rank *1st Lt*

Unterschrift *[Signature]* Stammmr. *9896*
Signature Serial No.

Ausnahmegenehmigung der Militärregierung, die John Kienow als Funktionär der SPD von der Einhaltung der Sperrstunde befreite

John Kienow: Ein Lebensbild

Jonni Hans Friedrich Kienow, der sich später John nannte, wurde am 11. September 1906 in Hamburg als Sohn des Hafenoffizianten Peter Friedrich Kienow und seiner Ehefrau Maria Sophia Luise geb. Steinhagen geboren. Der Vater war zur See gefahren und hatte dann eine Tätigkeit bei der Hafenzollverwaltung aufgenommen. Die Familie wohnte in der Freihafenstraße 30.

Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte John Kienow von 1921 bis 1924 eine kaufmännische Ausbildung bei der in Hamburg ansässigen Reederei-Aktiengesellschaft von 1896. Nach dem Abschluss der Ausbildung war er bis 1935 bei verschiedenen Schiffsmaklerfirmen, Exportgeschäften und Reedereien tätig.

1925 trat John Kienow in die SPD ein. Er übernahm Funktionen als Delegierter und Kassierer. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Kienow gehörte der Schufo 11 (Schutzformation) als Gruppenführer an und übernahm Anfang 1933 die Schufo in Fuhlsbüttel. In der Partei war er ab 1928 als Bezirksführer im Distrikt Barmbek-Süd tätig.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten beteiligte sich John Kienow am sozialdemokratischen Widerstand. Bis zum Frühjahr 1934 gehörte er zur Organisationsleitung der illegalen SPD in den Stadtteilen Fuhlsbüttel, Ohlsdorf, Alsterdorf, Winterhude und Eppendorf. Dabei

stand er in enger Verbindung mit Emil Auhagen, der zum Führungskreis der illegalen Hamburger SPD-Führung um Walter Schmedemann zählte. Als Schmedemann im November 1934 verhaftet wurde, beorderten Emil Auhagen, der inzwischen nach Dänemark geflohen war, und Richard Hansen, der als Vertreter der Prager SPD-Exilführung in Kopenhagen das Grenzsekretariat leitete, Kienow in die dänische Hauptstadt.

Kienow erhielt den Auftrag, die Leitung der illegalen SPD in Hamburg zu übernehmen und die Verbindung nach Kopenhagen und mit den norddeutschen Städten aufrecht zu erhalten. In der Folgezeit reiste er wiederholt nach Dänemark und unterhielt Verbindungen nach Kiel, Rendsburg, Flensburg, Lübeck, Stettin, Braunschweig, Hannover und anderen Städten. Im Sommer 1935 kam die Gestapo der Gruppe auf die Spur. Erneut wurde die gesamte Führung verhaftet, John Kienow am 30. August 1935 in seiner Wohnung in Hamburg-Alsterdorf, Bilsersstraße 4 E. Den Nazis gelang es jedoch nicht, den ganzen Umfang der Widerstandsaktivitäten aufzudecken. Nachgewiesen werden konnte ihm nur, dass er zweimal eine illegale Zeitung gelesen hatte und einmal seine Adresse als Postanschrift hergegeben hatte.

Kienow wurde im KZ Fuhlsbüttel misshandelt und lag hier vier Wochen gefesselt in Einzelhaft. Das Hanseatische Oberlandesgericht verurteilte ihn zu vier Jah-

ren Zuchthaus, die er in Bremen-Oslebs-
hausen verbrachte. Nach seiner Freilas-
sung knüpfte er wieder losen Kontakt zu
Schmedemann und anderen Sozialdemo-
kraten.

1940 heiratete John Kienow in zweiter
Ehe Hertha Junius. Im darauf folgenden
Jahr wurde Tochter Elke geboren. Von
1940 bis 1952 arbeitete Kienow für die
Reichhold Chemie AG, ab 1954 war er als
Justizangestellter beim Amtsgericht Wands-
bek tätig.

Am 26. September 1976 ist John Kienow
in Hamburg verstorben.

Holger Martens

Holger Martens

„Niemals vergessen“ – 60 Jahre AvS in Hamburg

Der Parteibeschluss

Nach dem Ende der NS-Diktatur hofften viele der ehemals verfolgten Sozialdemokraten auf einen Neuanfang, auch im Verhältnis zur KPD, deshalb war vielerorts der Ruf nach einer Einheitspartei aller Sozialisten zu hören. Zu den entschiedenen Gegnern einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten gehörte jedoch Kurt Schumacher, der sich ab dem Sommer 1945 als SPD-Parteiführer in den Westzonen durchsetzte. Die Ereignisse in der sowjetischen Besatzungszone, die schließlich in die Zwangsvereinigung von SPD

und KPD zur SED mündeten, bestätigten Schumacher in seinem Kurs.

Eine nennenswerte Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten fand bald nur noch in den unmittelbar nach der Kapitulation zahlreich und unabhängig von einander gegründeten örtlichen Hilfskomitees statt, die sich um die Verfolgten des NS-Regimes kümmerten. Zahlenmäßig stellten die Kommunisten die größte Gruppe, so auch in Hamburg, wo Verfolgte aller politischen Richtungen im Komitee ehemaliger politischer Gefangener zusammenarbeiteten.



Überführung der Urnen in Brandenburg hingerichteter Hamburger Antifaschisten vom Komitee nach dem Hamburger Rathaus



Februar 1946 - Kundgebung ehemaliger politischer Gefangener



Gedenkkundgebung 1946 auf dem Ohlsdorfer Friedhof

Beschriftete Fotos von Gustav Dahrendorf

Der SPD-Parteivorstand, der selbst mehr Interesse am Aufbau der Partei als an den Belangen der Verfolgten zeigte, sah hinter den Bestrebungen, unter dem Dach der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) eine gesamtdeutsche Organisation der NS-Opfer zu gründen, vor allem den Versuch der Kommunisten, eine Tarnorganisation zu bilden, um gesellschaftlichen und politischen Einfluss auszuüben.

In der britischen Besatzungszone koordinierte seit 1946 als Vorsitzender des Zonenvorstands der Kommunist Franz Heitgres den VVN-Aufbau. Als im Februar 1947 die VVN in der sowjetischen Zone gegründet wurde und es im darauffolgenden Monat zur Bildung eines gesamtdeutschen „Rat der VVN“ in der Frankfurter Paulskirche kam, sah sich Kurt Schumacher veranlasst, der befürchteten kommunistischen Unterwanderung Einhalt zu gebieten.

Spätestens seit dem Frühjahr 1947 befasste sich der SPD-Parteivorstand mit dem Thema VVN. Parteivorstandsmitglied Fritz Heine hatte den Auftrag, eine Klärung herbeizuführen. Ein einvernehmliches Vorgehen gegen die VVN ließ sich allerdings nicht ohne weiteres organisieren. Auf dem Nürnberger Parteitag der SPD, 29. Juni bis 2. Juli 1947, wurde ein kleiner Ausschuss eingerichtet, der „die endgültige Stellungnahme unserer Partei zur VVN klarstellen sollte“. Heine bemühte sich in den folgenden Wochen um belastendes Material und bat Gustav Dahrendorf, der in Berlin mit der Zwangsvereinigung von SPD und

KPD seine Erfahrungen mit den Methoden der Kommunisten gemacht hatte, um Unterstützung.

Dahrendorf, der besonderen Grund zur Skepsis gegenüber den Kommunisten hatte, war, wie fast alle als politisch verfolgte anerkannten Hamburger Sozialdemokraten, der VVN beigetreten. Nach eigenen Angaben hatte er diesen Schritt nur widerstrebend vollzogen, weil er die VVN zu den „kommunistische[n] Hilfsorganisationen“ zählte. Dahrendorf musste allerdings einräumen, dass ihm ausreichendes Beweismaterial fehle.¹

Schließlich wurde für den 3. September 1947 eine SPD-Konferenz mit Bezirksvertrauensleuten nach Springe einberufen. Fritz Heine hielt ein Referat, in dem er versuchte, die VVN als kommunistische Tarnorganisation zu entlarven. Heine überzeugte nicht, gegen seine Auffassung wurde „eine Reihe schwerwiegende[r] Argumente in der Diskussion vorgebracht“.² Doch neben der kritischen Auseinandersetzung mit der VVN waren hier Beschlüsse gefasst worden, die die Position der Sozialdemokraten stärken sollten. Daher wurde auf einer Versammlung der politisch verfolgten Hamburger Sozialdemokraten am 22. Oktober 1947 ein Häftlingsausschuss gewählt, dem neben dem späteren AvS-Vorsitzenden Albert Blankenfeld auch der stellvertretende VVN-Vorsitzende Walter Schmedemann angehörte. Der Häftlingsausschuss hatte die Aufgabe, die Interessen der Sozialdemokraten auf allen Ebenen stärker zu vertreten. So sollten regelmäßig Versammlungen der politisch verfolgten Sozialdemokraten stattfinden.

Darüber hinaus wurde eine bessere Unterstützung der Opfer des NS-Regimes durch den Hamburger Senat gefordert.

In einer gesonderten Resolution nahm die Versammlung Stellung zur VVN. Darin bekannten sich die Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit mit der VVN, knüpften diese jedoch an Bedingungen. Die Überparteilichkeit der VVN sollte gesichert sein und sie durfte nicht den Charakter einer „politischen Partei“ annehmen. Jede Benachteiligung von Sozialdemokraten musste vermieden werden. Strittige Fälle sollten von der Landesorganisation überprüft werden.

Der Häftlingsausschuss forderte, dass im Interzonensekretariat der VVN ein Sozialdemokrat vertreten sein müsse und missbilligte „Äußerungen des Ostzonenvertreeters Dahlem anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten in Berlin“ gegen sozialdemokratische Parteiführer. Um Konflikte zu vermeiden, sollten die Westzonen-VVN und die Ostzonen-VVN ihre Eigenständigkeit wahren.³

Die in der Resolution angeschnittenen Themen dürften im Wesentlichen die Diskussion in Springe bestimmt haben, wo das Parteivorstandsmitglied Heine versucht hatte, eine Trennung von der VVN herbeizuführen. Das Ergebnis stellte die Parteiführung um Kurt Schumacher allerdings nicht zufrieden. Dennoch hielten die Verfolgten der Hamburger SPD, die zahlenmäßig die stärkste Gruppe innerhalb der westdeutschen Parteiorganisation stellte, an einer Zusammenarbeit mit der VVN zunächst fest.

In der Diskussion über das Verhältnis zur VVN war der Parteivorstand auch den Wünschen der eigenen Parteimitglieder entgegen gekommen. So erschien noch vor der Jahreswende die erste Ausgabe eines Informationsblattes für sozialdemokratische Opfer des Faschismus. Ein Artikel in der zweiten Ausgabe, in welchem Heine die VVN scharf angriff und die Frage stellte, weshalb Sozialdemokraten bei der VVN mitarbeiten, traf in Hamburg auf heftige Kritik. In der Hansestadt sahen die verfolgten Sozialdemokraten darin eine Fortsetzung der von Heine bereits auf der Konferenz in Springe geführten Argumentation. Walter Schmedemann bezeichnete den Vorgang als „unzeitiger Vorstoß“ und befürchtete eine Schwächung der SPD-Position.⁴

Ende Januar 1948 übermittelte Parteisekretär Friedrich Börth dem Genossen Heine eine ausführliche Stellungnahme. Sämtliche Mitglieder des Häftlingsausschusses *„waren der Meinung, dass dieses Informationsblatt denkbar ungeeignet ist und unsere Arbeit im Interesse der Opfer des Faschismus nicht gerade fördert, sondern innerhalb unserer Mitgliedschaft nur Verwirrung schafft.“* Versäumnisse des Parteivorstands wurden angesprochen, gleichzeitig aber auch eingeräumt, dass es durchaus bereits Versuche politischer Einflussnahme durch KPD/SED gab:

„Es wäre z.B. bedeutend besser gewesen, das Resultat der Besprechungen der Springe-Konferenz [...] zu veröffentlichen. Wichtiger als diese Feststellung über die V.V.N. erscheint uns die laufende Information über den Stand der Wiedergutmachung und der allgemeinen Fürsorge für die Op-

fer des Faschismus in allen Ländern, um dadurch die bisher äußerst mangelhafte Initiative unserer Parlaments-, Fraktions- und Regierungsvertreter einmal etwas aufzustacheln. Solange nämlich in diesen Fragen von unserer Seite nichts Entscheidendes geleistet worden ist, kann man auch keinem Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus machen, wenn er in einer Organisation tätig ist, die sich um die Lösung dieser Fragen bemüht. Wir sind nicht der Meinung, dass wir unter allen Umständen grundsätzlich in der V.V.N. bleiben wollen. Wir halten es aber aus taktischen Gründen für unklug, zu einer Zeit aus der V.V.N. auszuschneiden, wenn sie noch ihre moralische Berechtigung hat.

Wir sind uns selbstverständlich über die politischen Absichten der Kommunisten mit der V.V.N. im Klaren, haben es jedoch durch unsere steigende Aktivität in der letzten Zeit erreicht, dass alle derartigen Versuche der KPD/SED verhindert wurden. Durch Eure unglückliche Haltung in der Frage der V.V.N. habt Ihr Verwirrung in unsere eigenen Genossen hineingetragen, die zum Teil aus der V.V.N. ausschieden, und damit unsere Position innerhalb dieser Organisation schwächten.“

Am Ende des Schreibens nahmen die Hamburger in Anspruch, für die Mehrheit der verfolgten Sozialdemokraten der Westzonen zu sprechen: „Es geht unter keinen Umständen, dass [Ihr – der Parteivorstand] Informationsblätter herausgibt, die der Auffassung des größten Teiles der beteiligten Genossen nicht entsprechen. Zur Klärung alle dieser Angelegenheiten halten wir die baldige Einberufung einer

weiteren Konferenz ehemaliger politischer Häftlinge für unbedingt erforderlich.“⁵

Eilig hatte es der Parteivorstand zunächst nicht, sich der Kritik zu stellen. Erst am 4. Mai 1948 kam es zu einer weiteren Besprechung. Zwischenzeitlich konnte die Parteiführung neue Argumente bringen, die schließlich auch die Parteibasis überzeugten, denn allmählich drangen Informationen über Verfolgung von Sozialdemokraten und drakonische Strafen, die Sowjetische Militärtribunale gegen Sozialdemokraten verhängten, in den Westen.

Der Ost-West-Konflikt spitzte sich zu, als die Sowjets am 20. März 1948 den Kontrollrat verließen und es zu ersten Blockaden der Zufahrtsstraßen nach West-Berlin kam. Doch machte der Parteivorstand auch Zugeständnisse an ihre in der Nazi-Zeit verfolgten Genossen. Jetzt sollte ein Zentralreferat für ehemals verfolgte Sozialdemokraten beim Parteivorstand eingerichtet werden.

Auf der Tagung der verfolgten Sozialdemokraten am 4. Mai 1948, die erneut in Springe stattfand, wurde über den Austritt aus der VVN und den Aufbau einer parteieigenen Verfolgtenorganisation, der späteren AvS, beraten. Dabei wurde beschlossen, in allen Kreisen einen dreiköpfigen Kreisausschuss zum Organisationsaufbau zu wählen.⁶ Bereits zwei Tage später, am 6. Mai 1948, fasste der Parteivorstand den Unvereinbarkeitsbeschluss, nach dem Sozialdemokraten nicht gleichzeitig Mitglied der VVN sein durften. Gleichzeitig wurde die Einrichtung eines Zentralreferats für die Betreuung der NS-Opfer beschlossen.

Bereits am 31. Mai 1948 kamen die verfolgten Sozialdemokraten zu einer weiteren Konferenz zusammen. Hier wurde offensichtlich über das weitere Vorgehen beraten. Die Hamburger Delegierten brachten dazu eigene Vorschläge ein, die den Sozialdemokraten den Austritt aus der VVN erleichtern sollten. Zugeständnisse lehnte der Parteivorstand jedoch ab. Auf der für den 4. Juni 1948 in Hamburg einberufenen Versammlung der ehemaligen politischen Gefangenen der SPD wollten die örtlichen Aktivisten den Teilnehmern eine Resolution vorlegen, die den Parteivorstand bewegen sollte, auf die Hamburger Vorschläge einzugehen. Erst vor Beginn der Veranstaltung wurde in einer gemeinsamen Besprechung mit Vertretern des Parteivorstands beschlossen, in die Resolution eine Erklärung über den sofortigen Austritt aus der VVN aufzunehmen.

Der von den Veranstaltern befürchtete Widerspruch blieb nicht aus. Es gab taktische Überlegungen, *„dass der großenteils negativen Einstellung in den Reihen der Mitglieder am besten dadurch Rechnung getragen werden könnte, dass schon im Anfangsreferat die gesamte Entwicklung der Frage sachlich dargestellt werden sollte und die verschiedenen Gesichtspunkte dargestellt werden sollten, die in den Diskussionen vom 3.9.47 und 4.5.48 sowie vom 31.5.48 geltend gemacht worden waren.“*

Die vorbereitete Resolution *„sollte eingebracht werden, sobald die Stimmung dafür reif war“*.⁶

Das Kalkül ging nicht auf. Aus der Versammlung heraus wurde eine Resolution

eingebraucht, deren Wortlaut nicht bekannt ist, die jedoch mit großer Mehrheit angenommen wurde. In ihr wurde gegen den Standpunkt des Parteivorstandes in Hannover protestiert und eine Urabstimmung verlangt.⁷ Die Einrichtung von Arbeitsausschüssen als parteiinterne Organisationseinheiten wurde dagegen beschlossen, um die Arbeit für die verfolgten Sozialdemokraten zu intensivieren. Die vorbereitete Resolution mit dem Plädoyer für den VVN-Austritt brachten die Veranstalter angesichts des Diskussionsverlaufs nicht ein. Für den 30. Juni wurde eine weitere Versammlung anberaumt.⁸

Ob diese Veranstaltung stattfand, ist nicht bekannt. Am 28. Juni 1948 tagte hingegen der Parteiausschuss und der Parteivorstand in Hamburg, vermutlich auch, um die Landesorganisation mit ihren kritischen Verfolgtenvertretern zur Raison zu bringen. Der Parteivorstand bekräftigte den Unvereinbarkeitsbeschluss und verlangte bis zum 1. August 1948 einen Austritt der SPD-Mitglieder aus der VVN.⁹ Am 29. Juli 1948 kamen im Gewerkschaftshaus etwa 500 ehemalige der SPD angehörende politische Gefangene zusammen und beugten sich der Parteiführung. Mit 308 gegen 98 Stimmen wurde folgende Entschließung angenommen:

„Unter Missbilligung der Vorgänge, die zu dem Parteivorstandsbeschluss vom 6. Mai 1948 geführt haben und die Gegenstand weiterer Erörterung auf dem kommenden Parteitag in Düsseldorf sein werden, erklären die am 29. Juli 1948 im Gewerkschaftshaus zu Hamburg versammelten ca. 500 ehemaligen politischen Gefangenen der

SPD, dass sie die sachlichen politischen Beweggründe, die diesem Beschluss zugrunde liegen, - insbesondere im Hinblick auf die jüngsten Berliner Ereignisse – anerkennen und gutheißen.“

Die Trennung von der VVN wurde damit als politische Notwendigkeit gebilligt und in Hamburg durchgeführt.

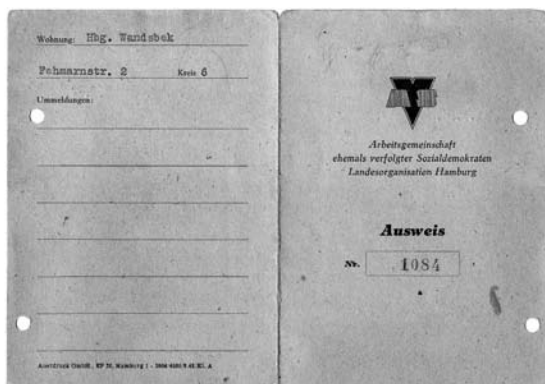
„Die Versammlung gibt der Erwartung Ausdruck, dass der Beschluss des Parteivorstandes in allen Punkten schnellstens realisiert wird und alle Genossen angewiesen werden, sich für die berechtigten Interessen politisch, rassistisch und religiös Verfolgter gleich welcher politischen Richtung voll einzusetzen.“¹⁰

Die Berlin-Blockade der Sowjets wurde nun ausdrücklich als Grund genannt. Zugleich brachten die Hamburger noch einmal Kritik am Zustandekommen des Parteivorstandsbeschlusses vom 6. Mai zum Ausdruck und kündigten eine Diskussion auf dem nächsten Parteitag an.

Aufbau der AvS in Hamburg

In Hamburg konstituierten sich in den SPD-Kreisorganisationen schon bald nach der Konferenz vom 4. Juni 1948 Kreisarbeitsausschüsse der AvS. Im Kreis III (Fuhlsbüttel, Langenhorn, Groß Borstel) fand am 1. Juli 1948 eine Versammlung ehemals politischer Häftlinge statt, die von 60 Personen besucht wurde. Nach eingehender Diskussion folgten die Teilnehmer der Parteilinie gegen drei Stimmen.¹¹

Der Jahresbericht der AvS im Kreis IV (Hummelsbüttel, Wellingsbüttel, Sasel und



Der AvS-Ausweis von John Kienow



Poppenbüttel) verzeichnet bereits für 1948 eine rege Versammlungstätigkeit. Auch wenn an der ersten Veranstaltung nur elf Personen teilnahmen, wurde beschlossen, alle zwei Monate eine Versammlung durchzuführen.

Im September 1948 wurde eine Gedächtnisfeier für die Opfer des NS-Regimes durchgeführt. Mitglieder des Parteibezirks Bahnhof aus Poppenbüttel führten ein „rezitatives Oratorium“ mit dem Titel „Die Toten den Lebenden“ auf. Es folgte ein Erlebnisbericht über das KZ Ravensbrück. Die Veranstaltung wurde von 40

Personen besucht. Zwei Monate später hörten 38 Teilnehmer einen Bericht über das Bewährungsbataillon. Insgesamt waren Ende 1948 im Kreis IV 63 Parteimitglieder als politisch Verfolgte registriert. Bei der Trennung von der VVN waren drei bisher parteilose Mitglieder ebenfalls ausgetreten und nun Mitglieder der SPD und der AvS geworden. Zwei Sozialdemokraten, die von der VVN nicht als politisch Verfolgte anerkannt worden waren, erhielten ihre Bestätigung nun von der AvS.

Dem Jahresbericht sind auch Angaben über die Arbeit zu entnehmen, die für Jahrzehnte zu den zentralen Aufgaben der AvS gehörte und für die Betroffenen die wichtigste Dienstleistung darstellte. Als AvS-Kreisvorsitzender beriet, unterstützte und formulierte Hermann Wulff bis Ende 1948 drei Erholungsanträge, vier Sonderhilfsrentenanträge, zwei Berufungen gegen ablehnende Bescheide der Eigenunfallversicherung, drei Wiedergutmachungsanträge und zwei Passanträge. Außerdem wurden 23 Parteimitglieder und zwei Nichtmitglieder von Wulff in den von ihm angebotenen Sprechstunden beraten.¹²

Auch im Kreis XI (Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Uhlenhorst) war die Gründungsversammlung des AvS-Kreis Ausschusses am 9. Juli 1948 nur mäßig besucht. Von den insgesamt 107 politisch verfolgten Sozialdemokraten waren nur 41 erschienen. 34 stimmten für die Trennung, zwei dagegen und fünf Teilnehmer enthielten sich.¹³

Nicht in allen Parteiorganisationen verlief die Trennung von der VVN ohne große-

ren Widerspruch. Der Distrikt Altona-Nord diskutierte Ende Mai 1948 den Unvereinbarkeitsbeschluss des Parteivorstands und kam zu dem Ergebnis, *„dass der PV [Parteivorstand] nicht befugt ist, ohne Einhaltung der demokratischen Grundsätze der Partei, denn es liegt kein Notstand vor, einen derartigen Beschluss zu fassen.“* Nur ein Parteitag sei nach Ansicht der Sozialdemokraten befugt, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Die Versammlungsteilnehmer verabschiedeten mit 46 gegen 2 Stimmen eine Resolution, in der die Hamburger Parteiführung aufgefordert wurde, beim Parteivorstand zu intervenieren mit dem Ziel, den Beschluss rückgängig zu machen.¹⁴ Aufhalten konnten die Altonaer Sozialdemokraten die Entwicklung jedoch nicht mehr.

Bereits am 20. August 1948 konnten die Verfolgtenvertreter der Hamburger Sozialdemokraten dem Parteivorstand melden, dass in allen 14 SPD-Kreisen Kreisarbeitsausschüsse gebildet worden waren. Umfangreiche Vorarbeiten hatten es ermöglicht, bereits zu diesem Zeitpunkt 1.402 ehemals verfolgte Sozialdemokraten zu erfassen, die als Opfer des Nationalsozialismus anerkannt waren. Lediglich 20 Prüfungsanträge waren noch zu bearbeiten. Allerdings wurde davon ausgegangen, dass noch etwa 600 Genossen nicht erfasst waren. Auch wurde festgestellt, dass *„eine Anzahl unserer Genossen aus Abneigung gegen die VVN bisher keine Anträge auf Anerkennung [als politisch Verfolgte] gestellt hatte, da sie irrtümlich annahmen, daß eine staatliche Anerkennung die vor-*

herige Anerkennung durch die VVN voraussetze.“

Da die Frist zur Anerkennung von NS-Opfern laut Anordnung der Militärregierung im Juli 1947 abgelaufen war, erhoben die Sozialdemokraten Einspruch. Die Hamburger konnten vermelden, dass die AvS seitens der Behörde für Wiedergutmachung bereits offiziell als vierte Interessenvertretung neben der VVN, der Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen und der Jüdischen Gemeinde anerkannt worden sei.¹⁵

Mit der Wahl eines Zentralen Ausschusses der AvS-Landesorganisation Hamburg durch eine Delegiertenversammlung am 17. November 1948 war der Aufbau der Verfolgtenvertretung abgeschlossen. Den Vorsitz übernahm Albert Blankenfeld. Zu seinen Stellvertretern wurden Johannes Zill und Helmuth Weidt gewählt. Alle drei hatten schon dem im Jahr zuvor gewählten Häftlingsausschuss angehört. Auch die Beisitzer Joachim Gragert, Willi Hagemann, Henry Köster, Emil Wellke und die jetzt zu Sekretären bestellten Karl Schneider und Karl Kühne hatten bereits im Vorläufergremium mitgearbeitet. Neu wurden Alfred Hermersdörfer, Henry Kruse, Erna Mayer, Gretchen Schenkemeyer und Fritz Wollmann gewählt. Die Häftlingsausschussmitglieder Carl Lockenitz, Robert Wolgast, Emil Koch, Walter Schmedemann und Friedrich Börth waren dagegen ausgeschieden.¹⁶

Rückblickend stellt sich die Frage, weshalb die Hamburger Sozialdemokraten sich mit der Umsetzung des Parteivorstands-

beschlusses so schwer taten. Für ihre Haltung gab es verschiedene Gründe. Obwohl die Kommunisten etwa 50 Prozent der anerkannten Verfolgten stellten, hatten sie weder in den Leitungsgremien der VVN noch auf der Zonenkonferenz die Mehrheit. Die Sozialdemokraten an der Basis waren daher durchaus der Meinung, dass der Einfluss der Kommunisten begrenzt werden konnte. Wichtiger waren den verfolgten Sozialdemokraten die konkreten Ergebnisse der Hilfs- und Entschädigungsleistungen für die Opfer des NS-Regimes. Drei Jahre hatten die ehemaligen politischen Gefangenen ihre Interessen gemeinsam vertreten. Nicht selten fühlten sich die verfolgten Sozialdemokraten von ihren eigenen Parteimitgliedern und Mandatsträgern im Stich gelassen, wenn es um ihre Belange ging. Die Verfolgtenvertreter machten deshalb die Trennung von der VVN von Zugeständnissen bei der Berücksichtigung von Interessen der NS-Opfer abhängig.

Von der AvS wurden die strengen Aufnahmebedingungen übernommen, die schon für das Komitee ehemaliger politischer Gefangener und die VVN gegolten hatten. Danach konnten nur Gegner des NS-Regimes Mitglied werden, die eine Haftzeit nachweisen konnten oder deren Hinterbliebene.

Den Vorschlag, in die AvS auch diejenigen aufzunehmen, die nicht in Haft gewesen waren, aber andere Verfolgungen erlitten hatten, lehnte Albert Blankenfeld entschieden ab. Nach seiner Ansicht wäre es dann unmöglich, einen festen Personenkreis zu ermitteln. Die Sozialdemokraten

hatten sich deshalb auch gegen entsprechende Vorschläge innerhalb der VVN gewehrt. Für Hamburg ging Blankenfeld insgesamt von mindestens 8.000 bis 10.000 verfolgten Sozialdemokraten aus, deren Betreuung dann nicht mehr durch ehrenamtliche Kräfte durchzuführen gewesen wäre.¹⁷

Exakte Angaben über die Gesamtzahl der politischen Gefangenen liegen nicht vor. Angaben aus dem Jahre 1947 gehen davon aus, dass in Hamburg 12.500 Personen aus politischen Gründen von den Nationalsozialisten inhaftiert wurden. 6.500 Personen wurden der KPD zugerechnet, 2.500 der SPD und 500 den Gewerkschaften. Bei den übrigen 3.000 Personen dürfte es sich um Mitglieder von Splitterorganisationen und Einzelpersonen gehandelt haben.¹⁸

Nur ein Teil der verfolgten Sozialdemokraten gehörte nach 1948 der AvS an. Auch befand sich unter den 1.400 bis 1.500 AvS-Mitgliedern ein nicht näher bekannter Anteil von früheren Kommunisten, die sich der Sozialdemokratie angeschlossen hatten. Auch ehemals parteipolitisch ungebundene NS-Opfer kamen zur SPD. Nicht alle verfolgten Sozialdemokraten ließen sich bei der AvS registrieren, einige verblieben bei der VVN. Darüber hinaus wurden auch nach Hamburg verzogene Sozialdemokraten, darunter viele Flüchtlinge und Vertriebene, die an ihren Heimatorten verfolgt worden waren, Mitglieder der AvS. Als Hauptgründe für die zahlenmäßige Differenz sind jedoch die starke Zerstörung der Stadt und der Kriegsdienst anzusehen. Auch verfolgte Sozialdemokraten kamen bei

den Bombenangriffen ums Leben oder mussten sich als Evakuierte im Hamburger Umland eine neue Bleibe suchen. Viele kehrten nicht wieder zurück. Vor allem aber wurden verurteilte Sozialdemokraten, die zunächst als wehrunwürdig abgestempelt worden waren, zum Kriegsdienst herangezogen. Besonders hoch war die Todesrate in den berüchtigten Bewährungsbataillonen.

Das Verhältnis zum Parteivorstand blieb gespannt

In Hamburg hatten die verfolgten Sozialdemokraten zunächst an der VVN festgehalten, weil sie glaubten, dass die Verfolgten nur gemeinsam stark genug wären, um ihre Ziele zu erreichen. Schmerzlich hatten sie erfahren, dass sich die eigenen Parteifreunde wenig für eine angemessene Entschädigung der Opfer interessierten. Dem Parteivorstand wurde deshalb das Zugeständnis abgerungen, die Anliegen der Verfolgten stärker zu berücksichtigen und durch die Einrichtung eines Zentralreferats die Arbeit für die betroffenen Parteimitglieder zu koordinieren. Die Aufgaben des am 6. Mai 1948 vom Parteivorstand beschlossenen Referats lauteten:

1. Erfassung aller politisch verfolgten Sozialdemokraten
2. Förderung aller Betreuungsmaßnahmen für ehemals politisch Verfolgte
3. Koordinierung aller gesetzlichen Maßnahmen in der Frage der Wiedergutmachung und Betreuung ehemals politisch Verfolgter
4. Anregungen bei der Ausarbeitung und Formulierung von Gesetzestexten für

sozialdemokratische Fraktionen zu den Problemen der Wiedergutmachung und Betreuung.¹⁹

Am 20. August 1948 beschwerten sich sechs mit der Gründung der AvS befasste Hamburger Sozialdemokraten um Albert Blankenfeld über die Untätigkeit des vom Parteivorstand zugesagten Zentralreferats für politisch Verfolgte. Mit Bedauern wurde festgestellt, dass sämtliche Schreiben unbeantwortet geblieben waren. Ende September schalteten die Verfolgtenvertreter den Landesvorstand ein und forderten ihn zum Handeln auf.²⁰ Am 30. November 1948 wurden die AvS-Gründer zu einer „Tagung der Bezirksvertrauensleute der ehemals verfolgten Sozialdemokraten“ nach Springe eingeladen. Der Referent Egon Franke musste eingestehen, dass das Zentralreferat aus Mangel an hauptamtlichen Mitarbeitern nicht besetzt werden konnte.²¹ Tatsächlich hatte die Partei nach der Währungsreform mit dramatischen Beitragseinbußen zu kämpfen, die zu einem umfangreichen Personalabbau führten.

Auf dem SPD-Parteitag in Düsseldorf vom 12. bis 14. September 1948 lagen fünf Anträge vor, die sich mit der VVN und dem Parteivorstandsbeschluss vom 6. Mai befassten. Während die einen den Zusammenhalt der politisch Verfolgten über alles stellten, eine Instrumentalisierung der VVN durch die Kommunisten nicht erkennen wollten und Adenauer für „mindestens so gefährlich wie Pieck und Grotewohl“ hielten, verteidigten Jeanette Wolff, Herbert Wehner und Carlo Schmid die Parteivorstandslinie.

Wolff verwies darauf, dass in der sowjetischen Besatzungszone auf dem Gelände ehemaliger KZs erneut Lager eingerichtet wurden, *„in einem sind eine Menge der verschwundenen Freiheitskämpfer für Demokratie und Sozialismus, und sie werden noch lange darin sein, und wir bekommen von ihnen kaum ein Lebenszeichen. Gerade wir als Kzler, liebe Genossen und Genossinnen, hätten uns am allerstärksten gegen neue KZs zur Wehr setzen müssen, und das hat die VVN niemals getan! Wer solche KZs duldet; der macht sich schuldig an der deutschen Bevölkerung, die nach dem Zusammenbruch einer zwölfjährigen Diktatur sich bemüht, eine demokratische Plattform für einen neuen sozialistischen und demokratischen Staat zu schaffen.“*

Noch deutlicher wurde Herbert Wehner: *„Diejenigen Genossen, die das Weiterverbleiben in der VVN befürworten, und diejenigen, die meinen, der Parteivorstand habe nicht demokratisch gehandelt und nur der Parteitag hätte einen Beschluß fassen dürfen, diese Genossen haben bei der Begründung ihres Standpunktes ausschließlich über gestern und vorgestern gesprochen. Sie haben gar keinen Blick für das Heute und Morgen. Hier liegt die große Gefahr, sich in bestimmten Traditionen zu verheddern. Formalistische Auffassungen von Demokratie feiern bei solcher Argumentation Triumphe. Die anderen benützen unseren spießbürgerlichen Formalismus, um uns übers Ohr zu hauen. Das Erlebnis der Konzentrationslager und der Illegalität wird von den kommunistischen Strategen kaltblütig ausgebeutet, wir werden zu Gefangenen einer Sentimentalität, die sie als Trick benützen. Die kommu-*

nistische Parteistrategie bedient sich für ihre Zwecke des Beharrens auf lokalen demokratischen Rechten in unseren Reihen, das die kommunistischen Parteiführer in ihrer eigenen Partei mit Stumpf und Stiel ausrotten würden.

Es ist hier davon gesprochen worden, daß die VVN auch die Grundlage bilde, um den Geist wachzuhalten, die Schuldigen am Terror von gestern der Bestrafung zuzuführen. Es gibt offensichtlich ehrliche Sozialdemokraten, die sich dieser Illusion hingeben. Zu ihnen möchte ich sprechen, nicht zu Agenten, denen gegenüber Argumente wirkungslos wären. Aber oft hängen selbst ehrliche Sozialdemokraten unbewußt irgendwie an irgendeinem Faden, der von geschickten Menschen gesponnen wird. Wenn es so wäre, daß die Organisation der VVN dazu dienen müßte, den Gedanken der Verfolgung und der Bestrafung der Schuldigen von gestern wachzuhalten – abgesehen davon, daß wir uns als Partei Manns genug fühlen könnten, das zu machen – , müßte man fragen: Wo hat die VVN dazu beigetragen, die Schuldigen, die Mörder an Tausenden von Kommunisten während ihrer Illegalität, nicht nur in Rußland, sondern auch in Deutschland, zur Verantwortung zu ziehen? (Beifall.) In Rußland sind mehr als Dreiviertel der kommunistischen Emigration verschwunden. Sie wurden liquidiert, ohne daß ein Hahn danach krähen durfte. Einige werden als Opfer des Faschismus ausgegeben und sind von anderen umgebracht worden. (Zustimmung.) Das ist Punkt für Punkt zu beweisen. Genossen, mit dem Gesicht zum Gestern zu kann man nicht Politik für heute und morgen machen. Man kann nicht auf der einen Seite der Partei und ih-

rem Parteivorstand vorwerfen, sie koordinieren nicht genug, um gleichzeitig in diesem Falle einer völligen Desorganisation, die das Gegenteil von Koordination ist, das Wort zu reden. Denn darum handelt es sich. Man kann nicht gleichzeitig den Kampf führen um das Selbstbestimmungsrecht und die Selbstverwaltung Berlins und den Kampf gegen den Terror in der Ostzone, wenn man in der Westzone mit diesen Leuten zusammengeht und derartigen Vereinigungen ... (Die weiteren Worte des Redners sind infolge des Beifalls nicht verständlich geworden.)

Genossinnen und Genossen! Hier ist ein Problem der Koordination, Koordination im Kampf gegen den Feind, der uns im Moment am meisten zu schaffen macht. Redet doch nicht sentimental von der ‚Brücke nach Osten‘ und von Gefühlen mit den im Osten leidenden Menschen. Nein, bekämpft ihre Henker und die, die sie gefangen halten! Das ist das Problem. Die Partei zerfele in einen Haufen von Diskutierklubs, wenn sie zuließe, daß ihre Exekutive nicht das Recht hätte, in bestimmten wichtigen politischen Situationen politisch richtige Maßnahmen durchzusetzen. (Beifall.) ...“

Schließlich kam der vom Unterbezirk Essen eingebrachte Antrag 11 zur Abstimmung, der den Beschluss des Parteivorstands bestätigte. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit bei 21 Gegenstimmen angenommen.²³

Aus der Parteizentrale erhielten die verfolgten Sozialdemokraten auch in den folgenden Jahren nicht die gewünschte Unterstützung. Das Vorstandsmitglied der

Hamburger AvS, Johannes Zill, brachte seine Kritik anlässlich der Vorstandssitzung am 5. Mai 1950 zu Papier:

„Die Folgen des Versagens in Hannover in der Zeit von 1948-1950.

Die vollkommene Gleichgültigkeit und Untätigkeit der Zentralstelle Hannover gegenüber den ehemals verfolgten Sozialdemokraten – trotz gegebener Zusicherung – hat folgende schwerwiegenden Folgen gehabt:

- 1. Es ist nicht gelungen, alle Sozialdemokraten zu veranlassen, der VVN den Rücken zu kehren und sich unserer Organisation anzuschließen. Die VVN ist heute noch in der Lage, darauf verweisen zu können, daß ein erheblicher Teil von Sozialdemokraten – man nennt eine Zahl von 30 000 – zu ihnen gehöre,*
- 2. eine sofort 1948 über das ganze Bundesgebiet aufgezugene Netzorganisation der ehemals verfolgten Sozialdemokraten hätte darüber hinaus einen beträchtlichen Teil der politisch nicht gebundenen Mitglieder der VVN zu sich herüberziehen und auch an die Partei heranführen können,*
- 3. damit hätte dem neugegründeten BVN [Bund der Verfolgten des Naziregimes] in den vergangenen 2 Jahren ein erheblicher Prozentsatz der jetzt zu ihm stoßenden Mitglieder bereits abgenommen werden können.*

Es gibt einen großen Teil Verfolgter, der politisch weder mit der VVN als politischer Organisation etwas zu tun haben will, noch mit dem BVN, in dem reaktionäre Kräfte vermutet werden. Aber die Wiedergutmachungsfrage als materielles Moment veranlasst diese Verfolgten,

sich gegen ihre ideelle Einstellung, lediglich zur Sicherung ihrer materiellen Ansprüche, für eine dieser Organisationen zu entscheiden – nachdem die AvS bis heute keine geschlossene Organisation geworden ist.

- 4. Diejenigen Funktionäre der AvS, die mit tiefem Groll diese Entwicklung des völligen Versagens der Zentralstelle in Hannover beobachten mußten, aber trotzdem aus innerer Verpflichtung heraus alles getan haben, um den Verfolgten – den hinterbliebenen Witwen und Waisen, den gesundheitlich geschädigten Kameraden usw. – bei der Erlangung ihrer berechtigten Ansprüche behilflich zu sein, sind müde geworden. Sie erklären, daß bei weiterem Verharren Hannovers in dieser Gleichgültigkeit und Untätigkeit alles sinnlos wäre. Es würde unter diesen Umständen kaum etwas anderes übrig bleiben, als die AvS aufzulösen und es den ehemals verfolgten Sozialdemokraten freizustellen, sich derjenigen der anderen Organisationen anzuschließen, bei der sie die Vertretung ihrer Interessen am wirksamsten wahrgenommen glauben.¹²⁴*

Aus Hamburger Sicht waren im Sommer 1950 immer noch keine wesentlichen Änderungen eingetreten. Egon Franke war zwar die Betreuung der verfolgten Sozialdemokraten übertragen worden, doch konnte er durch seine Arbeitsbelastung die Aufgaben nicht angemessen wahrnehmen. Die Sozialdemokraten um Blankenfeld kritisierten, dass durch das Versagen des Zentralreferats nur in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und in Teilen Niedersachsens eine funktionierende AvS

aufgebaut wurde, in anderen Teilen der Bundesrepublik die Sozialdemokraten dagegen in der VVN verblieben wären. Auch die Koordinierung von Gesetzesinitiativen und der Austausch von Gesetzes- und Verordnungstexten funktionierte nicht.

Erst als der schleswig-holsteinische Bezirkssekretär Max Kukil in den Parteivorstand gewählt wurde und als besoldetes Vorstandsmitglied von 1952 bis 1958 das Organisationsreferat übernahm, wurden Veränderungen spürbar. Kukil, der selbst acht Monate im KZ verbracht hatte, ging stärker auf die Bedürfnisse der verfolgten Parteimitglieder ein.

Aufgaben der AvS

Im Mittelpunkt der Arbeit der AvS standen die Bemühungen, den politisch Verfolgten zu Wiedergutmachungsleistungen für die erlittenen Schäden zu verhelfen. Um Ansprüche geltend machen zu können, mussten in Gesetzen die Verfolgungstatbestände klar definiert werden. Während die verhängten Haftstrafen zumeist ohne größere Schwierigkeiten nachgewiesen werden konnten und in der Regel problemlos anerkannt wurden, mussten die Verfolgten für andere Sachverhalte häufig langwierige und zum Teil entwürdigende Verfahren über sich ergehen lassen. Das Bundesentschädigungsgesetz trat 20 Jahre nach Hitlers Machtübernahme in Kraft. Nachweise darüber, dass eine Entlassung 1933 aus politischen Gründen erfolgt war, dass das berufliche Fortkommen behindert wurde, dass gesundheitliche Schäden eine Folge von Haft, Misshandlung, Mangelernährung und Zwangsar-

beit waren, dass die Emigration wegen politischer Verfolgung stattfand, waren nicht selten schwer zu erbringen. Inhaftierungen in Konzentrationslagern, die ohne gerichtlichen Beschluss erfolgten, konnten zumeist nur durch Mitinsassen belegt werden, weil die Unterlagen vernichtet waren. Oft waren Zeugen verstorben oder unbekannt verzogen, so dass Beweise nur unter größten Schwierigkeiten beigebracht werden konnten.

Erst durch die beharrliche Arbeit der Verfolgtenorganisationen, aber auch durch die öffentliche Wahrnehmung von Gruppen, deren Verfolgung überhaupt ignoriert wurde, konnte nach und nach der Kreis der Entschädigungsberechtigten und der Umfang der entschädigungsfähigen Verfolgungstatbestände erweitert werden. Bis in die 1970er Jahre wurden allein politische, rassische und religiöse Verfolgungsgründe anerkannt. Deserteure und Kriegsdienstverweigerer, nach dem Heimtückegesetz Verurteilte (z.B. wegen Hörens von Feindsendern), so genannte „Asoziale“, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Homosexuelle, Zwangssterilisierte und „Euthanasie“-Überlebende hatten keine Ansprüche.

Der AvS gelang es, zahlreiche Verbesserungen für die politisch Verfolgten zu erreichen. So wurden schließlich auch die in Ausland geflüchteten Emigranten in die Wiedergutmachung einbezogen.

Angesichts der von den Nationalsozialisten verübten Verbrechen stellten die politisch Verfolgten insgesamt nur eine kleine Gruppe dar. Die Überlebenden der Millionen aus rassischen Gründen verfolgten

Menschen hatten mit ihren Organisationen den größten Einfluss.

Trotz aller Bemühungen war schon das Wort „Wiedergutmachung“ ein Widerspruch in sich, weil bleibende Schäden nicht behoben und damit nicht „wiedergutmacht“ werden konnten. Entschädigungen konnten nur auf der Grundlage gesetzlicher Bestimmungen geleistet werden und wurden vielfach als zu gering angesehen. Das ganze Ausmaß des nationalsozialistischen Unrechts ließ sich nur schwer mit gesetzlichen Bestimmungen erfassen.

Zu den Benachteiligten gehörten eindeutig die Frauen. Etwa 12 Prozent der AvS-Mitglieder waren Frauen. Bei 30 bis 40 Prozent der Frauen handelte es sich um Hinterbliebene von Verfolgten, die selbst vermutlich die Bedingungen für eine Aufnahme in die AvS nicht erfüllt hätten.

Auch wenn der politische Widerstand in erster Linie von Männern organisiert wurde, hatte es doch eine ganze Reihe von Frauen gegeben, die sich an der Widerstandsarbeit beteiligten und dabei vielen männlichen Aktivisten in keiner Weise nachstanden. Frauen beteiligten sich an der Herstellung und Verteilung von Flugblättern, kassierten illegale Parteibeiträge, übernahmen Kurierdienste, waren als Kontaktperson tätig und stellten Räume für Besprechungen zur Verfügung.

Tatsächlich wurden in zahlreichen Fällen auch Frauen verhaftet, nicht selten Ehefrauen oder Freundinnen von verdächtigen Männern. Viele dieser Frauen wurden jedoch nach wenigen Tagen wieder ent-

lassen. Oft übernahmen die Männer die Verantwortung, um die Frauen zu schützen. So zum Beispiel in dem Fall des Sozialdemokraten Joachim Kleist, der sich zusammen mit seiner Freundin Marie an Widerstandsaktivitäten des kommunistischen Jugendverbandes beteiligte. Er nahm bei seiner Verhaftung alle Schuld auf sich.²⁵ Entsprechende Strategien wurden offensichtlich auch in Familien verfolgt, so dass die Ehefrau die Versorgung der Kinder sicherstellen konnte.

Angesichts der intensiven politischen Verfolgung und der gegen Männer schon wegen geringer Vergehen verhängten drakonischen Strafen, scheinen bei der Verfolgung bzw. Bestrafung von Frauen noch andere Gründe von Bedeutung gewesen zu sein. Das Frauenbild der NS-Männer im Verfolgungsapparat sowie der zumeist rechtskonservativen Richter und Staatsanwälte muss eine Rolle gespielt haben. Es darf angenommen werden, dass in diesen Kreisen das Bild einer politisch denkenden und handelnden Frau noch wenig verbreitet war und deshalb den Aussagen der Frauen, von etwaigen politischen Aktivitäten nichts gewusst zu haben, eher geglaubt wurde.

Anders lässt sich beispielsweise der Freispruch von Inga Dengler kaum erklären. Die 57-jährige Sozialdemokratin hatte der Führung der illegalen Hamburger SPD ihre Wohnung als Treffpunkt zur Verfügung gestellt. Ihrer Aussage, ihr sei gesagt worden, es gehe bei den Besprechungen um die Unterstützung verlassener Frauen und Kinder, wurde offensichtlich Glauben geschenkt. Während die verhafteten Männer zu Strafen zwischen zwei und zwei-

einhalb Jahren verurteilt wurden, erhielt Inga Dengler einen Freispruch.²⁶

Dass Sozialdemokratinnen dennoch erheblich unter der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gelitten haben, zeigt die Mitteilung von Olga Schmedemann. Ihr Mann Wilhelm leitete von 1924 bis 1933 einen SPD-Distrikt und gehörte der Hamburgischen Bürgerschaft an. Wilhelm Schmedemann beteiligte sich am Widerstand und wurde mehrmals verhaftet. Im August 1934 ging er in die Emigration nach Dänemark, später nach Schweden. An den Sonderausschuss für Wiedergutmachung schrieb die Ehefrau 1947: „Durch die Verhaftung meines Mannes Wilhelm Schmedemann in den Jahren 1933-34 und der dann im August 1934 erfolgten Flucht, um erneuter Verhaftung durch die Gestapo zu entgehen, war ich mit meinen drei Kindern des Ernährers beraubt und in eine Notlage geraten. Von Seiten der Wohlfahrt habe ich nur eine beschränkte Unterstützung erhal-



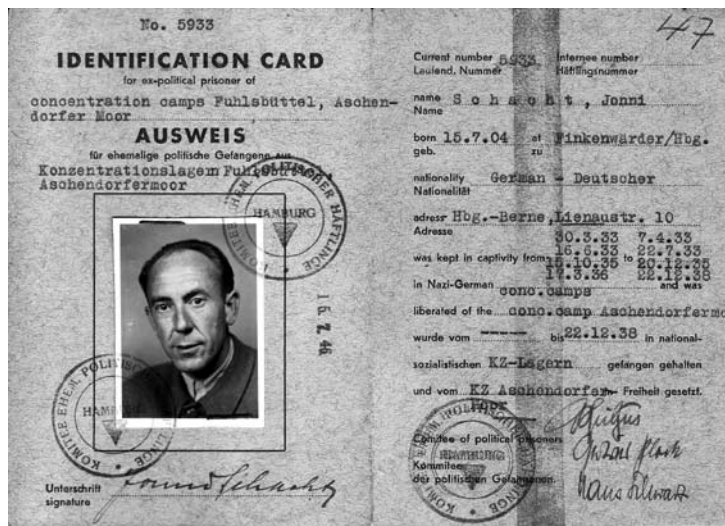
Olga Schmedemann besucht mit ihren Söhnen ihren Ehemann im dänischen Exil

ten. Ich war gezwungen, durch Arbeit mich und die Kinder durchzubringen. Unterstützungen meines Mannes aus Dänemark wurden durch die Gestapo beschlagnahmt. Trotz aller Widerstände habe ich meine Kinder antifaschistisch erzogen und es verstanden, die Kinder von der Hitlerjugend und ihren Verbänden fernzuhalten.“ Entschädigung und Wiedergutmachung erhielt Olga Schmedemann dafür nicht.²⁷

Für die Ehefrauen von politisch Verfolgten waren Drangsalierungen durch Behördenmitarbeiter, Lehrer und Nachbarn an der Tagesordnung. Die meisten Frauen, die auf sich allein gestellt waren, mussten ihren Lebensunterhalt durch Gelegenheits-, Aushilfs- oder Putzarbeiten bestreiten. Ihre ohnehin schwierige Situation wurde durch die ideologische Ausrichtung der Nationalsozialisten gegen die Erwerbstätigkeit der Frauen (zumindest bis zum Kriegsbeginn) noch verstärkt. Für die hier geschilderten unmittelbaren Folgen, die bei der Verhaftung oder der Emigration des Ehemanns eintraten und deren Lasten die Frauen trugen, sah die Wiedergutmachungsgesetzgebung keine Entschädigung vor.

Wiedergutmachungsgesetzgebung

Die Entscheidung der Hamburger Sozialverwaltung im Mai 1945, politische Häftlinge bevorzugt zu unterstützen, machte eine Erfassung der Anspruchsberechtigten und eine Überprüfung ihrer Angaben notwendig. Da die ursprünglich geplante polizeiliche Registrierung die Möglichkeiten der Verwaltung sprengten, wurde die Aufgabe dem neugegründeten „Komitee



Ausweis des Komitees ehemaliger politischer Gefangener von Jonni Schacht

ehemaliger politischer Gefangener“ übertragen.

Auf behördlicher Seite nahm im Juli 1945 die „Beratungsstelle für Wiedergutmachungsansprüche“, aus der später das „Amt für Wiedergutmachung“ hervorging, die Arbeit auf. Die Sozialverwaltung bemühte sich um die Versorgung der entlassenen Häftlinge mit Nahrung, Kleidung und Wohnraum. Die Wiedereinstellung von öffentlich Bediensteten, die von den

Nazis aus politischen oder rassistischen Gründen entlassen worden waren, gehörte in Hamburg zu den frühen Wiedergutmachungsmaßnahmen.²⁸

Mit der Zonenpolitischen Anweisung Nr. 20 schuf die britische Militärregierung im Dezember 1945 die erste gesetzliche Grundlage für die Unterstützung von NS-Verfolgten. Ehemalige KZ-Häftlinge sollten bei der Nahrungsmittelversorgung bevorzugt werden und wurden den Schwerarbeitern gleichgestellt. Darüber hinaus konnten die Betroffenen vorrangig mit Wohnraum, Arbeit und finanziellen Hilfen versorgt werden. Auch der Bezug von Brennstoff gehörte dazu. Die Berechtigung, Sonderhilfe zu beanspruchen, musste beantragt werden. Die Anträge wurden von Sonderhilfsausschüssen bearbeitet und geprüft.



Jonni Schacht

Auch die Vermittlung von medizinischer Versorgung und Kuraufenthalten gehörten zu den Aufgaben der Verfolgtenorga-

Formular Nr. 10994 **11218** (S.H.A. K.40/49)

**SONDERHILFSAUSSCHUSS
HAMBURG**

**Antragsformular für frühere Insassen von Konzentrationslagern
und Hinterbliebene, deren Ernährer ein Opfer der Haft wurde**

Dieses Antragsformular ist bei der zuständigen Aussprache des Wirtschaftsausschusses auszufüllen abzugeben.
Weitere Anmerkungen sind abzugeben.

Name: Jonni Schacht ver./ledig verh.
Geburtsdatum: 15.7.04
Beruf: Angestellter Kennkarte Nr. B 33488

Gegenwärtige Anschrift: Hamburg-Farmwerth, Leinwandstr. 10

Geburtsort: Hamburg-Farmwerth Geburtsdatum: 15.7.04
Beruf: Angestellter Kennkarte Nr. B 33488

Anzahl der Kinder mit deren Alimente oder andere Personen, die unterhalten werden: 1

Grund der Inhaftierung: Verhaftung beim Kolportage / 3.7.1933
in KZ 999

Inhaftiert in Hamburg-Fic. von 16.3.33 bis 7.4.33
16.6.33 bis 12.10.33
17.3.34 bis 22.12.35
17.3.36 bis 22.12.38
17.3.36 bis 22.12.38

Wer hat Sie organisiert: Leinwandstr.

Anspruch: Verdienst

Verneht durch: Verdienstgericht Hamburg
am 17.3.36 (Kassationsinstanz-Innen-Nr.)

Welche Maßnahmen wurden angewandt: gebilligt

Wo wurde Ihre Familie während der Inhaftierung einrichtet: Heim
ab 1942 Fic.

Vollethetliche Angaben über die Art der Inhaftierung (Beläge und Zeugnis): KZ 999, Pullen
Herr Prof. Wilhelm Lübke

Sind Sie im Besitze der Identifikations-Cards des ehemaligen politischen Gefangenen: nein
Anton Hoff Wenn ja, Fuß-Nummer: 5933

11. O. Perleth, Hamburg 11, 208 2024 46, 11.10.48

Ich erhebe Anspruch auf Sonderunterstützung §. 2 Ziffer... des Sonderunterstützungsgesetzes.
Die obige Erklärung ist, nach meinem besten Wissen und Gewissen, in allen Einzelheiten der Wahrheit entsprechend.
Mir ist bekannt, daß falsche Angaben meine Anschließung von den Sonderunterstützungsgeldern zur Folge haben und meine Befreiung nicht sich zuziehen.

Gegenüber Jonni Schacht

Datum: Hamburg 30.11.48
**Sonderhilfsausschuss
Hamburg 30
Dammtorwall 4**

Gegenzeichner: _____

Datum: _____

Befähigung zur Gegenüberstellung: Kemmler ehemals politische Gefangener
Hamburg 90, Markt Lorenzstr. 132
Telefon: 52 23 42

18.7.48

Geprüft und beantwortet

(HAMBURG)

Antrag an den Sonderhilfsausschuss von Jonni Schacht

nisationen. Für die besonders entkräfteten und kranken Verfolgten wurde ein Heim in Wentorf mit 50 Plätzen geschaffen. Den fast tausend Voll- und Halbwaisen standen Erholungsheime in Steinbeck bei Buchholz und in Wyk auf Föhr zur Verfügung. Außerdem wurde in Holm-Seppensen ein Jugendheim eingerichtet.²⁹ Der Versorgung der erholungsbedürftigen AvS-Mitglieder und deren Angehörige galt nach der Trennung von der VVN die besondere Aufmerksamkeit der Sozialdemokraten. Am 20. August 1948 wandte sich der Ausschuss ehemals verfolgter Sozialdemokraten an den Parteivorstand in Hannover mit der Bitte um Unterstützung:

„Die VVN tätig nach wie vor in größerem Umfange Erholungsverschickungen, teils für Kinder von Hinterbliebenen, teils auch für sonstige Kinder und für ehemals Verfolgte allgemein. [...] Wir haben in kleinem Maßstabe einige örtliche Verschickungen organisieren können. Bei Auslandsverschickungen sind unsere Genossen jedoch nach wie vor auf die VVN angewiesen, die diese Dinge von ihrem Zentralsekretariat in Hamburg aus gut organisiert und immer noch über beste Auslandsverbindungen zu verfügen scheint.“³⁰

Ende 1948 konnte die AvS berichten: „In Verhandlungen mit der Arbeiterwohlfahrt ist es gelungen, 10 Kinder von ehemals ver-

folgten Sozialdemokraten, die in der Haft oder im Bewährungsbataillon umgekommen sind, nach Dänemark zu verschicken. Desgleichen sind uns einige Kinderverschickungen nach Wintermoor möglich gewesen, deren Betreuung der dortige Ortsverein der Partei übernommen hat. Sodann konnten wir einige Genossen einen Erholungsaufenthalt in der Schweiz vermitteln.³¹

Die Situation änderte sich für die Sozialdemokraten Ende 1948. Die VVN konnte die Einrichtungen nicht mehr finanzieren, so dass ein neu gegründetes Kuratorium die Verwaltung des Erholungsheims Wentorf und der beiden Kinderheime übernahm.³² Dem Kuratorium gehörten neben der jüdischen Gemeinde, der Notgemeinschaft, der VVN, der Arbeiterwohlfahrt (AWO), der deutschen Hilfsgemeinschaft und verschiedenen Hamburger Behörden auch die AvS an.

Die AvS verlangte im April 1949 die Ablösung des Heimleiters in Wentorf, da das Heim sich wegen Unterbelegung in einer schwierigen Situation befand. Doch auch die Übernahme der Leitung durch das AvS-Vorstandsmitglied Henry Kruse änderte wenig an der Lage. Die Behörde erzog eine andere Verwendung.³³ Eine Übernahme der Einrichtung durch die Landesversicherungsanstalt scheiterte. Auch die Kinderheime blieben keine Dauerinstitutionen. 1952 erfolgte die Auflösung des Kuratoriums.

Seit 1950 engagierte sich insbesondere Henry Kruse für die Gründung der Geschwister-Scholl-Stiftung, die ein Kinderheim in Westerland auf Sylt betreiben

sollte. Auf Initiative des Arbeitsausschusses der Organisationen ehemals Verfolgter in Hamburg wurde die Stiftung am 12. Januar 1951 mit Unterstützung des Bundes und des Landes von Henry Kruse, Martin Plat (FDP) und Max Engel errichtet. Im September 1951 erfolgte die Einweihung des Geschwister-Scholl-Heimes, das 55 Kindern von Verfolgten Platz bot. Da nicht genügend finanzielle Mittel aufgebracht werden konnten, musste bereits im darauf folgenden Jahr die Zusammenarbeit mit der AWO und der Hamburger Sozialbehörde gesucht werden. Die AWO übernahm die Heimleitung.

Nachdem 1957 bekannt wurde, dass Henry Kruse Mitglied der NSDAP gewesen war und dieses sowohl dem Amt für Wiedergutmachung als auch der Partei verschwiegen hatte, zog er sich aus der AvS zurück.

Der ursprüngliche Auftrag der Geschwister-Scholl-Stiftung war zu diesem Zeitpunkt ohnehin weitgehend erfüllt. Nachdem Albert Blankenfeld 1959 den Vorsitz übernommen hatte, erfolgte eine Neuausrichtung der Stiftung. 1961 wurde der Geschwister-Scholl-Stiftung die Pflege und Unterhaltung von Gräbern ehemals Verfolgter in Hamburg übertragen. Auf dem Friedhof Ohlsdorf betreut sie ein Ehrenfeld zur Bestattung von Opfern des Nationalsozialismus.

Drei Jahre nach Kriegsende verabschiedete die Hamburgische Bürgerschaft am 28. April 1948 mit dem Sonderhilfsrentengesetz das erste Gesetz, das den aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen Verfolgten Entschädigungsleistungen zusicherte. Die Höhe der Rente richtete sich

bis zum 65. Lebensjahr nach dem Grad der verfolgungsbedingten Erwerbsunfähigkeit. Für an Leib und Leben geschädigte Menschen wurde ein Jahresverdienst von 4.200 RM zugrunde gelegt. Auf dieser Basis wurde mit Erreichen des 65. Lebensjahres eine Vollrente gewährt. Andere Versicherungsleistungen wurden angerechnet und sonstige Einkünfte mit Freibeträgen berücksichtigt, so dass nur die Differenzbeträge als Sonderhilfsrente ausbezahlt wurden.³⁴

Das Haftentschädigungsgesetz wurde am 6. Juli 1949 von der Bürgerschaft angenommen. Die Haftzeiten von politisch, rassisch und religiös Verfolgten wurden mit 150 DM pro Monat entschädigt. Voraussetzung war, dass mindestens eine Haftzeit von 30 Tagen vorlag.

Im März 1953 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft einstimmig das Allgemeine Wiedergutmachungsgesetz. Danach wurde als Verfolgter anerkannt, „*wer in der*

Zeit vom 30. Januar bis zum 8. Mai 1945 wegen seiner politischen Überzeugung, seiner Weltanschauung oder Religion oder aus Gründen der Rasse durch nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen in seiner Freiheit beeinträchtigt, an Leib und Leben, an seinem Vermögen oder in seinem wirtschaftlichen Fortkommen geschädigt oder in anderer Weise benachteiligt worden ist“.

Jetzt konnten auch Vermögensschäden und Einkommensausfälle etwa durch Entlassung, Inhaftierung oder Benachteiligung geltend gemacht werden.

Am 1. Oktober 1953 trat mit dem Bundesergänzungsgesetz das erste bundeseinheitliche Entschädigungsgesetz in Kraft. Da der Bundesgesetzgeber im Wesentlichen die vom Hamburger Gesetz aufgenommenen Schadenstatbestände abdeckte, kam das Allgemeine Wiedergutmachungsgesetz nur noch dort zum Tragen, wo es über das Bundesgesetz hinausging.

Haftzeiten	AvS-Mitglieder, Stand 3.3.1949	Komitee ehemaliger politischer Gefangener, Stand 31.3.1947
bis ½ Jahr	524	bis 1 Jahr: 4399
½ – 1 Jahr	174	
1 – 2 Jahre	230	2975
2 – 3 Jahre	87	2416
3 – 4 Jahre	42	1157
4 – 5 Jahre	29	350
5 – 6 Jahre	20	320
6 – 7 Jahre	4	117
7 – 8 Jahre	2	79
8 – 9 Jahre	1	79
9 – 10 Jahre	1	38
über 10 Jahre	7	189
	1121	12119

Haftzeiten der in Hamburg erfassten politisch Verfolgten

10. 13

FREIE UND HANSESTADT HAMBURG
Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung

Hamburgtadt Hamburg
Gesamt-Bezirkamt
18. JUNI 1953
Amt für Wiedergutmachung

Empfängliche Nr. 1996
Aktenzeichen Nr. 18106

ANTRAG (Mannlich)

auf Grund des Gesetzes zum Ausgleich von Schäden, die durch politische, weltanschauliche, religiöse oder sonstige Verfolgung entstanden sind, (Allgemeines Wiedergutmachungsgesetz) vom 8. April 1953

An die Sozialbehörde
Amt für Wiedergutmachung
HAMBURG

Anbei Anträge nach Vordruck A | B | C | D

I. Antragsteller:

1. Familienname: Schacht
(Bei Frauen noch Geburtsname sowie Familienname des früheren Ehem.)

2. Vorname (Nachname unterstreichen): Hinrich Jonni

3. Geboren am: 15.7.1904 in Finkenwärde Kreis Land Hamburg

4. Beruf: Ordnungsleiter

5. Staatsangehörigkeit: deutsch

6. Sonderkennzeichen Nr.: 11218/11218

7. Aktenzeichen der beim Amt für Wiedergutmachung bereits vorliegenden Akte: 18106/49 B 2109

8. Waren Sie Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen ja nein
Haben Sie jemals einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gestellt ja nein
Haben Sie der nationalsozialistischen Herrschaft in irgend einer Form Vorzug geleistet ja nein

9. Sind Sie gerichtlich bestraft a) politische Strafen je ja nein
b) sonstige Strafen je ja nein
Laufen gegen Sie zur Zeit gerichtliche Strafverfahren ja nein

Derselbe Angaben		Organstrafe oder Verurteilung eines bestimmten Straf		Höhe der Strafe		Verfüllt	
Alternativen	wegen	was	was	was	Höhe der Strafe	ja	nein
0.18.352/35	Vorbereitung zum Hochverrat	Hamburg	17.3.36	3 Jahre Zuchthaus	Fußheilmittel		
				3 J. Ehrverlust	Umschändervermoor		
					Pol.aufsicht		

10. Wird Anstellung einer Anwartschaftsbeschäftigung als Verfolger oder als Erbe eines Verfolgten beantragt, weil Anträge nach Vordruck A - B - C - D einfallen?

II. Angaben über den Verfolgten:
(Hier ausfüllen, wenn der Antragsteller nicht selbst der Verfolgte ist, die Anträge vielmehr auf der Verfolgung einer anderen Person lauten)

1. Familienname: (Bei Frauen noch Geburtsname sowie Familienname des früheren Ehem.)

2. Vorname (Nachname unterstreichen)

3. Geboren am: in Kreis Land

4. Verwandtschaftsverhältnis des Antragstellers zum Verfolgten:
Sind Sie in Besitz eines Erbeschaft je ja nein
Sind Sie durch Testament als Erbe eingesetzt je ja nein

5. Beruf:

6. Staatsangehörigkeit:

7. Gestorben am: in Kreis Land

8. Todesursache:

13. Welche Einzelangaben können gegebenenfalls für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht werden?
(Benennung von Verfolgten im Falle von Dienstverträgen, Mithandlungen usw.)

9. War der Verfolgte Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen je ja nein
Hat der Verfolgte jemals einen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP oder eine ihrer Gliederungen gestellt je ja nein
Hat der Verfolgte der nationalsozialistischen Herrschaft in irgend einer Form Vorzug geleistet je ja nein
10. War der Verfolgte gerichtlich bestraft a) politische Strafen je ja nein
b) sonstige Strafen je ja nein

Derselbe Angaben		Organstrafe oder Verurteilung eines bestimmten Straf		Höhe der Strafe		Verfüllt	
Alternativen	wegen	was	was	was	Höhe der Strafe	ja	nein

III. Angaben über Verfolgung:

1. Grund der nationalsozialistischen Verfolgungs- oder Unterdrückungsmaßnahme:
Politische Überzeugung - Weltanschauung - ~~Staatsangehörigkeit~~ (Wohnortverhältnisse)

2. Von wem, woper, wo und wie (Art) wurden Sie, bzw. der Geschädigte, verfolgt?
(Angabe der beteiligten Stellen und der besonderen Umstände)

Staatspolizei 30.3.-7.4.1933 inhaftiert. Anschließend aus dem Dienst der Hamburgischen Landgemeinde Farmsen mit Borne entlassen.
Staatspolizei 16.6.-22.7.1933 inhaftiert wegen "Echo"-Versammlung.
Staatspolizei -Schutzhaft- v. 16.10.35 - 20.12.1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat
Hanseatisches Oberlandesgericht -Urteil vom 17.3.36-
Gef. g.Edes. v. 2.10.42 -ab 28.11.42 Bewährungsstrafe 999-

13. Welche Einzelangaben können gegebenenfalls für den entstandenen Schaden verantwortlich gemacht werden?
(Benennung von Verfolgten im Falle von Dienstverträgen, Mithandlungen usw.)

Antrag nach dem Allgemeinen Wiedergutmachungsgesetz in Hamburg von Jonni Schacht

Das erste Bundesentschädigungsgesetz war in vielerlei Hinsicht unzureichend, so dass am 29. Juni 1956 das Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) verabschiedet wurde, das rückwirkend zum 1. Oktober 1953 in Kraft trat.

Mit dem neuen Gesetz wurden die Leistungen ausgedehnt. Auch der Kreis der Anspruchsberechtigten wurde erweitert. Nicht mehr ein bundesdeutscher Wohnsitz am 1. Januar 1947 war ausschlaggebend, auch ein ehemaliger Wohnsitz in den Gebieten, die am 31.12.1937 zum Deutschen Reich gehört hatten, begründete einen Rechtsanspruch. Damit konnten Emigranten Entschädigungsleistungen beantragen.

Die AvS kümmerte sich insbesondere darum, dass die Mitglieder zu ihrem Recht kamen und Entschädigungen für Haftzeiten, Ausbildungsschaden, Gesundheitsschaden sowie Schaden an Leben und im beruflichen Fortkommen erhielten und Soforthilfen in Anspruch nehmen konnten. Verstarb der Verfolgte, wurden Ansprüche vererbt, so dass Fragen für Witwen und Waisen zu klären waren.

Zu den typischen Aufgaben der AvS gehörte es, nach Gesetzesänderungen oder veränderten Berechnungsgrundlagen die Mitgliederkartei zu überprüfen und die Betroffenen zu informieren. So wurden 1964 bei der Überprüfung und der Neuberechnung von Berufsschäden – dabei

handelte es sich um Benachteiligungen etwa durch Entlassung oder Nicht-Beförderung aus politischen Gründen – 250 AvS-Mitglieder angeschrieben. Die Hälfte der bis Anfang 1965 bearbeiteten Anträge brachte den Verfolgten eine Auszahlung von 50.000 DM.³⁵

Ende 1966 sagte AvS-Vorstandsmitglied Wilhelm Hagemann über die Tätigkeit: *„Unsere Arbeit ist noch lange nicht beendet. Aufgrund der materiellen Dinge, die wir für unsere Freunde haben leisten müssen, haben wir uns um die ideelle Seite nicht so bemühen können, wie wir es hätten tun müssen. Wir haben nicht nur in materiellen Dingen eine Pflicht für unsere Widerstandskämpfer zu erfüllen.“*³⁶

Die Hoffnungen, die seit 1964 auf der Otto-Wels-Gesellschaft, der Vorläuferorganisation der späteren Friedrich-Ebert-Stiftung, geruht hatten, erfüllten sich hingegen nicht. Die Otto-Wels-Gesellschaft entsandte Studenten, um verfolgte Sozialdemokraten zu interviewen. Albert Blankenfeld forderte dazu auf, Unterlagen über Widerstand und Verfolgung abzuliefern. Zwei Jahre später wurden die Befragungen eingestellt. Die Interviews hatten nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht. Vor allem die Interviewer waren häufig nur unzureichend auf die Tätigkeit vorbereitet und konnten ohne Hintergrundwissen kaum verwertbare Erkenntnisse vorlegen. Blankenfeld wollte nun die Geschichtsschreibung in Auftrag geben. Dies gelang auch in den folgenden Jahren nicht, doch Albert Blankenfeld und Karl Schneider befassten sich weiterhin mit der Aufarbeitung der Geschichte.³⁷

Zwar gab es bis in die jüngste Zeit Änderungen des Bundesentschädigungsgesetzes, die den Kreis der Anspruchsberechtigten erweiterten, doch für die Sozialdemokraten waren bis Ende der 1960er Jahre die entschädigungsfähigen Verfolgungstatbestände weitgehend abgearbeitet, so dass die Tätigkeit der AvS zu Ende zu gehen schien.

Erinnerungsarbeit

Das Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft war für die verfolgten Sozialdemokraten von zentraler Bedeutung. Ende Oktober/Anfang November 1945 fand die erste Gedenkwoche statt, die das Komitee ehemaliger politischer Gefangener organisierte. In den folgenden Jahren fand die Gedenkwoche mit zahlreichen Veranstaltungen jeweils Anfang September statt. Am 12. September 1948 wurde auf dem Ohlsdorfer Friedhof der Grundstein für das Ehrenmal für die KZ-Opfer gelegt. Über die Einweihung kam es mit der durch die Gründung der AvS geschwächten VVN zum Streit. Der Hamburger Senat schlug als Termin für die offiziellen Einweihungsfeierlichkeiten den 8. Mai 1949 vor. Die VVN glaubte den Anlass nutzen zu können, um in Hamburg einen internationalen Befreiungstag der Widerstandskämpfer durchzuführen. Der Senat wollte in der Zeit des Kalten Krieges möglichen Teilnehmern aus osteuropäischen Staaten, die unter dem Einfluss der Sowjetunion standen, kein Forum bieten und verlegte die Feier kurzerhand auf den 3. Mai. An der offiziellen Einweihung nahmen 3.500 Menschen teil. Die VVN konnte bei ihrer Veranstaltung mit etwa 10.000 Teilnehmern noch einmal Stärke demon-

strieren, wurde durch den Konflikt aber weiter ins politische Abseits gedrängt. Ein Prozess, der sich durch die Angriffe kommunistischer Redner auf Bürgermeister Brauer und andere beschleunigte.³⁸



Karl Meitman (l.) und Walter Schmedemann (r.) bei der Kranzniederlegung anlässlich der Einweihung des Ehrenmals auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 3. Mai 1949

In Gedenkfeiern erinnerten die Sozialdemokraten an Hamburger Widerstandskämpfer wie Theodor Haubach.³⁹ Im Parteibüro in der Großen Theaterstraße wurde ein Saal nach dem Reichstagsabgeordneten Adolf Biedermann benannt und in Barmbek hieß die Holzbaracke, in der das SPD-Kreisbüro untergebracht war, Willi-Häussler-Heim. Vertreter der Hamburger AvS nahmen an der Einweihung des Ehrenmals der Cap Arkona-Opfer am 8. Mai 1955 teil.

1964/65 engagierte sich die AvS bei der Realisierung eines Mahnmals auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme. Später wurde die Errichtung der Gedenkstätte unterstützt.

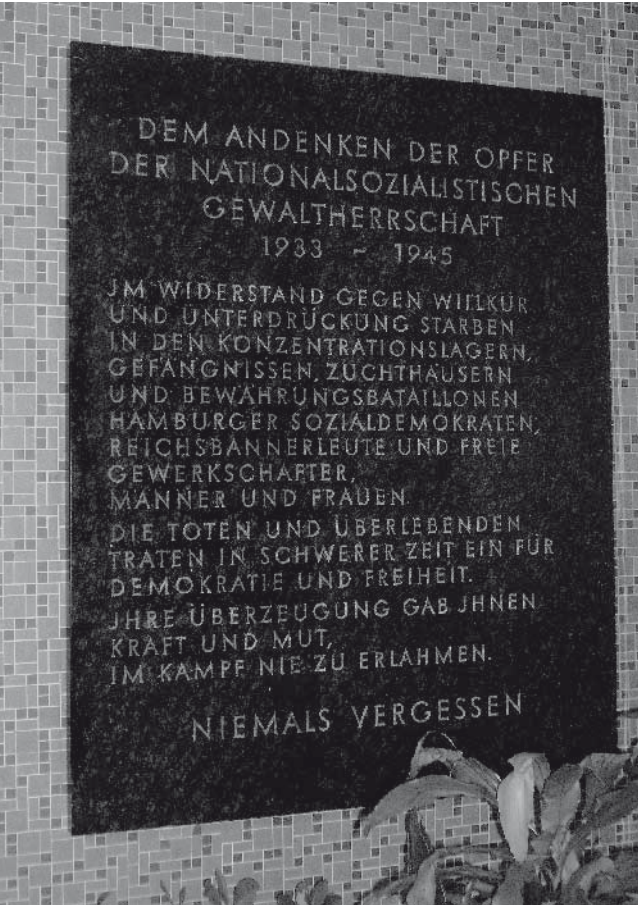
Allmählich verkleinerte sich der Kreis der AvS-Mitglieder. Langjährige Funktionäre, wie Johannes Zill, verstarben, andere mussten wegen gesundheitlicher Einschränkungen ihre Mitarbeit begrenzen. So kam die Arbeit zunächst in den Kreisen zum Erliegen. Auch auf der Landesebene gingen die Aktivitäten Ende der 1960er Jahre zurück. Entsprechende Entwicklungen gab es in anderen Landesverbänden. Die Bundeskonferenz fasste deshalb 1971 den Beschluss, die AvS „wieder auf die Beine zu stellen.“

Nachdem die Entschädigungsfragen weitgehend abgearbeitet waren, rückte nun das Gedenken an die Opfer stärker in den Mittelpunkt. Gedenktafeln wurden angeregt sowie die Errichtung von Gedenkstätten und Mahnmalen begleitet und unterstützt. Vermutlich 1978, 30 Jahre nach der Gründung der AvS, wurde im Kurt-Schumacher-Haus eine Gedenktafel angebracht:

Aus Anlass der feierlichen Enthüllung veröffentlichte die AvS eine Namensliste mit 168 sozialdemokratischen Opfern aus dem Raum Hamburg.⁴⁰ Die Todesopfer stammten entweder aus Hamburg oder kamen in Hamburger Haftstätten ums Leben.

Ab Ende der 1970er Jahre traten AvS-Mitglieder auch als Zeitzeugen in Schulen und Versammlungen auf. Es galt, die junge Generation aufzuklären und sich gegen die aufkommenden Neonazis zu wehren.

Zusammen mit anderen Hamburger Verfolgtenorganisationen fanden regelmäßige Treffen mit der Amicale Internationale KZ Neuengamme statt. Über den Meinungsaustausch hinsichtlich der Ausgestaltung



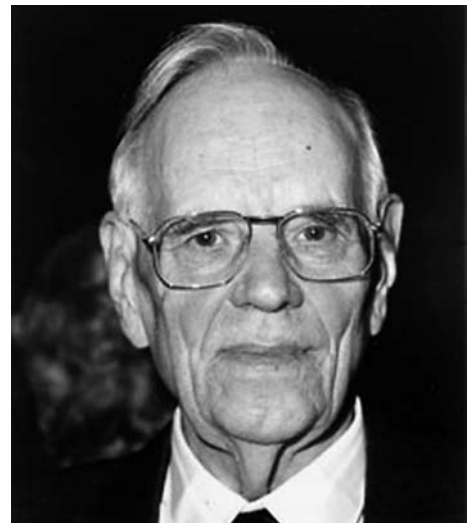
Gedenktafel im Kurt-Schumacher-Haus

der Gedenkstätte Neuengamme entstanden freundschaftliche Verbindungen. 1967 besuchte eine AvS-Delegation Paris und legte dort am Mahnmal für die KZ-Opfer in Neuengamme einen Kranz nieder.

Mit Broschüren, Ausstellungen und Veranstaltungen setzte die AvS seit Anfang der 1980er Jahre verstärkt auf Öffentlichkeitsarbeit. Die Errichtung der Gedenkstätte Fuhlsbüttel 1987 wurde unterstützt. An jedem zweiten Sonntag führen hier seither AvS-Mitglieder Führungen durch.

Die intensive Öffentlichkeitsarbeit wurde von Heinz Gärtner, der 1986 den Vorsitz von Albert Blankenfeld übernahm, fortgesetzt. Gärtner hatte schon seit 1983 dem Bundesvorstand der AvS angehört. Der langjährige ehemalige Landesgeschäftsführer verfügte über organisatorische Erfahrung und war innerhalb der Partei weithin bekannt, so dass er der AvS noch einmal Auftrieb geben konnte. Gärtner öffnete die AvS für alle Parteimitglieder, die sich den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft verpflichtet fühlen. Gemeinsam mit Arnold Hencke und anderen stand er über viele Jahre hinweg in der Gedenkstätte Fuhlsbüttel, in Schulen und an anderen Orten als Zeitzeuge zur Verfügung.

Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde auch die Erinnerung an die Unterdrückung der Bevölkerung der früheren DDR durch das SED-Regime verstärkt in das Aufgabengebiet der AvS aufgenommen. AvS-Vertreter sind weiterhin tätig im Ar-



Heinz Gärtner

beitsausschuss der Organisationen ehemals Verfolgter in Hamburg und im Vorstand der Geschwister-Scholl-Stiftung. Auch in der 1988 ins Leben gerufenen Hamburger Stiftung – Hilfe für NS-Verfolgte und in dem 1993 vom ehemaligen SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel als überparteilichem Verein gegründeten „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ engagieren sich bis heute Mitglieder der AvS.

Eine wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte des Widerstands und der Verfolgung der Hamburger Sozialdemokraten steht allerdings bis heute aus. Mit dem Gedenkbuch „Für Freiheit und Demokratie“, das Heinz Gärtner im Jahre 2000 noch mit initiierte, konnte mit der Erfassung von 1.800 Namen von verfolgten Sozialdemokraten ein erster Grundstein für weiterführende Forschungen gelegt werden.

Nach dem Tod von Heinz Gärtner 2001 übernahm der bisherige Stellvertreter Arnold Hencke im Alter von 86 Jahren den Vorsitz. Eine Übertragung der AvS-Arbeit auf die nachfolgende Generation, die die Verfolgung durch Haft, Misshandlung und Folter nicht mehr am eigenen Leibe gespürt hatte, war unausweichlich. Nachdem Arnold Hencke Anfang 2003 verstorben war, wurde Ende des Jahres mit Helga Kutz-Bauer, der früheren Leiterin der Landeszentrale für Politische Bildung, eine neue Vorsitzende gewählt.

Heute leben nur noch wenige Verfolgte, so dass sich die Arbeit der AvS stärker auf die Angehörigen bzw. Nachkommen von Verfolgten konzentriert. Nicht mehr die Arbeit mit den Zeitzeugen, sondern die aufklärende Vermittlung der Themen Diktatur, Verfolgung und Widerstand auch an-



Stelen auf dem Ohlsdorfer Friedhof

hand der Selbstzeugnisse, die verfolgte Sozialdemokraten hinterlassen haben, steht heute im Mittelpunkt. Die AvS führt Veranstaltungen durch, häufig in Partnerschaft mit befreundeten Organisationen, und gibt Veröffentlichungen heraus.

Das Gedenken an die Opfer der NS-Herrschaft ist bis heute wichtiger Bestandteil der Erinnerungsarbeit. Am 28. Januar 2007 wurden auf Initiative von Jens-Peter Burmester, der als Kind die Reise ins Exil antreten musste, auf dem Ehrenfeld des Ohlsdorfer Friedhofs drei Stelen mit 192 Namen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten errichtet, die in der Zeit von 1933 bis 1945 hingerichtet, im KZ ermordet, in den Tod getrieben oder an den Folgen von Haft und Verfolgung gestorben sind.

Am Volkstrauertag gedenkt die AvS zusammen mit anderen Organisationen der Opfer der Hitler-Diktatur. Kranzniederlegungen finden auf dem Ohlsdorfer Friedhof, auf dem Gelände des ehemaligen KZ Neuengamme, auf dem jüdischen Friedhof und dem Bergedorfer Friedhof statt.

Anmerkungen

- 1 Gustav Dahrendorf an Fritz Heine, 28.07.1947, Archiv der sozialen Demokratie, Bonn, SPD PV Sekretariat Heine Mappe 20; siehe auch Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der SPD vom 29. Juni bis 2. Juli 1947 in Nürnberg, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe: Hamburg 1948), S. 212; zur Geschichte der VVN in Hamburg siehe: Wolf-Dietrich Schmidt: „Wir sind die Verfolgten geblieben“. Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945-1951, in: Jörg Berlin (Hrsg.): Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter, Köln 1981, S. 346.
- 2 Friedrich Börth an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, z.Hdn. Gen. Heine, 27.1.1948, Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (zukünftig: FZH), 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2.. Heines Referat wurde abgedruckt unter dem Titel „Die politische Rolle der VVN“ im Sopade Informationsdienst Nr. 281 vom 20.9.1947; siehe auch Wolf-Dietrich Schmidt: Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, S. 346.
- 3 Resolution II, 22.10.1947, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.3..
- 4 9.1.1948, Ergebnisse der Sitzung des Ausschusses ehemaliger politischer Gefangener, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.3..
- 5 Friedrich Börth an den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, z.Hdn. Gen. Heine, 27.1.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 6 Bericht über die Tagung der Bezirksvertrauensleute der ehemals verfolgten Sozialdemokraten, in Springe, am 30.11.48, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 7 Bericht über die Versammlung der ehemaligen politischen Gefangenen der SPD in Hamburg-Eppendorf am 4.6.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2.
- 8 Ausschuss ehem. polit. Gefangener an Arnold Kreuzer, 24.6.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 9 Bericht über die Versammlung der ehemaligen politischen Gefangenen der SPD in Hamburg-Eppendorf am 4.6.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2.

- 10 Arnold Kreuer an Karl Kühne, 13.7.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 11 SPD Kreis XIV 9.8.1948, Entschließung der Häftlingsversammlung am 27.7.48, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.4..
- 12 Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesorganisation Hamburg, Kreis III, an die Sozialdemokratische Partei Landesorganisation Hamburg, Betr.: Versammlung der ehem. pol. Häftlinge, 5.7.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.4..
- 13 Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Kreis 4, Jahresbericht 1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.4..
- 14 Versammlungsbericht der ehemaligen politischen Häftlinge der S.P.D. am 9. Juli 1948 im Willi Häussler-Heim, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.4.; Arbeitsgemeinschaft. ehem. verf. Sozialdemokraten, Kreisausschuß XI an die A.v.S. Landesorg. Hbg., 30.1.1949, Betr.: Neuwahlen im Kreis XI, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.4..
- 15 S.P.D. Distrikt Altona-Nord, Resolution an den Parteivorstand der Landesorganisation Hamburg der S.P.D., 29.5.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.4..
- 16 Bericht über die bisherigen Maßnahmen, o.D., Anlage zum Schreiben: Ausschuß ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Wiedergutmachtungsausschuß, an das Zentralreferat für politisch Verfolgte beim Parteivorstand, 20.8.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 17 Mitglieder des Häftlingsausschusses ehemaliger politischer Häftlinge in der SPD, 22.10.1947, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.3., Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Landesorganisation Hamburg, Zentraler-Ausschuß, 17.11.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.3..
- 18 Bericht über die Tagung der Bezirksvertrauensleute der ehemals verfolgten Sozialdemokraten, in Springe, am 30.11.48, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 19 Nach einem Bericht des Hamburger Senats wurden bis 1953 12.048 Anträge nach dem Haftentschädigungsgesetz gestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass zu den Antragstellern auch Menschen gehörten, die aus rassischen und religiösen Gründen verfolgt wurden. Da das Gesetz eine Entschädigung erst ab einem Monat Haft vorsah, wurden hier die kurzfristig Inhaftierten nicht erfasst. Siehe Nils Asmussen: Der kurze Traum von der Gerechtigkeit. „Wiedergutmachung“ und NS-Verfolgte in Hamburg nach 1945, Hamburg 1987, S. 93.
- 20 Ausschuß ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Wiedergutmachtungsausschuß, an das Zentralreferat für politisch Verfolgte beim Parteivorstand, 20.8.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 21 An den Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, Landesorganisation Hamburg, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 22 Bericht über die Tagung der Bezirksvertrauensleute der ehemals verfolgten Sozialdemokraten, in Springe, am 30.11.48, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 23 Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. September 1948 in Düsseldorf, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe: Hamburg 1948), S. 87-113.
- 24 Bemerkungen des Genossen Zill zu den Beschlüssen des Zentralen Ausschusses vom 5.5.1950, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 25 Holger Martens: Kleist, Joachim, in: Für Freiheit und Demokratie. Hamburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Verfolgung und Widerstand, hrsg. von SPD-Landesorganisation Hamburg, AK Geschichte und Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Hamburg 2003, S. 86.
- 26 Holger Martens: Wegweiser zu den Stätten von Verfolgung und sozialdemokratischem Widerstand in Hamburg. Teil I: Die innere Stadt, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS), Hamburg 2005, S. 15ff.
- 27 Siehe Willi Schmedemann, Dokumente: Olga Schmedemann an den Sonderausschuß für Wiedergutmachung, 28.3.1947, www.politisch-verfolgte.de – Zugriff 10.1.2008, 17.35 Uhr.
- 28 Zur Wiedergutmachung in Hamburg siehe insgesamt Nils Asmussen: Wiedergutmachung, hier vgl. S. 25ff; Christian Römmer: Entschädigung Erster Klasse? Die Wiedergutmachung im öffentlichen Dienst in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg, Hamburg 2003. Inzwischen liegen zahlreiche Studien vor, siehe insbesondere Hans Günter Hockerts/Christiane Kuller (Hrsg.): Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalso-

- zialistischen Unrechts in Deutschland?, Göttingen 2003; Constantin Goschler: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2005.
- 29 Wolf-Dietrich Schmidt: Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, S. 334; Nils Asmussen: Wiedergutmachung, S. 36.
- 30 Ausschuß ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Wiedergutmachungsausschuß, an das Zentralreferat für politisch Verfolgte beim Parteivorstand, 20.8.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 31 Bericht über die bisherigen Maßnahmen, o.D., Anlage zum Schreiben: Ausschuß ehemals verfolgter Sozialdemokraten, Wiedergutmachungsausschuß, an das Zentralreferat für politisch Verfolgte beim Parteivorstand, 20.8.1948, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.2..
- 32 Siehe dazu , Nils Asmussen: Wiedergutmachung, S. 40.
- 33 AvS-Vorstandsprotokolle 12.5.1949 und 2.6.1949, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.2..
- 34 Siehe insgesamt zur Gesetzgebung in Hamburg: Nils Asmussen: Wiedergutmachung, S. 49-73.
- 35 AvS-Vorstandsprotokoll 16.2.1965, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.2..
- 36 AvS-Vorstandsprotokoll 11.1.1966, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.2..
- 37 AvS-Vorstandsprotokoll 11.1.1966, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.2..
- 38 Siehe Nils Asmussen: Wiedergutmachung, S. 90.
- 39 Grundlage der nachfolgenden Ausführungen: SPD Landesorganisation Hamburg, Jahresberichte 1948-2005.
- 40 Eine undatierte, vermutlich später angelegte Liste verzeichnet 212 sozialdemokratische Opfer. Eine genaue Zahl gibt es nicht. Da die Hintergründe nicht in allen Fällen geklärt werden können, ist insgesamt von etwa 200 Todesopfern auszugehen, FZH, 18-2 Nachlass Blankenfeld – AvS 2.3.2..

Die Vorsitzenden der AvS Hamburg



Albert Blankenfeld, geb. 1.12.1900 in Münster, gest. 8.11.1993 in Hamburg; Dreher, Verwaltungsinspektor.

Nach dem Besuch der Volksschule erlernte Albert Blankenfeld von 1915 bis 1918 das Dreherhandwerk bei den Trintonwerken in Hamburg. Bereits als Jugendlicher trat er der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) bei. Blankenfeld wurde noch zum Kriegsdienst eingezogen, kam aber nicht mehr zum Fronteinsatz.

Nach dem Ersten Weltkrieg engagierte sich er im Metallarbeiterverband sowie in der SPD und ihren Organisationen. Bei den Jungsozialisten arbeitete er mit Theodor Haubach zusammen, der seit 1924 in Hamburg tätig war.

Zum Schutz der Republik trat Albert Blankenfeld 1923 der Vereinigung Republik bei und im darauf folgenden Jahr unterstützte er den Aufbau des Reichsban-

ners Schwarz-Rot-Gold. So gründete er zusammen mit Haubach in der Schule Schleidenplatz (heute Biedermannplatz) die Sportriege 10, aus der später die Schufo (Schutzformation) 10 hervorging. Ab 1928 wohnte Albert Blankenfeld in Barmbek-Nord und betätigte sich im örtlichen SPD-Distrikt. Während der Weltwirtschaftskrise verlor er seinen Arbeitsplatz und war bis 1934 arbeitslos. Im Mai 1935 konnte er eine Beschäftigung als Dreher bei Blohm & Voss aufnehmen.

Albert Blankenfeld beteiligte sich an der illegalen Arbeit der Barmbeker Sozialdemokraten. Nach seiner Verhaftung am 16. November 1936 wurde er zusammen mit 14 weiteren Parteigenossen wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, in der Zeit von Mai 1933 bis Mai 1935 den Aufbau der illegalen SPD in Barmbek betrieben, illegale Schriften verbreitet, Beiträge für die Parteifinanzierung kassiert und Kontakt zu SPD-Funktionären im Ausland gepflegt zu haben. Als einer der Hauptangeklagten wurde Albert Blankenfeld Anfang Mai 1937 vom Hanseatischen Oberlandesgericht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er verbüßte seine Haftzeit im Zuchthaus Fuhlsbüttel. Zweieinhalb Monate Schutzhaft in KZ Fuhlsbüttel und drei Monate Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet.

Nach der Verhaftung geriet die Ehefrau mit den drei minderjährigen Kindern in große Not. Das NS-Regime gewährte den Angehörigen von politisch Verfolgten keine ausreichende Unterstützung, so dass

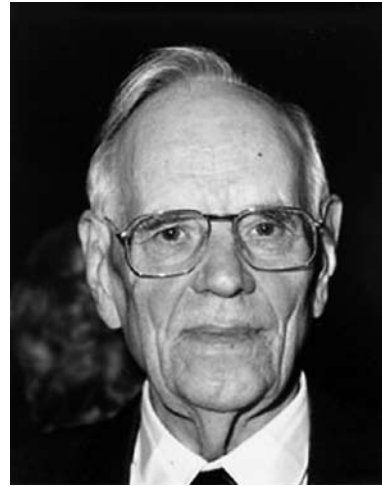
Hermine Blankenfeld die Wohnung aufgeben musste und etwa ein Jahr mit den Kindern in einer notdürftig hergerichteten Schreberlaube leben musste. Die Kinder leisteten durch das Austragen von Zeitungen einen Beitrag zum Lebensunterhalt. Nachdem Albert Blankenfeld am 19. November 1939 aus der Haft entlassen wurde, fand er umgehend bei der Firma Nielsson & Korte eine Anstellung als Dreher. Nach der Ausbombung lebte die Familie ab 1943 in Eppendorf. Hier beteiligte sich Blankenfeld unmittelbar nach der Kapitulation am Aufbau der SPD. 1946/47 fungierte er als Vorsitzender des Kreises II mit den Distrikten Eppendorf, Winterhude-Nord und -Süd. In dieser Funktion gehörte er auch dem SPD-Landesvorstand an.

Von 1948 bis zum Eintritt in den Ruhestand war Albert Blankenfeld als Verwaltungsinspektor beim Arbeitsamt Hamburg beschäftigt. Ebenfalls 1948 übernahm er in Hamburg den Vorsitz der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS). Das Amt übte er bis 1986 aus. Ab April 1955 gehörte er dem Vorstand der Geschwister-Scholl-Stiftung an, deren Vorsitzender er vom Oktober 1955 bis August 1982 war.

Für seinen ehrenamtlichen Einsatz bei der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts wurde Blankenfeld ausgezeichnet. 1975 erhielt er die hamburgische Medaille in Bronze und 1985 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

Albert Blankenfeld starb am 8. November 1993 in Hamburg.

Holger Martens



Heinz Gärtner, geb. 1.3.1916 in Hamburg, gest. 3.9.2001 in Hamburg; Buchdrucker, Landesgeschäftsführer der Hamburger SPD.

Im Hamburger Stadtteil Winterhude verlebte Heinz Gärtner seine Kindheit. Hier besuchte er die Schule Forsmannstraße, an der er 1932 die Mittlere Reife ablegte. Zusammen mit seinen drei Schwestern erlebte er frühzeitig eine politische Prägung durch das sozialdemokratische Elternhaus. Im sozialdemokratischen Milieu – Winterhude gehörte zu den Hochburgen der Hamburger SPD – wurde Heinz Gärtner 1930 im Alter von 14 Jahren Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ). Nach dem Schulabschluss begann er eine Buchdruckerausbildung und wurde im gleichen Jahr Mitglied der SPD und der Gewerkschaft.

Obwohl noch im jugendlichen Alter, erkannte bereits der 15 Jährige die Gefahr, die von den Nationalsozialisten ausging. In einer 1931 in der Schule geschriebenen

Jahresarbeit befasste sich Heinz Gärtner ausführlich mit dem Programm der NSDAP. In aller Deutlichkeit warnte er vor den Folgen einer Hitler-Diktatur.

Die frühe Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen machte noch aus dem jugendlichen Heinz Gärtner einen entschiedenen Verfechter der Weimarer Republik. Bis zur letzten demokratischen Wahl beteiligte er sich an der Parteiarbeit. Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten begann der staatliche Terror gegen Andersdenkende auch in Hamburg. Verhaftung, Misshandlung, Folter und Mord standen auf der Tagesordnung. Jede politische Betätigung war lebensgefährlich.

Trotz der ständigen Bedrohung stand für Heinz Gärtner die Fortsetzung des Kampfes gegen den Nationalsozialismus im Untergrund außer Frage. Der Hamburger SAJ-Sekretär Erich Lindstaedt hatte schon vor dem Verbot der Arbeiterjugend Vorkehrungen für die illegale Arbeit getroffen. Er beauftragte Heinz Gärtner, der noch im Januar 1933 in den SAJ-Landesvorstand gewählt worden war, die Verbindung unter den führenden SAJ-Funktionären (u.a. Willy Tiedt, Karl Strutz und Ernst Weiß) aufrechtzuerhalten. In den Stadtteilen wurden kleine Gruppen von vier bis sieben Personen gebildet. Sie dienten dem Zusammenhalt. Hier wurden politische Gespräche geführt. Illegale Zeitungen und Broschüren, die aus dem Ausland kamen oder in Hamburg hergestellt worden waren, wurden herumgereicht und weiter verteilt. Das Wander- und Fahrtenleben der Arbeiterjugend wurde, getarnt als unpolitische Aktivität, zu-

nächst noch in einem größeren Kreis fortgeführt.

Der Schwerpunkt der illegalen SAJ-Arbeit lag in Eimsbüttel, doch auch in anderen Stadtteilen gab es Aktivitäten. Im früheren SAJ-Distrikt Goldbek (Winterhude/Barmbek) bestanden bis Anfang 1936 drei Gruppen. Eine davon hieß „Paul Singer“ und stand unter der Leitung von Heinz Gärtner. Die Gruppenbezeichnung wurde als Deckname beibehalten. Heinz Gärtner tarnte die Zusammenkünfte seiner Gruppe als „Schallplattenabende“. Im Auftrag der illegalen SAJ unternahm er mehrere Auslandsfahrten. Die erste Reise führte ihn nach Kopenhagen. Hier berichtete er über die Situation in Hamburg und brachte Informationen aus den dort gesammelten Erkenntnissen nach Deutschland mit. Heinz Gärtner hielt über eine Deckadresse auch Briefkontakt zu Lindstaedt. Als bekannt wurde, dass der Sozialistische Jugendtag 1934 in Lüttich durchgeführt werden sollte, wurde Heinz Gärtner als Hamburger Vertreter entsandt. Auf dem Rückweg versteckte er illegale Schriften im Fahrradschlauch und brachte sie nach Hamburg. 1935 traf Heinz Gärtner noch einmal mit Lindstaedt in der Tschechoslowakei zusammen.

Zu ersten Verhaftungen von Mitgliedern der illegalen SAJ kam es 1935. Am 27. April 1936 wurde auch Heinz Gärtner von der Gestapo abgeführt. Es folgten vier Wochen Einzelhaft mit Verhören und Misshandlungen im Konzentrationslager Fuhlsbüttel. Die herzkrankende Mutter war den Belastungen nicht gewachsen. Sie starb im Mai 1936. Heinz Gärtner wurde schließlich wegen der Fortführung der SAJ-Gruppenarbeit zu 18 Monaten Ge-

fängnis verurteilt. Der gesamte Umfang seiner Widerstandsarbeit war glücklicherweise nicht ans Licht gekommen. Seine Strafe verbüßte Heinz Gärtner im Jugendgefängnis Hahnöfersand. Am 28. Oktober 1937 wurde er entlassen.

Die SAJ war zerschlagen. Die Verteilung und Herstellung illegaler Schriften wurden nicht wieder aufgenommen. Heinz Gärtner betätigte sich aber erneut als Verbindungsmann zwischen früheren SAJ-Funktionären. Kontakte zu Gleichgesinnten unterhielt Heinz Gärtner im Sportverein Helios.

Obwohl 1936 für wehrunwürdig eingestuft, wurde Heinz Gärtner 1943 zur Wehrmacht eingezogen. 1946 kehrte er aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück und beteiligte sich zunächst am Aufbau der sozialdemokratischen Kinder- und Jugendorganisation „Die Falken“. 1950 wurde er hauptamtlicher Mitarbeiter der SPD-Landesorganisation, deren Geschäftsführer er bis 1981 war. Von 1986 bis zu seinem Tod war Heinz Gärtner in Hamburg Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS). Über Jahrzehnte stand er in Schulen und Gedenkstätten als Zeitzeuge zur Verfügung, um an den Widerstand und die Verfolgung während der NS-Zeit zu erinnern. In Anerkennung seiner ehrenamtlichen Tätigkeit wurde ihm 1995 vom Hamburger Senat die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Silber“ verliehen. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord zeichnete Heinz Gärtner im Jahr 2001 mit der Ehrennadel als Anerkennung für die geleistete Arbeit gegen das Vergessen des NS-

Unrechts aus. Heinz Gärtner starb am 3. September 2001.

Heinz Gärtners Schülerarbeit wurde 2001 veröffentlicht: Faschismus und Sozialismus. Die Abschlussarbeit des Hamburger Schülers Heinz Gärtner aus dem Jahr 1931. Ein Dokument, Hamburg 2001.

Holger Martens



Arnold Hencke, geb. 2.9.1915 in Hamburg, gest. 10.1.2003 in Hamburg; Lehrer.

Arnold Hencke wurde am 2. September 1915 in Eimsbüttel in einer sozialdemokratischen Arbeiterfamilie geboren. Von 1922 bis 1929 besuchte er die Volksschule und anschließend bis 1932 den Oberbau der Schule Telemannstraße. Hier schloss er mit der Mittleren Reife ab. Einen weiteren Schulbesuch konnte der Vater dem begabten Sohn nicht finanzieren. Anschließend begann Hencke eine Ausbildung als Maschinenbauer. Im Alter von 14 Jahren wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, 1932 trat er in die SPD, Distrikt Eimsbüttel-Nord, ein. Schon mit 16 Jahren war er in der SAJ als Gruppenleiter tätig.

Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gehörte Hencke zu denjenigen, die trotz des Verbots der SAJ den organisatorischen Zusammenhalt durch Treffen und gemeinsame Ausfahrten aufrechterhielten. Beliebtes Ziel der

Eimsbütteler SAJ war der Sunderhof bei Harburg, wo es Übernachtungsmöglichkeiten gab. Auf einer dieser Fahrten sangen die Jugendlichen: „Hitler an den Galgen, Papen an die Wand, Hugenberg ins Zuchthaus, dann ist Ruh im deutschen Land“. Offensichtlich wurde die Gruppe angezeigt, denn auf dem Rückweg wurden sie in der Höhe von Sinstorf von der Polizei in Empfang genommen und mit einem Mannschaftswagen in das Gefängnis des Amtsgerichts Harburg gebracht. Einen Tag und eine Nacht wurden sie festgehalten. Bei der späteren Gerichtsverhandlung erhielten die Teilnehmer eine Geldstrafe.

Hencke beteiligte sich an der illegalen Arbeit der Eimsbüttler SAJ um Julius Willemsen und Friedrich Börth. Er übernahm Kurierdienste und brachte vor allem aus dem Ausland kommende illegale Schriften zur Weiterverbreitung nach Uetersen. Etwa zweieinhalb Stunden benötigte er mit dem Fahrrad um die 60 Kilometer Hin- und Rückfahrt zu bewältigen. Bei den Kurierfahrten startete er gegen zwei Uhr morgens in Eimsbüttel, so dass er kurz vor fünf Uhr wieder zu Hause war, um rechtzeitig am Arbeitsplatz zu erscheinen. Im November 1934 beschloss die SAJ-Gruppe, unter dem Titel „Vorwärts und nicht vergessen“ eine eigene Broschüre herauszugeben. Im Januar 1935 setzten die Verhaftungen ein. Am Vormittag des 25. Januar 1935 holte die Gestapo Hencke am Arbeitsplatz ab. Am Tag darauf wurde Friedrich Börth verhaftet. In dem anschließenden Prozess wurden zwölf SAJler zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Unmittelbar nach seiner Verhaftung war Hencke schwersten Misshandlungen aus-

gesetzt, bei denen ihm Zähne ausgeschlagen wurden. Er erkrankte schwer und lag mit einer Vereiterung der Kiefer- und Nasenhöhlen im Zentralkrankenhaus des Zuchthauses. Bis zum 7. August 1935 wurde er im KZ Fuhlsbüttel gefangen gehalten, dann erfolgte die Überführung in das Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis. Das Hanseatische Oberlandesgericht verurteilte Hencke am 5. November 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis. Seine Strafe verbüßte er bis zum 28. Juli 1937 im Jugendgefängnis Hahnöfersand. Anschließend kam er erneut ins KZ Fuhlsbüttel, eine Maßnahme, die wie in anderen Fällen die Überführung in das KZ Sachsenhausen bedeutete. Arnold Hencke glaubte, dass mehrere Versprechen seiner Mutter ihn davor bewahrten. Am 30. Juli 1937 wurde er „auf Probe“ entlassen.

Zwar konnte er seine Ausbildung in seinem alten Betrieb fortsetzen, doch litt er noch längere Zeit an Verfolgungswahn und seine Gesundheit war so angeschlagen, dass er bald nach seiner Freilassung an einer Rippenfell- und Lungenentzündung erkrankte. Durch seinen SAJ-Freund Gustav Girlich kam Hencke 1939 zur Turnerschaft Armin von 1893. Von dem deutschnational eingestellten Vorstand und einem NSDAP-Sportwart geduldet, trieb er mit sechs anderen politisch Vorbestraften Sport und widmete sich der Jugendarbeit. In einem zuverlässigen Kreis wurden gesellschaftspolitische Themen und Tagesfragen diskutiert, verbotene Literatur gelesen und Lieder der Arbeiterbewegung gesungen.

Nach dem Krieg beteiligte sich Arnold Hencke am demokratischen Aufbau. Der Wiederaufbau der SAJ scheiterte an den Vorgaben der britischen Besatzungsmacht, die zunächst keine parteigebundenen Jugendorganisationen zulassen wollte. Im Sommer 1945 wurde deshalb die unabhängige Hamburger Arbeiterjugend gegründet und Arnold Hencke zum ersten Vorsitzenden gewählt. Nachdem er ein Jahr ein Jugendwohnheim in Harburg geleitet hatte, entschied er sich für eine Ausbildung zum Volksschullehrer. Über viele Jahre hinweg engagierte er sich in dem Verein „Die Jugendweihe Hamburg“, der ihn zu seinem Ehrenvorsitzenden wählte.

1987 gehörte Arnold Hencke zu denen, die die „Gedenkstätte Konzentrationslager und Strafanstalten Fuhlsbüttel 1933-1945“ einweihen. Bis kurz vor seinem Tod stand er dort als Zeitzeuge zur Verfügung, um an den Widerstand und die Verfolgung während der NS-Zeit zu erinnern. Nach dem Tod von Heinz Gärtner übernahm der bisherige Stellvertreter Arnold Hencke 2001 im Alter von 86 Jahren den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS).

In Anerkennung seiner ehrenamtlichen Tätigkeit wurde ihm 1995 vom Hamburger Senat die „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes in Silber“ verliehen. Die Bezirksversammlung Hamburg-Nord zeichnete ihn im Jahr 2001 mit der Ehrennadel als Anerkennung für die geleistete Arbeit gegen das Vergessen des NS-Unrechts aus.

Arnold Hencke starb am 10. Januar 2003.

Holger Martens



Peter Burmester, geb. 4. Mai 1926 in Hamburg, Metallarbeiter, Sozialarbeiter

Peter Burmester wurde als zweites Kind der gelernten Gärtnerin Lotte Burmester, geb. Clausen, und des Schiffszimmermanns und Bootsbauers Carl Burmester geboren.

Der Vater Carl Burmester gehörte bereits Anfang März 1933 zu den ersten in Hamburg verhafteten KPD-Mitgliedern. Auch die Mutter wurde wenig später verhaftet. Die beiden Kinder, Greta (9 Jahre) und Peter (7 Jahre), wurden zunächst von politischen Freunden aufgenommen, später lebten sie während der Inhaftierungen der Eltern bei Verwandten.

Die beiden Kinder, die im Geiste einer offenen, freien und solidarischen Welt erzogen worden waren, bekamen die Verfolgung der Eltern unmittelbar zu spüren. Durch die solidarische Hilfe - die die Mutter stets praktiziert hatte - fanden die Kinder im Freundeskreis Schutz und Geborgenheit.

Der Vater Carl Burmester starb – laut Totenschein – am 17. September 1934 auf dem Weg ins Hafenkrankehaus. In einem Gestapo-Bericht hieß es: „Bei einer Vernehmung schied er durch einen Sprung aus dem Fenster freiwillig aus dem Leben.“ Damit sollte verdeckt werden, dass der Vater an den Folgen von Misshandlungen gestorben war.

Die Mutter Lotte Burmester wurde zum Tage der Urnenbeisetzung vorübergehend aus der Untersuchungshaft entlassen und konnte mit ihren Kindern an der Urnenbeisetzung teilnehmen. Bis Ende 1934 konnte sie wieder ihre Kinder versorgen. Das Hanseatische Oberlandesgericht verurteilte sie wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Sie musste am 28. Dezember 1934 ihre Haftstrafe in Lübeck-Lauerhof antreten. Eine lebensgefährliche Erkrankung führte im Spätsommer 1935 zu einer Haftverschonung.

Mit einem falschen Pass nutzte Lotte Burmester im Sommer 1937 eine als Fahrradtour an der Flensburger Förde getarnte Reise zur Flucht aus Deutschland, um sich und ihre Kinder zunächst in Dänemark in Sicherheit zu bringen.

Mit Unterstützung ausländischer Freunde, vor allem einem Flüchtlingskomitee in Göteborg, das von Liberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten getragen wurde, reiste die Familie weiter nach Schweden. Da das Geld nicht reichte, konnte der 11-jährige Peter Burmester erst vier Wochen später nachkommen. Nach fast 10 Wochen endete die Flucht in Göteborg. Das schwedische Komitee sicherte anfangs vollständig den Lebensunterhalt der Familie.

In Göteborg besuchte Peter Burmester bis 1940 die Schule und trug zunächst als Laufbursche und dann ab 1943 als Metallarbeiter zum Unterhalt der Familie bei.

Er engagierte sich in der Guttemplerjugend und in der schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterjugend. Hier versuchte er deutlich zu machen, dass es in Deutschland nicht nur Nazis gab, sondern auch Menschen, die sich für Freiheit und Frieden einsetzten.

Am 1. Juli 1947 kehrte Peter Burmester nach Hamburg zurück. Hier fand er Unterkunft bei seiner Mutter und seinem Stiefvater Herbert Wehner.

Die berufliche Eingliederung führte über Dreherlehre, Arbeit als Dreher, Erzieher und Ausbildung zum Sozialarbeiter zur Tätigkeit als Fürsorger und Heimleiter in der beruflichen Bildung bei der Jugendbehörde.

Seine spätere Frau Karen, die er bei den Jungsozialisten kennenlernte, half ihm, den Einstieg ins Berufsleben und den Anschluss an seine Generation zu finden.

Peter Burmester war wieder in seine Heimat zurückgekehrt, um den demokratischen Aufbau mitzugestalten. Er trat 1947 der IG Metall bei und wurde 1948 Mitglied der SPD. Als Distriktvorsitzender in Nettelburg, als Kreis- und Landesdelegierter sowie als AfA-Mitglied war er für die SPD aktiv.

Bis heute gehört er zu den aktiven Mitgliedern der AvS. Nachdem Heinz Gärtner verstorben war und Arnold Hencke den Vorsitz übernommen hatte, wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Er führte die Geschäfte, als Arnold Hencke schon bald nach seiner Wahl schwer erkrankte und verstarb. Als ge-

schäftsführender Vorsitzender setzte sich Peter Burmester für eine Verjüngung der Vorstandsspitze ein und konnte Helga Kutz-Bauer für die Amtsübernahme gewinnen.



Helga Kutz-Bauer, derzeitige Vorsitzende der AvS, wurde am 21.8.1939 in Königsberg/Pr. geboren. Ihr Vater wurde am Tag ihrer Geburt als Sanitäter in den Krieg geschickt und blieb seit März 1944 vermisst.

Nach der Flucht lebte sie mit Mutter und Bruder in Niedersachsen. Die Mutter besorgte ihrer lesewütigen Tochter Bücher aus der Büchergilde; Das Buch von Annedore Leber, „Das Gewissen steht auf“ politisierte schon die Fünfzehnjährige. Gegen den Willen der Mutter, die unter Tränen sagte: „Wenn die Kommunisten kommen, die hängen Euch zuerst!“, trat sie 1960 in die SPD ein. Nach der Mittleren Reife und einer Lehre als Industriekaufmann, machte sie das Handelskammer-Diplom in Englisch und arbeitete ein Jahr in Frankreich. Die Büroarbeit erwies sich jedoch als unbefriedigend, so machte sie Abitur am Abendgymnasium Hannover, anschließend studierte sie Soziologie und Wirtschafts- und Sozialgeschichte in Ham-

burg, wurde dort Mitglied des SHB, im Sommersemester 1967 AStA-Vorsitzende und war mehrere Jahre Mitglied des Studentenparlaments. Freundschaften mit ehemals Verfolgten wie Konrad Hoffmann, Kurt Glaser, Arie Goral und die Beschäftigung mit der Geschichte der Hamburger Studentenschaft in der Weimarer Republik anlässlich ihrer Diplomarbeit legten das Fundament für ihr besonderes Engagement.

Sie wurde 1971-1974 Mitglied der Bezirksversammlung Eimsbüttel, anschließend bis 1978 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft. Nach Diplom, Heirat und Geburt des Sohnes Magnus arbeitete sie an einer umfangreichen Doktorarbeit über die Hamburger Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz, die sie 1988 mit der Promotion zur Dr. phil. abschloss.

1985-2003 war sie Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg. Im Rahmen dieser Tätigkeit konnte sie mit Zeitzeugenberichten, wissenschaftlichen Veranstaltungen und Publikationen ein breites Publikum für die Geschichte Hamburgs, Vorgeschichte und Folgen der nationalsozialistischen Machtübernahme interessieren.

Als sie nach ihrer Pensionierung gefragt wurde, ob sie bereit wäre, den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der ehemals verfolgten Sozialdemokraten in Hamburg zu übernehmen, sagte sie: „Derzeit lehne ich alle Ämter ab, ich will mich ganz meinem dicken Roman über Königsberg widmen, aber wenn die AvS mich fragt, da sage ich nicht nein. Sich für diese Genossen einsetzen zu dürfen, ist eine Ehre.“



Ansprache von Ida Ehre bei der Senatsfeier zur Einweihung des Urnenmals auf dem Ohlsdorfer Friedhof am 3. Mai 1949



KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Einweihung des Dokumentenhauses am 10. Oktober 1982 mit Albert Blankenfeld.



Kranzniederlegung der Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten am Ehrenmal.



Am 14. September 1945 schlägt Paul Bebert das Hakenkreuz am Gewerkschaftshaus ab.